

(Beginn: 15.42 Uhr - Ende: 20.00 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Tag, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 35. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode, die erste Sitzung in diesem Jahr, und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister und natürlich Sie, alle Mitglieder des Rates.

Besonders begrüßen möchte ich heute Frau Gisela Stahlhofen und ihr alles Gute zu ihrem heutigen Geburtstag wünschen und ihr herzlich gratulieren.

(Beifall)

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt Frau Gerlach und Frau Akbayir.

Als Stimmzähler und Stimmzählerinnen benenne ich Herrn Kaske, Frau Sommer und Frau Schwab.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- bzw. Absetzungen sind dort gesondert gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Zu Tagesordnungspunkt 10.6 sind heute noch Änderungsanträge eingegangen. Insgesamt liegen jetzt sieben Änderungsanträge dazu vor. Sie sind alle im Netz verfügbar. Aber weil sie zum Teil so kurzfristig eingegangen sind, werden sie gerade erst umgedruckt. Sie werden sie noch im Laufe der Sitzung in gedruckter Form erhalten.

Ich komme jetzt zu den Zu- und Absetzungen im öffentlichen Teil. Die Verwaltung schlägt die Zu- und Absetzung folgender Punkte vor: die nachträglich eingegangenen Anfragen der Fraktionen unter TOP 4.4 und TOP 4.5; TOP 10.20, TOP 17.5, TOP 17.6. Im nichtöffentlichen gibt es keine Zu- und Absetzungen.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 2.2, 3.1.7, 3.2.1, 10.1, 10.2, 10.3, 10.7, 10.13, 10.14, 10.20 und 16.3.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Ja, von Herrn Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich melde für meine Fraktion zu TOP 17.1 - Regionalverkehr Köln GmbH, Entsendung eines Aufsichtsratsmitglieds - Beratungsbedarf an.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. - Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe Gut): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Um es etwas übersichtlicher zu machen, ziehen wir unseren Antrag 0163/2018 unter TOP 10.6 zurück.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Möchte sonst noch jemand seinen Antrag zurückziehen? - Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE.): Frau Oberbürgermeisterin! Da unser Antrag 0069/2018 unter TOP 10.6 in einem der Änderungsanträge der großen Fraktionen aufgegangen ist, würden wir diesen Antrag zurückziehen. Ich bitte zu beachten, dass wir zu diesem Tagesordnungspunkt zwei Anträge eingebracht haben, aber nur den Genannten zurückziehen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Der Antrag 0069/2018 wird zurückgezogen. Danke schön. - Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da wollen wir von pro Köln uns auch nicht lumpen lassen. Es geht um Tagesordnungspunkt 3.1.8. Der von uns eingebrachte Prüfantrag wurde von der Verwaltung ja zuerst unter TOP 4.4 als Anfrage umgedruckt. Heute ist er doch wieder bei den Anträgen eingeordnet. Ich fand die Idee der Verwaltung eigentlich ganz charmant, das als Anfrage zu behandeln. Deswegen ziehen wir den Antrag heute zurück und werden ihn als Anfrage zur nächsten Ratssitzung erneut einbringen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. - Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, komme ich jetzt zur Festlegung der Reihenfolge der Tagesordnung. Gibt es Wortmeldungen zur

Reihenfolge der Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann frage ich abschließend: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist auch nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt über die Tagesordnung, so wie Ihnen vorgetragen, abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

Eine Aktuelle Stunde gibt es heute nicht. Daher kommen wir sofort zu Tagesordnungspunkt 2.1:

2.1 Annahme einer Schenkung von indischer Jain-Miniaturmalereien an das Rautenstrauch-Joest-Museum 4023/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Wer ist dafür? - Dafür sind die SPD-Fraktion, die Fraktion der Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE, Herr Wortmann, pro Köln, die Ratsgruppen GUT und BUNT sowie die AfD. - Ich bedanke mich sehr herzlich bei Herrn Professor Dr. Ludwig Habisch für seine Schenkung an das Rautenstrauch-Joest-Museum.

(Beifall)

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 3.1.1:

3.1.1 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend „Kölns Städtepartnerschaften im Stadtbild sichtbar machen“ AN/0117/2018

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. und der Ratsgruppe BUNT AN/0199/2018

Es spricht als Erster Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe Ihnen ein Foto mitgebracht

(Der Redner hält ein Foto hoch)

aus unserer rheinischen Schwesterstadt, die ihre Besucherinnen und Besucher bei Eintritt in das Stadtgebiet begrüßt mit dem Verweis auf ihre Städtepartnerschaften, sieben an der Zahl.

Darüber können wir, liebe Frau Oberbürgermeisterin, nur herzlich lächeln. Wir als Stadt Köln haben uns in den letzten Jahrzehnten ein internationales Netzwerk von insgesamt 24 Städtepartnerschaften zusammengezimmert - Freundschaften, die leben, die mit Vereinen hinterlegt sind, für die wir unseren Beitrag leisten: teilweise mit Entwicklungshilfe, teilweise mit Friedensarbeit, wenn ich zum Beispiel an die Städtepartnerschaften mit Bethlehem und Tel Aviv denke.

Würde man diese 24 Städtepartnerschaften an jedem Stadteingang abbilden, könnte man das selbst bei Tempo 30, das ja einige hier befürworten, nicht lesen. Das Schild wäre wahrscheinlich so groß, dass es die Einfahrt in die Stadt versperren würde.

(Martin Börschel [SPD]: Ist die FDP für Tempo 15? Das wäre etwas Neues!)

- Nein, nein, nein, diese Forderung wollen wir hier nicht aufstellen. Nicht, dass es hier zu Missverständnissen kommt.

Wir hatten vor 15 Jahren einen Städtepartnerschaftsbaum an unserem Infotainer am Neumarkt errichtet, wo die Richtungen, in der unsere Partnerstädte liegen, und die jeweiligen Entfernungen angegeben wurden. Wir fanden das damals eine sehr schöne Idee und haben versucht, diese mit einem Antrag in 2003 im Hauptausschuss durchzusetzen, was uns jedoch nicht gelang. Der Hauptausschuss hat das Thema damals vertagt. Man war der Meinung: Ein Städtepartnerschaftsbaum ist noch nicht die zündende Idee, sondern wirkt doch etwas altbacken; vielleicht kommen noch andere Vorschläge.

Wir sind sehr dankbar, dass wir uns als Haushaltsbündnis mit CDU, Grünen und der Ratsgruppe GUT darauf verständigt haben, unsere damalige Idee nicht weiter zu verfolgen, sondern zu schauen: Welche Ideen gibt es sonst? Wie können wir unsere Städtepartnerschaften an einer oder an mehreren Stellen im Stadtbild entsprechend dokumentieren?

Was mag bei einem solchen Wettbewerb herauskommen: vielleicht Flammen im Pflaster des Alter Markts, vielleicht Meilensteine auf der Mittelinsel des Bonner Verteilers, vielleicht eine große Weltkarte in der Kuppel der U-Bahn-Station am Heumarkt? Meine Damen und Herren, der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt. Das wollen wir wissen: von den Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, von Künstlern, von jedem, der sich dafür engagieren möchte.

Das ist Ziel dieses Antrags, den wir Ihnen vorgelegt haben. Ich würde mich freuen, wenn er mit einer breiten Mehrheit hier heute beschlossen würde. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächste hat Frau Killersreiter das Wort.

Dr. Birgitt Killersreiter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, Köln hat sehr viele Städtepartnerschaften. Köln ist in Deutschland Spitzenreiter bei den Städtepartnerschaften. Ulm hat zum Beispiel gar keine; insofern kann sich Ulm die Schilder schon mal sparen.

Der Kölner an sich liebt Städtepartnerschaftsvereine, und er pflegt sie auch gut. Städtepartnerschaften haben ihren Sinn in kulturellen und wirtschaftlichen Austausch und dienen der Völkerverständigung. Es gibt hier sehr viele Ratskolleginnen und -kollegen, die sich in ihren jeweiligen Städtepartnerschaftsvereinen sehr engagieren. Städtepartnerschaften waren zum Beispiel letztes Jahr auch im Schul- und Veedelszöch sichtbar, als eine Extragruppe durch die Stadt zog.

Nun kann man natürlich nicht jeden Monat mit einem Karnevalszug durch die Veedel ziehen, um auf die Partnerstädte hinzuweisen. Die Idee, Schilder aufzustellen, haben wir eben gesehen. Aber es gibt auch noch weitere Ideen wie zum Beispiel die, auf Verkehrsinseln Stelen aufzustellen, auf denen die jeweiligen Partnerstädte angegeben sind und wie viele Kilometer sie entfernt liegen. Auch Straßen- oder Platzbenennungen sind sehr beliebt. Zum Beispiel gibt es am S-Bahnhof in Bergisch-Gladbach einen Platz der Städtepartnerschaften.

Köln liebt Schilder. Es gibt hier ganz viele Schilder. Ich denke, es ist auch in Ihrem Sinne, dass die Ausschreibung nicht zu dem Ergebnis führen soll, noch mehr Schilder in dieser Stadt aufzustellen. Insofern ist es für uns ganz spannend, den Prozess der Ausschreibung und der Findung dieser öffentlichkeitswirksamen Maßnahme zu begleiten. Das Konzept ist eine gute Idee. Wir unterstützen es. Das wird eine enorme Herausforderung sein, auch eine kreative Herausforderung.

Noch ein kurzer Querschnitt zum Änderungsantrag, der hier heute eingegangen ist. Selbstverständlich können wir dem Beschlussvorschlag folgen, dass das Konzept einschließlich eines Umsetzungsvorschlags den Vertreterinnen und Vertretern der im Ausschuss für Internationales stimmberechtigten Fraktionen vorgelegt wird. Was die Finanzierung angeht: Dafür gibt es Haushaltsmittel; sie sind im Haushalt eingestellt. Dazu kann man einen eigenen Antrag stellen. Insofern herzlichen Dank für diesen Antrag. Wir werden dem zustimmen. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe Gut): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Nur kurz vom Platz aus. - Wir wollen uns ausdrücklich für diese Initiative der FDP bedanken. Wir begrüßen und freuen uns über die zahlreichen Städtepartnerschaften, glauben aber schon seit vielen Jahren, dass diese leider weit unter den Möglichkeiten gepflegt werden. Wir würden uns eine deutliche Intensivierung der Pflege der Städtepartnerschaften wünschen. Wenn die Sichtbarmachung im Stadtbild dazu beiträgt, ist das eine sehr gute Idee. Wir unterstützen diesen Antrag gerne.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Frau Möller hat das Wort.

Monika Möller (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ihnen liegt zum Antrag ein Änderungsantrag von uns vor, den ich kurz begründen möchte, auch wenn einiges, was wir in Ihrem Antrag vermisst haben, jetzt von meinen Vorrednern schon erwähnt wurde.

Im Mai 2016 wurde von allen demokratischen Fraktionen die Weiterentwicklung der Städtepartnerschaftsarbeit beschlossen. Im Beschlusstext wurden damals mehrfach die Städtepartnerschaftsvereine erwähnt. Im heutigen Antrag spielen die Vereine keine Rolle; sie werden nicht erwähnt. Das ist insofern ein Manko des Antrags, da gerade die Städtepartnerschaftsvereine - das ist ja jetzt schon angeklungen - genau das leben und bearbeiten, was Sie in Ihrer An-

tragsbegründung als „gelebten Willen der Völkerverständigung“ bezeichnen.

(Beifall bei der SPD)

Insbesondere die Vereine organisieren Fachaus-tausche und Bürgerbegegnungen, sie initiieren Schulpartnerschaften und vieles mehr. So för-dern sie gegenseitiges Kennenlernen und Ver-ständnis für einander und leisten auf diese Weise einen wertvollen Beitrag für ein friedliches Mitei-nander auf kommunaler Ebene. Deshalb erwäh-nen wir in unserem Änderungsantrag die Städte-partnerschaftsvereine auch ausdrücklich.

Wir halten es ebenfalls für sinnvoll, dass bei ei-nem Ideenwettbewerb CologneAlliance die Städ-tepartnerschaftsvereine vertritt, zumal die Grün-dung der Gesellschaft auf Initiative einiger Verei-ne zurückgeht.

Die einzelnen Vereine sollten noch vor der Be-schlussfassung Kenntnis vom vorgeschlagenen Konzept erhalten. Das scheint uns deshalb sinn-voll und notwendig, weil die Partnerstädte auf den verschiedenen Kontinenten höchst unter-schiedliche Spezifika und Erfordernisse aufwei-sen, die die Vereine sehr gut kennen und mit de-nen sie seit Jahren umzugehen wissen.

Inwieweit der Kunstbeirat bereits beim Wettbe-werb die Politik mitmischen lassen möchte, sei einmal dahin gestellt. Wir möchten die politi-schen Vertreter und Vertreterinnen des AVR erst dann einbinden, wenn bereits ein Konzeptvor-schlag vorliegt.

Über den Finanzierungsvorschlag für die Wer-bung mit Städtepartnerschaften freuen wir uns natürlich sehr, ebenso über den Antrag an sich. Allerdings gibt es ein Problem. Es ist anzuneh-men, dass, wenn Werbung mit den Kölner Städ-tepartnerschaften gemacht wird, die Interessen-ten auch noch weitere Projekte auflegen und Austausch anregen wollen. Nur, das ist leider nicht machbar, weil dafür die Fördermittel bereits jetzt fehlen.

Aus diesem Grund haben wir in unserem Antrag den Auftrag an die Verwaltung formuliert, die Fördermittel für Projekte der Städtepartnerschaf-ten aufzustocken. Der Mitteilung im vorletzten AVR konnte entnommen werden, wie viele Kür-zungen die einzelnen Projekte erfahren mussten. Insofern: Wenn sie mehr Mittel bekommen, kön-nen die Vereine im Rahmen der Projekte mehr machen. Wir müssen aber auch die Finanzierung sicherstellen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (DIE LINKE.): Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Jamaikaner!

(Unruhe)

Sie hatten bereits im Rahmen der Haushaltsbe-ratungen einen Wettbewerb für die Werbung mit Städtepartnerschaften im öffentlichen Raum ver-sprochen und das auch beschlossen. Im Haus-haltsbeschluss steht - Zitat - „Freigabe durch Fach- und Finanzausschuss“. Eine Diskussion in einem Fachausschuss wäre unseres Erachtens besser gewesen. Was Sie jetzt in Ihrem Antrag schreiben, ist faktisch das Gleiche, was Sie im Rahmen der Haushaltsberatungen schon be-schlossen hatten. Der Rat beschließt das also im Prinzip doppelt.

Zwar wurde der Vorstand von CologneAlliance von einem Vertreter der Verwaltung informiert, dass es diesen Antrag geben wird; aber einen Dialog mit den Städtepartnerschaftsvereinen hat es nicht gegeben. Zumindest die drei Vereine, in denen ich Mitglied bin, wissen von nichts. - Inso-fern: Danke schön, dass Sie unseren Ände-rungsantrag übernehmen.

Lassen Sie mich noch einige Worte zu einer ak-tuellen Entwicklung sagen. Ich finde es ausge-sprochen destruktiv, ja sogar feige, dass sich der Rat der Stadt Köln und die Oberbürgermeisterin nicht zur Lage in der Türkei und im Nahen Osten positionieren. Ist es nicht gerade eine Aufgabe kommunaler Außenpolitik, für Frieden einzutret-en, wenn die Bundesrepublik wieder einmal ver-sagt,

(Beifall bei der LINKEN - Unruhe)

wenn deutsche Waffen mithelfen, Zivilisten in Afrin und Umgebung zu töten? Meine Damen und Herren, ich sehe hier wirklich Handlungsbe-darf.

Ich möchte es an einem Beispiel deutlich ma-chen: Als wir Anfang Dezember mit einer kleinen Delegation wegen der Prozesse gegen die Aka-demiker für den Frieden in Istanbul waren, trafen wir zahlreiche internationale Gäste. Veranstaltet wurde diese Tagung von der Ärztekammer Istan-bul. Elf Mitglieder des Vorstands der Ärztekam-mer, darunter drei Professoren, wurden in der letzten Woche verhaftet, weil sie öffentlich den

Krieg der Türkei auf dem Gebiet von Afrin verurteilt haben.

Lassen Sie uns gemeinsam inhaltlich gegen den Krieg positionieren und die Istanbuler Ärztekammer mit ihrem Friedensappell unterstützen! - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Elster das Wort.

Dr. Ralph Elster (CDU): Lieber Herr Detjen, das war jetzt wirklich keine Sternstunde. Dass Sie hier einfach wüste Behauptungen aufstellen zu einem völlig anderen Thema

(Beifall bei der CDU)

und dann noch eine Oberbürgermeisterin angreifen, die international wirklich sehr anerkannt ist für das, was Sie hier gerade als kommunale Außenpolitik bezeichnet haben, ist schon ein starkes Stück.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte noch auf etwas anderes eingehen. Sie hatten gerade gesagt, wir würden Ihren Antrag übernehmen. - Das werden wir nicht tun. Das ist nicht etwa eine Retourkutsche, sondern das hängt damit zusammen, Herr Detjen, dass die dort genannten Punkte überflüssig sind.

(Zuruf: Der Antrag auch!)

- Nein, der Antrag ist nicht überflüssig. Der Antrag ist die Konsequenz der Haushaltsplanberatungen. Wir haben in den Haushaltsplanberatungen im vergangenen Jahr die Haushaltsmittel bereitgestellt für genau das, was wir hier mit diesem Antrag ausgestalten wollen. Der Antrag muss jetzt beschlossen werden, damit die Verwaltung diese Haushaltsmittel entsprechend einsetzen kann. Das ist die Voraussetzung.

Der Ideenwettbewerb, der dazu stattfinden soll, bedarf eigentlich keiner weiteren Erläuterung - außer der Erläuterung, die von den drei Vorrednern des Antragsbündnisses vorgetragen wurde. Wir sollten die Ideen in den Vordergrund stellen. Dass die Städtepartnerschaftsvereine natürlich involviert werden in einen Ideenwettbewerb, versteht sich doch von selbst. Das steht auch im Antrag. Das brauchen wir also nicht ergänzend beschließen.

Ein letzter Punkt. Dass der AVR natürlich in irgendeiner Art und Weise beteiligt wird, wenn wir das Ganze hier im Rat beschließen, sieht schon die Beratungsfolge vor. Auch das müssen wir hier nicht extra beschließen.

Von daher wäre es gut gewesen, wenn wir dazu nur eine Rede gehört hätten, nämlich die Rede von Herrn Sterck, und alle dem zugestimmt hätten. Dann hätten wir das erreicht, was wir erreichen wollen: bessere Städtepartnerschaften.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der Ratsgruppe BUNT abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Ratsgruppe BUNT und Fraktion DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse nun über den Ursprungsantrag abstimmen und bitte, mit Handzeichen deutlich zu machen, wer dagegen ist. - Ich sehe keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Bei Enthaltung der AfD ist der Antrag einstimmig angenommen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Als Nächstes rufe ich Tagesordnungspunkt 3.1.2 auf

3.1.2 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke, und der Gruppe BUNT betreffend „Interkulturelle Öffnung der Verwaltung“ AN/0143/2018

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe Bunt AN/0189/2018

und gebe Herrn Dr. Krupp das Wort.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Eine Stadt wie Köln, in der Menschen verschiedener Kulturen leben, stellt uns vor besondere Herausforderungen. In Köln gilt - wie in vielen anderen Städten der Bundesrepublik, aber hier ganz besonders - das Motto, das ja auch in diesen Tagen angestimmt wird: So sind wir alle hier

hingekommen. - Dies soll sich auch in der Stadtverwaltung widerspiegeln, sowohl in ihrer Zusammensetzung als auch in ihrer Kompetenz. Ich glaube, da sind wir uns alle einig.

Umso wichtiger ist, dass wir heute alle zusammen einen Schritt in diese Richtung gehen werden; denn auch Ihr Änderungsantrag, meine Damen und Herren von Schwarz-Grün, erkennt ganz offensichtlich an, dass es da noch Defizite gibt. Sonst hätte es dieses Änderungsantrags nicht bedurft.

Ich will gern begründen, warum der Ursprungsantrag der weitergehende und vor allen Dingen auch der sinnvollere ist. Für uns ist wichtig, dass sich in der Stadtverwaltung interkulturelle Kompetenz nicht nur in der Zusammensetzung der Beschäftigten widerspiegelt, sondern auch in deren Kompetenzen. Hierfür ist nicht zwingend ein eigener Migrationshintergrund erforderlich, sondern eine Sensibilität für das Thema.

Und wie erreicht man die? Mit entsprechenden Schulungen. Jetzt haben wir der Antwort auf eine Anfrage der LINKEN im AVR entnommen, dass es mit der Anzahl der Schulungen, die wir der Stadtverwaltung schon einmal auf den Weg gegeben hatten, noch nicht so weit her ist, wie wir alle uns das vorstellen, insbesondere auch mit Blick auf die Größe der Stadtverwaltung.

Deswegen haben wir in Punkt 1 unseres Antrags formuliert: Es bedarf mehr Schulungen und mehr Schulungsangeboten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, um das Thema „Interkulturelle Kompetenz“ noch einmal zu schärfen und alle dafür zu sensibilisieren. Ein eigener Migrationshintergrund ist dafür nicht zwingend erforderlich.

Nichtsdestotrotz gilt es auch bei der Zusammensetzung der Stadtverwaltung noch mehr darauf zu achten, dass sie die Bevölkerung in ihrer Breite wirklich widerspiegelt. Deswegen halten wir es für sinnvoll, wenn in Stellenausschreibungen, insbesondere für Stellen, bei denen es zu einem direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern kommt, auch „Interkulturelle Kompetenz“ und/oder „eigener Migrationshintergrund“ als ein Kriterium genannt wird, um sich für diese Stelle zu qualifizieren, so wie auch viele andere gefragte Skills in den Stellenausschreibungen ausgewiesen werden. Also: Das Kriterium „Interkulturelle Kompetenz“ ist in die Stellenausschreibungen aufzunehmen.

Schließlich noch zu dem vielleicht umstrittensten Thema, wobei der Änderungsantrag das offenbar

nicht als umstritten ansieht. Aber ich könnte mir vorstellen, dass das gesellschaftlich umstritten ist. Umso wichtiger ist es, hier ein Zeichen zu setzen. Lassen Sie uns einen mutigen Schritt machen und sehen wir auch ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren als Möglichkeit an, Migrantinnen und Migranten den Zugang zu einer Tätigkeit in der Stadtverwaltung zusätzlich zu erleichtern!

Wir fordern in unserem Antrag, dieses Verfahren in einzelnen Positionen, die dafür besonders geeignet sind, zu erproben. Jetzt haben wir Ihrem Änderungsantrag und der Presse entnommen, dass ein solches Verfahren schon getestet wird, nämlich im Dezernat V, dem Sozialdezernat von Herrn Dr. Rau.

Mich würde schon interessieren, ob das mit dem Amt 11, dem Amt für Personal und Organisation, abgestimmt ist, und das insbesondere deshalb, weil, wie wir alle wissen und wie auch in der Antwort auf die Anfrage der LINKEN im AVR noch einmal deutlich wurde, das Amt 11 zukünftig die Bewerbungen für die Stadt zentral koordinieren soll. Es soll ein Bewerbercenter geben, und Bewerbungsverfahren sollen künftig dort betreut werden. Deshalb wäre es schon wichtig - das macht ja die Antwort der Stadtverwaltung auf die Anfrage der LINKEN im AVR deutlich -, wenn auch das Thema „Interkulturelle Kompetenz“ dort zentral gebündelt wird und die vorhandenen Kompetenzen und das technische Knowhow genutzt werden.

Daher die Frage: Ist das so abgestimmt? Wenn ja, würde uns das freuen. Wir glauben aber, diese Probe sollte nicht auf das Dezernat V beschränkt bleiben. Dafür gibt es eigentlich keinen sachlichen Grund. Ein sachlicher Grund ist: Wo ist Bürgerkontakt? Wo kann man das einmal ausprobieren?

Letztlich kann ich uns alle, Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren, nur auffordern: Lassen Sie uns zusammen das Thema „Interkulturelle Kompetenz“ voranbringen!

Wie gesagt, ich bin der Auffassung, dass es Ihres Änderungsantrags, nicht bedurft hätte, meine Damen und Herren von Schwarz-Grün. Aber damit erkennen Sie an, dass hier offensichtlich noch Luft nach oben ist. Deswegen wollen auch Sie einen Beschluss fassen. Fassen Sie sich ein Herz und stimmen Sie dem Ursprungsantrag zu! Dieser geht weiter und bringt das Thema mehr nach vorn. Aber schön, dass auch Sie die Defizite erkannt haben. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek hat das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE.): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! In unserer Stadt leben Menschen aus 180 Nationen. Mehr als ein Drittel aller Kölnerinnen und Kölner haben einen Migrationshintergrund; bei Kindern und Jugendlichen ist es sogar die Hälfte. Die Stadtverwaltung, die schon viele richtige Schritte unternommen hat, muss sich weiter interkulturell öffnen; denn wir wollen eine leistungsfähige und freundliche Verwaltung für alle: für Deutsche, Ausländer und für Deutsche mit Migrationshintergrund der zweiten und dritten Generation. Deshalb hat DIE LINKE zusammen mit SPD und der Ratsgruppe BUNT diesen Antrag zu wichtigen Projekten zur interkulturellen Öffnung der Stadtverwaltung gestellt.

Herr Krupp hat es schon erwähnt. Wir haben zwei Anfragen im AVR gestellt zur städtischen Praxis der interkulturellen Kompetenz und Öffnung. Sie ist nämlich inzwischen verpflichtender Bestandteil von Fortbildungen für alle neuen Mitarbeiter. Das ist gut. Aber das reicht nicht aus. Die Schulung von Bestandsmitarbeitern ist ebenfalls Bestandteil des Diversity-Konzepts. Für circa 300 Bestandsmitarbeiter pro Jahr finden Schulungen in interkultureller Kompetenz statt. Auch das ist gut. Aber angesichts von 17.000 Beschäftigten der Stadtverwaltung halten wir diese Anzahl für zu gering. Wir möchten, dass die Verwaltung hier mehr macht.

Schließlich ist Diversity-Kompetenz eine von drei Schlüsselmaßnahmen im Konzept. Dort heißt es auf Seite 16 - ich zitiere -:

Um mit Vielfalt bewusst umgehen zu können, bedarf es der Kompetenz: ... Aus diesem Grund muss die Umsetzung von Diversity-Schulungen für Führungskräfte und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine zentrale Rolle innerhalb des Diversity-Prozesses einnehmen.

Mit 300 Schulungen pro Jahr ist diese herausragend gewünschte Kompetenz nicht zu erreichen. Deshalb möchten wir, dass zusätzliche Fortbildungen in interkultureller Kompetenz angeboten werden, insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Kundenkontakt, in deren Arbeitsbereich es häufig zu Konflikten kommt, bei-

spielsweise dem Amt für Ausländerangelegenheiten, dem Sozialamt oder dem Jobcenter. Den Mitarbeitern dort möchten wir mit Fortbildungen Instrumente an die Hand geben, ihre Kunden besser zu verstehen und Konflikte schon im Vorfeld zu vermeiden.

An dieser Stelle möchte ich auf den Ersetzungsantrag eingehen. Das aktuelle Diversity-Konzept ist ein langfristig angelegtes Projekt, um Einstellungen und Kultur zu verändern. Das ist gut und richtig. Aber es ist auch sehr allgemein gehalten. Es werden viele kleine, sinnvolle Aktionen skizziert, wie eine zehnminütige E-Schulung zu Diversity für alle Mitarbeiter. Aber wenn Sie glauben, dass interkulturelle Öffnung so billig zu haben ist, dann liegen Sie definitiv falsch.

(Beifall bei der LINKEN)

Dass im Ersetzungsantrag interkulturelle Öffnung als wesentlicher Bestandteil des Diversity-Konzepts genannt wird, können wir überhaupt nicht erkennen. Es geht bei Diversity darum, sich von dem „Normalkunden“ oder dem „Normalmitarbeiter“ zu verabschieden und im Zuge dessen Menschen mit Behinderung, Homosexuelle, Trans-, Bi- und Intermenschen sowie Migrantinnen und Migranten nicht als Abweichung von der Norm zu sehen. Diesen Kulturwandel braucht jede moderne Stadtverwaltung, und den begrüßen wir ausdrücklich. Aber die Maßnahmen reichen eben nicht aus, um sich mit anderen Verhaltensweisen und -normen vertraut zu machen und den Umgang damit zu lernen.

Die Stadtverwaltung bemüht sich seit Jahren, mehr Auszubildende mit Migrationshintergrund für eine Laufbahn in der Stadtverwaltung zu gewinnen. Das ist sehr begrüßenswert. DIE LINKE hat deshalb in diesem Antrag ein weiteres Instrument vorgeschlagen: die anonymisierte Bewerbung. Studien zeigen, dass Diskriminierung beim Einstellungsverfahren zum Großteil zwischen der Sichtung der Bewerbungsunterlagen und der Einladung zum Vorstellungsgespräch passiert. Erst beim Vorstellungsgespräch selbst überwiegt der unmittelbare Eindruck von einer Person, nicht die eventuellen Vorurteile und Stereotypen der einstellenden Personen.

Im Diversity-Konzept selbst kommen anonymisierte Bewerbungen überhaupt nicht vor. Als wir unseren Antrag entwickelten, war Sachstand, dass es in der Kölner Verwaltung keine anonymisierten Bewerbungen gibt. Wenn ein einzelnes Dezernat jetzt ein Projekt angestoßen hat, dann begrüßen wir das ausdrücklich und freuen uns deshalb auch über den zweiten Beschlusspunkt

in Ihrem Ersetzungsantrag. Die Aufforderung des Rates, dieses Projekt weiter zu verfolgen und zu bewerten, begrüßen wir auch ausdrücklich. Genau das haben wir uns gewünscht.

Wie Herr Krupp schon gesagt hat: Unser Antrag ist viel konkreter und viel weitreichender. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Klausing hat das Wort.

Christoph Klausing (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diskriminierung und Ausgrenzung finden statt - bei uns in der Gesellschaft und sicherlich auch bei Einstellungsverfahren in der Stadt Köln. Deswegen finde ich den Antrag von SPD, Linken und der Ratsgruppe BUNT gut. Ich möchte Ihnen auch herzlich danken, dass Sie die Initiative dazu ergriffen haben. Wir müssen uns mit dem Thema Diskriminierung und der Frage „Wie gehen wir mit Menschen um, die diskriminiert werden?“ immer wieder beschäftigen.

Ihr Antrag mag vielleicht konkreter sein als unser Antrag, aber er führt teilweise auch in die falsche Richtung, inhaltlich und handwerklich. Sie haben schon auf die Antwort auf die Anfrage im AVR verwiesen. Schon in dieser Antwort wurde auf einige Punkte Ihres Antrags eingegangen. Zum Beispiel wurde seitens der Verwaltung klar dargelegt, dass bei Einstellungsverfahren das Leistungsprinzip gilt, also: Bestenauslese. In Stellenausschreibungen das Zusatzkriterium „Interkulturelle Kompetenz“ aufzunehmen, ist technisch und rechtlich nicht möglich, wenn es diese Stelle so nicht hergibt. Auch das hatte die Verwaltung, der Stadtdirektor, in dieser Antwort klargestellt. Deswegen ist eine Umsetzung dieses Punktes Ihres Antrags nicht möglich und wurde von der Verwaltung auch schon so beurteilt.

Des Weiteren wollen Sie, dass in Stellenausschreibungen ein Passus ergänzt wird, und schlagen vor, dass darauf noch einmal extra hingewiesen wird. Dazu will ich Ihnen sagen: Diversity, Vielfalt und Haltung, das lässt sich nicht als Maß identifizieren, als eine Kennzahl, die den Quotienten bildet zwischen „so viel Absatz haben wir in Stellenbeschreibungen, welche Qualifikationen für diese Stelle gefordert sind und jemand mitbringen soll“ und „so viel Absatz haben wir für die sonstigen Öffnungsklauseln und guten Wün-

sche“. So lässt sich Diversity schlicht und ergreifend nicht messen. Deswegen ist auch das in Ihrem Antrag ein Irrweg.

Ein letzter Punkt: Bei anonymisierten Bewerbungsverfahren sind wir tatsächlich an Ihrer Seite; da sind wir mit dabei. Wir wollen, dass das im Dezernat V wie vorgesehen erprobt wird. Ich will aber auch ganz ehrlich sagen, dass ich davon noch nicht ganz überzeugt bin und deswegen auch auf die Ergebnisse gespannt bin. Ich habe meine Schwierigkeiten damit.

Erstens. Es mag ja Studien geben, die darlegen, dass es beim Einstellungsverfahren Diskriminierungen gibt - das glaube ich sofort; daran müssen wir arbeiten -; aber es gibt eben auch praktische Erfahrungen, zum Beispiel in der Freien und Hansestadt Hamburg, die zeigen, dass Diskriminierung bei einem anonymisierte Bewerbungsverfahren faktisch gar nicht abgebaut werden konnte. Die hatten damit keinen Erfolg. Also: Praxistipp aus Hamburg: Das funktioniert nicht.

Das Zweite, warum ich ein Problem mit anonymisierten Bewerbungsverfahren habe, ist noch viel entscheidender. Was ist das für eine Denke, wenn wir die Menschen zwingen, ihre Herkunft zu verleugnen, weil wir selber beim Einstellungsverfahren diskriminieren? Es muss umgekehrt sein: Wir müssen an uns arbeiten, Menschen nicht zu diskriminieren, statt die Leute dazu zu nötigen, ihre Bewerbungen zu anonymisieren und ihre Herkunft zu verleugnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deswegen zielt unser Antrag in die Richtung, dass wir an unserer Haltung arbeiten. Es ist richtig - das wurde schon gesagt -: Das ist eine Kulturfrage. Die CDU hatte schon 2012 einen eigenen Akzent gesetzt mit einem Antrag, der hier leider abgelehnt wurde.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Hört! Hört!)

Die CDU hatte in diesem Antrag gefordert: Wir müssen das Diversity-Management stärken. - Und genau das wollen wir mit diesem Antrag jetzt noch einmal unterstreichen. Wir wollen das Diversity-Management und das Diversity-Konzept stärken. Wir haben dazu schon etwas in der Schublade.

Es ist korrekt: Um interkulturelle Kompetenz zu erwerben, dafür ist eine einzelne Schulung zu wenig. Vielmehr geht es um die Geisteshaltung jedes Einzelnen: von uns in der Politik, aber natürlich auch innerhalb der Verwaltung, wo wir mit dem Diversity-Konzept tatsächlich einen Kultur-

wandel schaffen wollen. Dafür müssen wir aber nicht auf jeden Einzelpunkt wie „Interkulturelles“ oder „Umgang mit Menschen mit Behinderung“ eingehen. Diese Diskussion haben wir schon im letzten Sozialausschuss geführt. Fast deckungsgleich zu dem, was wir hier jetzt diskutieren, haben wir im Sozialausschuss über die Einstellungsbedingungen für Menschen mit Behinderung gesprochen.

Beim Diversity-Konzept geht es darum, dass wir unsere Haltung ändern. Deswegen ist es der richtige Ansatz, darüber zu sprechen, wie wir die Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung in die Lage versetzen können, ihr eigenes Handeln zu reflektieren und selber zu erkennen: Wo diskriminiere ich? - Jeder von uns diskriminiert. Da kann man den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung nicht den Vorwurf machen, dass Einstellungsverfahren nicht diskriminierungsfrei ablaufen, jedenfalls relativ gesehen.

Ich finde es handwerklich nicht gut, das nur auf Einstellungsverfahren zu münzen. Das geht rechtlich nicht, das geht handwerklich nicht, und das ist auch aus inhaltlichen Gründen abzulehnen. Deswegen sagen wir: Lasst uns an unserer Haltung und an der Haltung der gesamten Stadtverwaltung arbeiten und das Diversity-Konzept stärken! - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Richter hat das Wort.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Güldane Tokyürek, richtig: Über 180 Nationen leben in Köln, über 80 Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften gibt es hier. Köln wird wachsen und bunter werden. Daher könnte es eine kluge Idee sein, wenn sich die Stadtverwaltung mit ihren Strukturen, Prozessen und Kompetenzen darauf einstellt. Wenn man dann noch den demografischen Faktor berücksichtigt, der ja auch in der Stadtverwaltung wirkt, könnte es eine kluge Idee sein, wenn sich die Bewerberansprache ebenso ändert wie die Personalauswahl.

Und siehe da: Vor knapp 13 Monaten haben wir, alle demokratischen Fraktionen hier im Rat, das umfassende Diversity-Konzept beschlossen. Wir haben aber nicht nur das Konzept beschlossen, sondern auch die Budgetierung von über 20 Maßnahmen und eine datenschutzkonforme Ist-

Erhebung der interkulturellen Kompetenzen. Das alles ist vor knapp 13 Monaten passiert. Hier jetzt diesen Antrag einzubringen, ohne die Ergebnisse abzuwarten, ist schon interessant.

Unbestritten ist - das sehen wir auch so -, dass die interkulturelle Öffnung in der Verwaltung weitergehen muss. Das ist ganz klar. Wir begrüßen ausdrücklich, dass Diversity eine Querschnittsaufgabe in der Verwaltungsreform ist. Wir begrüßen ausdrücklich, dass im Dezernat V in einer Pilotphase neue Bewerbungsverfahrenformate ausprobiert werden. Das ist gut. Das ist die Umsetzung einer konkreten Maßnahme. Wir sind gespannt auf den Erfahrungsbericht, der zu gegebener Zeit kommen wird.

Liebe LINKE, zu aktuellen Themen bringt ihr Ideen und Beschlüsse aus dem letzten Jahrzehnt ein. Wir sind doch schon gemeinsam einige gute Schritte weitergegangen. Gleichwohl, es ist euer Verdienst, wenn die SPD-Fraktion nun auch ein bisschen offensiver damit umgeht. Wir Grüne wissen aus den letzten Jahren noch sehr gut, dass viele Ideen zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung im Bermudadreieck - ehemaliger Stadtdirektor, ehemaliges OB-Büro und Ratsfraktion der SPD - verschwanden und niemals das Licht der Welt erblickten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Ihr habt es zumindest geschafft, dass die SPD sich jetzt auch auf diesen Weg begibt.

Wir haben ein beschlossenes Diversity-Konzept. Es werden Maßnahmen in der Verwaltungsreform aktiv angegangen. Wir erwarten nach der Sommerpause einen ersten Zwischenbericht, wie diese Maßnahmen wirken. Wichtig ist - das hat auch Kollege Klausung gesagt -: Das ist eine Handlungsfrage, die über das Diversity-Konzept mit über 20 konkreten Maßnahmen in einem Zeitraum von bis zu fünf Jahren umgesetzt wird.

Unser Antrag ist umfassender, er hat das Ganze im Blick und verliert sich nicht im Klein-Klein von Bewerbungsverfahren, was wir schon stundenlang im AVR diskutiert haben. Deswegen bitte ich euch, hier unserem Antrag zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Ich kann es kurz machen; denn vieles ist schon gesagt worden, gerade auch zum Thema Einstellungsverfahren; dazu hatte bereits Herr Klausning ausgeführt. Daher schenke ich mir das jetzt an dieser Stelle.

Ich möchte zwei Feststellungen vorab treffen: Erste Feststellung. Ja, es stimmt. Die Verwaltung braucht mehr interkulturelle Kompetenz. Das wird hier niemand in Abrede stellen. Das stellen auch wir nicht in Abrede.

Zweite Feststellung: Interkulturelle Kompetenz muss gelebt werden, und zwar in allen Bereichen der Verwaltung. „Gelebt werden“ heißt, dass in der gesamten Personalentwicklung das Thema „Interkulturelle Kompetenz“ eine Rolle spielen muss, und zwar in jeder Maßnahme und nicht nur in den speziellen Schulungen zum Thema „Interkulturelle Kompetenz“. Für mich ist wichtig, dass zum Beispiel auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die Vorlagen erarbeiten, für diese Thematik sensibilisiert werden. Oft weisen Vorlagen im Hinblick auf die interkulturelle Kompetenz einen gewissen Nachbesserungsbedarf auf.

Meine Damen und Herren von SPD und LINKEN, ich habe ein paar Schwierigkeiten mit Ihrem Vorschlag, weil Schulungen zur interkulturellen Kompetenz manchmal auch nur als Feigenblatt vor sich her getragen werden. Unser Ziel muss sein, interkulturelle Kompetenz als Querschnittsaufgabe zu verstehen, und das in allen Personalentwicklungsmaßnahmen und nicht nur in den Schulungen zu dieser einen Thematik.

„Interkulturelle Kompetenz in allen Bereichen“ heißt aber auch, dass diese nicht nur auf Mitarbeiter mit Kundenkontakt beschränkt bleibt. Auch in der Öffentlichkeitsarbeit muss es sie geben. Auch dort präsentiert sich die Stadt Köln mit einem bestimmten Bild.

Ich bin daher froh, dass dieses Thema in der Verwaltungsreform, die die Oberbürgermeisterin auf den Weg gebracht hat, seinen Niederschlag gefunden hat. Frau Oberbürgermeisterin, mit Ihrer Vorerfahrung als Sozialdezernentin war Ihnen das Thema „Interkulturelle Kompetenz“ natürlich sehr wichtig, aber nicht nur Ihnen, sondern auch Herrn Dr. Keller. Ich möchte hier noch einmal deutlich sagen: Herr Dr. Keller, mit Ihren Personalentwicklungsmaßnahmen, die auf den tatsächlichen Bedarf ausgerichtet sind, geben Sie wirklich ein gutes Vorbild ab. Ich kann Herrn Richter hier nur unterstützen. Wenn ich mit Kollegen aus dem Integrationsrat spreche und diese

den Blick in die Vergangenheit schweifen lassen, höre ich, dass das bei Ihrem Vorgänger nicht so war. Das gehört zur Ehrlichkeit dazu, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich freue mich, dass mit dem Konzept „Köln liebt Vielfalt“ Diversity tatsächlich als Querschnittsaufgabe verstanden wird.

Abschließend noch zum Thema „anonymisierte Bewerbungen“. Liebe Kollegin von den LINKEN, die Sie ja auch im Integrationsrat sind, und lieber Kollege von der SPD, dass Sie jetzt mit dieser Forderung um die Ecke gekommen sind, hat mich echt gewundert. Wir haben in der letzten Sitzung des Integrationsrates doch alle gejubelt, als Herr Dr. Rau angekündigt hat, dass dieses Verfahren von der Stadtverwaltung umgesetzt werden soll und er uns dieses Vorhaben auch schon vorgestellt hat. Insofern war doch eigentlich klar, dass die Verwaltung hier eine Vorreiterfunktion übernehmen will.

In der Tat: Ja, das ist ein gutes Projekt, aber - und da würde ich mich gern Herrn Klausning anschließen - wir müssen gucken, was bei dem Projekt herauskommt. Auch wir sind auf die Auswertung gespannt und werden es dann bewerten. Insofern war dieser Antrag von SPD, LINKEN und der Ratsgruppe BUNT eigentlich gar nicht nötig. Aber man kann es ja doch noch einmal bestätigen. - Danke.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Boyens hat das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Interkulturelle Öffnung der Verwaltung“: Schon der Titel führt in die Irre. Er unterstellt nämlich, die Verwaltung der Stadt Köln sei nicht offen für andere Kulturen. Nichts ist falscher als das, meine Damen und Herren.

Nichts ist falscher als das; denn die Stadt Köln stellt seit Jahren - wir sind stolz darauf, als erste westdeutsche Stadt die Diversity Charta unterschrieben zu haben - nach dem Diversity-Grundsatz ein, der da lautet - ich zitiere -:

Die Stadt Köln fördert die Gleichstellung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und begrüßt deshalb Bewerbungen von

Frauen und Männern, unabhängig von deren ethnischer, kultureller oder sozialer Herkunft, Alter, Religion, Weltanschauung, Behinderung oder sexueller Identität.

Zitatende. - Also: Die Stadtverwaltung ist offen für jeden Menschen, der den Arbeitgeber Stadt Köln sucht.

Jetzt soll nach Ihrem Antrag dieses noch durch den Satz ergänzt werden - ich zitiere -:

Die Ausschreibung wendet sich deshalb ausdrücklich auch an Menschen mit Migrationshintergrund.

Da stellt sich für uns die Frage: Wozu dieser Satz? Was für einen Mehrwert bringt dieser Satz? Brauchen wir für Menschen mit Migrationshintergrund eine Extraeinladung? - Ich glaube nicht.

Weiter fordert der Antrag, interkulturelle Kompetenz als zusätzliches Einstellungskriterium bei der Besetzung von Stellen im öffentlichen Dienst der Stadt Köln zu verankern. - Interkulturelle Kompetenz, das hört sich erst einmal gut an. Definiert wird das Ganze als - ich zitiere -

die Fähigkeit, insbesondere in beruflichen Situationen mit Menschen mit und ohne Migrationshintergrund erfolgreich und zur gegenseitigen Zufriedenheit agieren zu können.

Das hört sich, ehrlich gesagt, für mich ein bisschen nach Beliebigkeit an. Verwaltungshandeln sollte ganz klar auf gesetzlicher Grundlage, transparent nachvollziehbar und ohne Ansehen der Person erfolgen und nicht ein zur gegenseitigen Zufriedenheit ausgehandeltes Etwas sein.

Stellen wir uns das Ganze einmal an einem ganz konkreten Beispiel vor: Dort, wo heute noch Frau Lea Müller im Sozialamt sitzt, sitzt demnächst Ayse Khalid. Vor ihr steht der Chef eines arabischen Großclans und beantragt für sich und seine Frauen Unterstützung. Dieser Clanchef weigert sich, das Ganze mit einer Frau zu besprechen geschweige denn dieser die Hand zu geben. Wer wird sich wohl eher durchsetzen: Lea Müller oder Ayse Khalid, die das von ihren Brüdern, ihrem Onkel, ihrem Vater immer so vorgelebt bekommen hat und so sozialisiert ist?

(Zuruf von Brigitta von Bülow
[Bündnis 90/Die Grünen])

Meine Damen und Herren, wir lehnen diesen Antrag deshalb ab.

Wir müssen nur nach Berlin schauen, um festzustellen, was dann passieren wird. In der Polizeiakademie in Berlin herrschen erschreckende Zustände. Ein Ausbilder hat darüber ausgepackt. Die Berliner haben ja über Jahre hinweg versucht, auch für den Polizeidienst mehr Migranten zu gewinnen. Die Folgen sind: große Absenkung des Niveaus, erschreckende Zustände, Chaos, Durcheinander. Wir von der AfD möchten Zustände wie an der Berliner Polizeiakademie hier in Köln nicht.

Sie sagen interkulturelle Kompetenz und bezwecken damit eine Migrantenquote durch die Hintertür. Sie sagen interkulturelle Kompetenz. Und was wird passieren? Eine Absenkung des Niveaus. Sie sagen interkulturelle Kompetenz. Und was wird die Folge sein? Geltendes Recht wird einmal mehr auf dem Altar der Integrationsbemühungen geopfert.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Es wäre schon gut, wenn Sie wenigstens kulturelle Kompetenz hätten!)

Kurz: Für diesen Antrag gilt der alte Satz: Das Gegenteil von gut ist gut gemeint.

Ein Letztes: Glauben Sie ernsthaft, dass die Menschen draußen, dass der Taxifahrer oder die Facharbeiterin sich für dieses Thema wirklich erwärmen? Glauben Sie, dass die Menschen das Gefühl haben, dass die Verwaltung der Stadt Köln zu wenig die Belange von Flüchtlingen, von Migranten aufgreift? - Wir sind der Meinung, das ist nicht der Fall. Von daher sagen wir: Der Antrag ist überflüssig. Er geht in die falsche Richtung, und er wird nicht das bezwecken, was der Titel unterstellt.

Abschließend will ich noch sagen: Solange es hier eine breite politische Mehrheit gibt, die derartige Anträge unterstützt und uns hier vorlegt, solange das so ist, mache ich mir um die politische Zukunft der AfD keine Sorgen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nachdem Sie so ausführlich darüber diskutiert haben, was in dieser Stadt passiert, bitte ich jetzt den Herrn Stadtdirektor, das noch einmal kurz zu erläutern. Das scheint ja notwendig zu sein.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nur auf die Frage von Herrn Dr. Krupp noch einmal eingehen, nämlich ob das verwaltungsintern abgestimmt ist. Herr Krupp, gehen Sie mal davon aus, dass das selbstverständlich abgestimmt ist. Das, was im Dezernat V erprobt wird, ist ein Projekt im Rahmen der Verwaltungsreform, der Versuch, unter anderem mit dieser Maßnahme ein Diversity-Management in unseren Dienststellen einzuführen.

Es handelt sich allerdings nicht - das muss ich an dieser Stelle schon sagen - um ein umfassendes anonymisiertes Bewerbungsverfahren, sondern um eine Teilanonymisierung des Stellenbesetzungsprozesses. Das wollen wir in der Tat einmal testen. Ich will aber davor warnen - das habe ich im AVR und an anderer Stelle auch schon getan -, in anonymisierten Bewerbungsverfahren das Allheilmittel für eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung zu sehen.

Ich verahre mich auch ganz ausdrücklich gegen den unterschwellig geäußerten Vorwurf, wir würden in Bewerbungsverfahren diskriminieren. Ich glaube, es gibt nur wenige Arbeitgeber, die ein so diskriminierungsfreies Bewerbungsverfahren organisieren, wie es die Stadt Köln tut.

Mit unseren Bemühungen, unser Bewerbercenter einzurichten - der AVR hat in seiner letzten Sitzung die entsprechenden Finanzmittel dafür auf den Weg gebracht - und das Verfahren weiter zu professionalisieren, kommen wir, glaube ich, der Diskriminierungsfreiheit, wie wir sie uns alle wünschen, noch ein weiteres Stück näher.

Was wir allerdings verstärken sollten - dazu bin ich auch gerne bereit; ich glaube, das wird einen größeren Beitrag zur interkulturellen Öffnung leisten als ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren -, ist die Erschließung weiterer Bewerberkreise mit Migrationshintergrund. Wir leiden nicht so sehr darunter, dass Bewerber im Verfahren ausscheiden, weil sie einen Migrationshintergrund haben und weil der dort offen zutage tritt, sondern weil wir einfach nicht genügend Bewerbungen aus diesen Bevölkerungsgruppen generieren.

Wir müssen durch gezieltere Ansprache bestimmter Bewerberkreise dafür sorgen, dass wir mehr Bewerbungen bekommen, um verstärkt aus diesen Kreisen auswählen zu können. Auch dazu werden wir mit einem neu aufgestellten Personalamt in den nächsten Monaten entsprechende Vorschläge machen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek hat jetzt noch einmal das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE.): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich wollte ganz kurz etwas klarstellen. Frau Hoyer hatte gesagt, Herr Dr. Rau habe im Integrationsrat mitgeteilt, dass es bereits anonymisierte Bewerbungen gibt. Ich möchte dazu nur sagen: Unser Antrag war zu diesem Zeitpunkt schon geschrieben. Es ist also nicht so, dass wir diesen Beschlussvorschlag formuliert haben, nachdem wir das im Integrationsrat gehört haben. So war es definitiv nicht.

Ich hatte auch nicht das Gefühl, dass das im Integrationsrat aktiv mitgeteilt worden ist. Auf der Tagesordnung stand eine Mitteilung zu unserer Anfrage. Daraus entstand eine Diskussion, in der es viele Nachfragen zu anonymisierten Bewerbungen gab. Auf diese Nachfragen hin hat Herr Dr. Rau gesagt: Es gibt ein Projekt. - Es ist also nicht so, dass das aktiv an uns herangetragen worden ist. Insofern möchte ich, dass das klargestellt wird.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich jetzt abstimmen, und zwar zunächst über den Ersetzungsantrag von CDU, Grüne, FDP und GUT. Gibt es Gegenstimmen? - Bei Gegenstimmen von pro Köln und AfD ist dieser Antrag so angenommen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Damit hat sich die Abstimmung über den ursprünglichen Antrag erledigt; er ist ersetzt worden.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 3.1.3 auf

3.1.3 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Anpassung der Fraktionszuwendungen“ AN/0133/2018

und gebe der AfD das Wort.

Wolfram Baentsch (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Sie werden sich vielleicht wundern, dass die Fraktion der AfD überhaupt noch Anträge hier im Stadtrat stellt, wo wir doch wissen, dass unsere Anträge sowieso immer abgelehnt werden, ein-

fach weil sie von der AfD kommen. Aber machen Sie es sich diesmal nicht so leicht!

(Unruhe)

Mit dem Antrag, den ich nun begründen will, wollen wir Sie, die Mehrheitsfraktionen, davor bewahren, ein Unrecht fortzuschreiben, das bei dem Thema Fraktionszuwendungen leider schon Tradition hat in diesem Haus.

Kurz nachdem die AfD dem Willen der Wähler gemäß mit drei Ratsmitgliedern hier in den Rat eingezogen war, haben CDU, SPD, Grüne und LINKE am 30.09.2014 den Beschluss gefasst, die Personalkostenzuschüsse für alle Fraktionen - für alle! - anzuheben, nur nicht für eine, nämlich die Kleinstfraktion mit ihren drei Mitgliedern. Die wurde mit einer einzigen Mitarbeiterstelle abgefertigt. Die Fraktion ab vier bis sechs Ratsmitglieder bekam eine dritte Vollstelle zugewiesen. Alle größeren Fraktionen segneten für sich Zuwendungen wie selbstverständlich ab.

Zynischer konnte dem Neuling im Rat wohl kaum klargemacht werden, dass er auf Fairness in diesem Hause nicht rechnen darf. Zynischer hätte mit den Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie nicht umgegangen werden können. Das hat auch das Oberverwaltungsgericht des Landes Nordrhein-Westfalen festgestellt. Mit Urteil vom 17. Februar 2017 stellt das Gericht fest, dass der Beschluss des Rates vom 30. September 2014 zur Anpassung von Fraktionszuwendungen und Fraktionsausstattung rechtswidrig ist.

Man sollte meinen, dass eine solche Zurechtweisung die Gescholtenen nun aber - hoppla! - auf den Weg des Rechts zurückbringt; aber weit gefehlt. So als ob das Recht teilbar wäre, man beliebig ein Stück Recht gewähren, ein weiteres Stück aber im Unrecht belassen, also ganz nach Gutsherrenart agieren könne, fasste dieser Rat am 11. Juli 2017 wieder einen unrechtmäßigen Beschluss. Der Kleinstfraktion wurde eine zusätzliche Vollstelle bewilligt, allerdings nicht wie geboten eine qualifizierte Assistentenstelle, sondern die Stelle einer Bürokräft. Dem Urteil des OVG war damit natürlich keinesfalls Genüge getan.

Das fortdauernde Unrecht besteht vor allem darin, dass der Zeitraum vom September 2014 bis zum Juli 2017 außen vor blieb. Der Rat hat folglich nichts zum Ausgleich der Benachteiligung unternommen, die die AfD drei Jahre lang hinnehmen musste. Der Beschluss vom 11. Juli 2017 stellt also wiederum eine Missachtung des

Gerichts dar; ja, er verhöhnt den Rechtsstaat. Weiterhin soll mit der AfD ein lästiger politischer Wettbewerber finanziell ausgetrocknet werden.

Unser Antrag ist nun darauf gerichtet, dem Recht endlich Geltung zu verschaffen.

(Unruhe)

- Ich finde, auch die SPD sollte an dieser Stelle zuhören. - Das muss im Übrigen nicht dadurch geschehen, dass Sie der lästigen Kleinstfraktion und übrigens auch den Gruppen im Rat die vorerhaltenen Zuwendungen nachvergüten. Schon 2014 hat die AfD hier im Rat erklärt, dass wir auch mit dieser bescheidenen Mittelausstattung zurechtkommen. Wir sind auch jetzt gern bereit, auf die rückwirkende Vergütung zu verzichten, vorausgesetzt, die größeren Fraktionen zahlen auf Heller und Cent die seit 2014 zu Unrecht erhaltenen Zuwendungen zurück. Das wäre doch mal ein Zeichen von Bürgerfreundlichkeit und Sparsamkeit in dieser hoch verschuldeten Stadt.

(Beifall bei der AfD)

Wie auch immer - ich komme zum Ende, Frau Oberbürgermeisterin - Ihre Wahl ausfällt: Sie sind gut beraten, diesem Antrag zuzustimmen, auch wenn Sie das mit der Faust in der Tasche tun. Denn wenn Sie das verweigern, dann werden Sie erneut vom Gericht zurechtgewiesen werden müssen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es Wortmeldungen dazu? - Herr Breite hat das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zuerst darf ich feststellen, dass die AfD heute vollzählig anwesend ist. Das haben wir häufig anders hier erlebt. Mehr möchte ich mich über Ihre fleißige Arbeit jetzt nicht auslassen.

Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren, als einer der Antragsteller des Antrags „Anpassung der Fraktionszuwendungen auf Basis der Zuwendungsstruktur der Fraktionsgeschäftsstellen“, der zu den genannten Ratsbeschlüssen führte, möchte ich gerne Folgendes ausführen: Der Rat hat mit seinem Beschluss vom 11. Juli 2017 die kleinstmögliche Fraktion und die Gruppen finanziell eindeutig besserge-

stellt. Punkt. Somit sind die Vorgaben des Oberverwaltungsgerichts Münster erfüllt und umgesetzt. Punkt. Wir können darum keinen sachlichen Grund für einen weiteren Änderungsbedarf erkennen und lehnen darum den Antrag ab. Punkt.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer wünscht dem Antrag zuzustimmen? - Das sind pro Köln und die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich habe bei der Abstimmung über Tagesordnungspunkt 3.1.2, in dem es um die interkulturelle Öffnung der Verwaltung ging, nicht nach Enthaltungen gefragt. Meine Damen und Herren, ich möchte das hiermit nachholen. Ich glaube zwar nicht, dass das etwas am Ergebnis ändert; aber das muss schon protokollfest sein. Sie erinnern alle die Debatte und die Antragstellung zu 3.1.2. Ich frage Sie jetzt: Gibt es Enthaltungen? - Keine. Vielen Dank.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 3.1.4 auf

3.1.4 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT betreffend „Integration von Kreativräumen und kulturellen Raumbedarfen in die Stadtplanung“ AN/0149/2018

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. AN/0192/2018

und gebe als Erstes Herrn Kienitz das Wort.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Einige Gedanken zur Begründung und Herleitung unseres Antrags zu Kreativräumen.

Zu Beginn erst einmal ein paar schnöde Zahlen: 9,3 Milliarden Euro Umsatz und 60.000 Erwerbstätige, das macht deutlich, welchen Stellenwert die Kultur- und Kreativwirtschaft mittlerweile in Köln hat. Wir beziehen uns in unserem Antrag explizit auch auf die Klubszene. Wir wissen aus dem entsprechenden Bericht, dass allein diese 3,8 Millionen Besucher und einen Jahresumsatz von 55,4 Millionen hat.

Damit komme ich schon zum zweiten Gedanken, mit dem sich auch viele Kollegen aus den Bereichen Kultur und Stadtentwicklung beschäftigen. Wer vor 20, 30 Jahren in der Südstadt unterwegs war oder wer wie ich in Ehrenfeld groß geworden ist, der weiß: Viertel wie Kalk oder Mülheim waren damals unattraktiv, sie waren schmutzig, sie waren unbeliebt. Dann aber haben dort ein paar Verrückte Klubs, Galerien, Werkstätten und dergleichen eröffnet. Die waren sozusagen die Pioniere in diesen schmutzigen Nischen, wo früher keiner hinwollte. Auf einmal war es dort hip, und daraus entstand ein Sog. Das war der Humus, die Grundlage für die Stadtentwicklung, die diese Orte total attraktiv machte.

In der Studie zur Kölner Klub- und Veranstalterszene wird es als „Pionierdilemma“ bezeichnet, dass diese Einrichtungen nun Opfer ihres eigenen Erfolges werden - man bezeichnet das auch gern als Gentrifizierung -; denn auf einmal wird es attraktiv, dort ein Büro zu haben, dort zu wohnen, was zu steigenden Preisen führt. Damit werden im Grunde diejenigen verdrängt, die der Humus waren, diejenigen, die die Grundlage dafür gelegt haben, dass dieses Quartier attraktiv geworden ist.

Der dritte Gedanke - das soll dieser Antrag heute auch zum Ausdruck bringen und verstetigen - führt zur Haltung von Politik und auch von Verwaltung. Frau Kollegin Bürgermeister war mit mir auf einem Panel der Cologne Music Conference. Dort wurde auch über Stadtentwicklung versus Klubkultur diskutiert. Ich habe erfahren dürfen, dass diejenigen, die damals im „Gebäude 9“ im Mülheimer Süden aktiv waren, bei Einsichtnahme in die Pläne feststellen mussten: Für das Areal des Klubs „Gebäude 9“ war nur ein Baum verzeichnet. - Das hat natürlich auch etwas mit Haltung von Politik, aber letztendlich auch mit Haltung von Verwaltung zu tun, damit, wie wir Stadtentwicklung angehen und solche Räume entwickeln wollen.

Ich glaube, der erste Schritt ist, hier heute diesen Antrag auf den Weg zu bringen, um unsere Haltung zu manifestieren. Der zweite Schritt ist: Wenn die Ergebnisse vorliegen, sind sie in integriertes Verwaltungshandeln einzuspeisen und die Haltung von Verwaltung diesbezüglich zu ändern. Von daher, meine Damen und Herren, die herzliche Einladung, unserem Antrag zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächste hat Frau Jahn das Wort.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beschäftigen uns ja schon seit langem mit dem Thema „Kreativräume, Kreativwirtschaft“, auch unter dem Aspekt der Stadtentwicklung. Für uns war immer klar, dass diese Räume für die Stadt eine ganz besonders wichtige Rolle spielen. Deshalb ist vor allem für uns, die wir integrierte Stadtentwicklung betreiben wollen, die Frage wichtig: Wie gehen wir zukünftig mit Räumen um, die unter dem Begriff „Kreativräume“ bekannt sind?

Frühzeitig war uns Grünen klar, dass Köln eine lebendige Kulturszene hat, die es zu erhalten gilt. Diese Kulturszene, diese Kulturräume stehen auch für das Lebensgefühl dieser Stadt. Sie sind nicht nur ein Motor für die Entwicklung verwaister Stadtteile, wie Niklas Kienitz sagte; sie sind auch ein wichtiger Standortfaktor. Nicht zuletzt sind sie für viele coole Räume, wo man sich gut treffen kann; das ist ja auch nicht zu vernachlässigen.

Das Thema „Kreativwirtschaft, kreative Räume“ gewinnt auch im Hinblick auf die Leitziele der strategischen Stadtentwicklung - die „Kölner Perspektiven 2030“ sind ja gerade federführend vom Stadtentwicklungsamt aufgesetzt worden - an Bedeutung. Nicht nur wir beschäftigen uns in den Ausschüssen permanent mit diesem Thema; auch die Kölnerinnen und Kölner beschäftigen sich damit.

Ich erinnere daran, dass Jack in the Box etwa 8.000 Unterschriften für eine Petition zum Erhalt des Standorts auf dem Güterbahnhof Ehrenfeld gesammelt hat. In 2014 gab es die Debatte um „Gebäude 9“, den wir Gott sei Dank dann noch retten konnten. Aber klar war immer auch: Diese Räume hatten früher keine Fürsprecher; sie mussten sich ihre Rolle erst hart erkämpfen. Einige dieser Szeneräume waren zunächst Zwischennutzungen, andere sind einfach in die Lücke gesprungen, weil sich keiner um diese Räume gekümmert hat. Wieder andere wurden ganz bewusst dorthin gepflanzt. Ich erinnere nur an die Galerien am Ebertplatz, die wir dort ganz bewusst zur Belebung des Platzes untergebracht haben.

Allen Räumen gemein ist, dass sie die Stadtteile aufwerten, dass sie sich etablieren, dass sie nationales und internationales Renommee erfahren und dennoch irgendwann kurz vor dem Aus ste-

hen, weil die Stadtteile immer beliebter werden, weil dann die Investoren kommen, weil in einer wachsenden Stadt die Themen Wohnen, Schulen, Kitas, Grünflächen immer wichtiger werden. Wir erleben es täglich: Alle diese Orte erfahren das gleiche Schicksal: Sie sind gekommen, um irgendwann wieder zu gehen. Genau das wollen wir nicht.

Wir wollen, dass es weiterhin Räume in dieser Stadt gibt für die jährlich etwa 8.000 Live-Music-Veranstaltungen mit 4 Millionen Besuchern; das sind mehr Besucher, als der FC hat. Dazu müssen wir überlegen, wie wir diese Räume in der integrierten Stadtentwicklung etablieren können. Dafür brauchen wir Instrumente. Wir haben im Haushalt 2018 dafür 150.000 Euro zur Verfügung gestellt, damit wir bereits am Anfang, wenn wir diese Gebiete überplanen, einen Instrumentenkoffer an die Hand bekommen, um zu wissen: Wie gehen wir damit um? Wie können wir sie frühzeitig integrieren? Wie können wir mit etwaigen Nutzungskonflikten umgehen? Wie können wir diese abwägen? Was können wir anbieten, damit diese Räume erhalten bleiben und sich weiterentwickeln können?

Einen Partner dafür haben wir schon gewonnen, nämlich die IHK. Sie wird mit der Erfassung eines Klubclusters beginnen und das auch aufsetzen. Wir müssen aber auch Instrumente prüfen wie das Rücksichtnahmegebot. Gegebenenfalls müssen wir einen Lärmschutzfonds einrichten. All dies sind Themen, mit denen wir uns als Kölnerinnen und Kölner aber nicht allein beschäftigen. Da können wir auch auf Erfahrungen aus anderen Metropolen zurückgreifen. Wir müssen dafür sorgen, dass Köln weiterhin eine urbane und lebendige Stadt ist und sich Stadtteile wie Ehrenfeld, Mülheim, Deutz weiterentwickeln können.

Wir werden den Änderungsantrag der LINKEN gerne übernehmen, konkret die Ergänzung im zweiten Punkt unter Unterpunkt C: „... unter Einbeziehung von Zwischennutzungen“. Dass das Ganze unbürokratisch erfolgt, erhoffen wir von der Verwaltung. Ich denke, auch wenn wir das Wort „unbürokratisch“ nicht übernehmen, so ist eurem Ansinnen dennoch Genüge getan. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Görzel hat das Wort.

Volker Görzel (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt wirklich schöne Themen, zu denen man hier sprechen kann, insbesondere wenn man wie ich vor über 20 Jahren nicht zuletzt auch wegen der Klubszene nach Köln gezogen ist und sich hier immer sehr wohl gefühlt hat.

Die Zielrichtung ist klar: Wir wollen die Klub-, Musik- und Kreativwirtschaft in Köln aufwerten. Wir sehen hier auch Handlungsdruck. Das hat zuletzt vor anderthalb Jahren eine Studie der Universität Köln ergeben, die von der IHK, aber auch von der Stadt Köln in Auftrag gegeben wurde. Diese Studie hat die Handlungsfelder aufgezeigt, in denen wir uns bewegen müssen. Deswegen auch dieser Antrag.

Wir wissen natürlich auch, dass Politik und Verwaltung bestenfalls Rahmenbedingungen schaffen, aber nicht verordnen können, die beste Klubszene in Deutschland zwischen Berlin und Amsterdam zu etablieren. Das ist klar. Aber wir meinen, wir können es schon schaffen, die Klubszene in Köln etwas stärker ins Tourismuskmarketing unserer Stadt einzubinden. Das ist für uns ein wichtiger Aspekt, der in der angesprochenen Studie der Universität Köln aus dem Jahr 2016 auch so empfohlen wurde.

Natürlich verbinden wir mit diesem Antrag, auch wenn das dort nicht ausdrücklich festgehalten ist, dass Defiziten in der Genehmigungspraxis der Verwaltung abgeholfen wird. Genannt seien hier eine Single-Hand-Anlaufstelle oder Checklisten, mit denen das Ordnungsamt oder die Klubszene operieren kann. Ich weiß aus meiner beruflichen Erfahrung, dass es, gelinde gesagt, Irritationen gibt zwischen einerseits dem Antragsteller und andererseits der Verwaltung hinsichtlich neuer Veranstaltungsformate.

Wir wissen auch, dass es in dieser Stadt ein erhebliches Defizit an Proberäumen gibt. Proberäume in Köln sind Mangelware. Es gibt nur wenige gewerbliche Anbieter von Proberäumen. Wir wissen aus Erfahrung, dass das Baunutzungsrecht oftmals der Schaffung von Proberäumen einen Riegel vorschiebt bzw. diese erschwert. Auch hier verbinden wir als Mit Antragsteller die Hoffnung, dass die Genehmigungspraxis wohlwollender gehandhabt wird. Köln braucht definitiv mehr Proberäume. Diese müssen sich nicht unbedingt in den gerade hippen Stadtvierteln befinden; sie können durchaus auch an der Peripherie angesiedelt werden.

Last but not least - es ist im Antrag schon deutlich geworden, aber ich möchte es hier für meine

Fraktion noch einmal betonen -: Selbstverständlich ist das Gebot der gegenseitigen Rücksichtnahme einzuhalten. Es gibt in der Innenstadt, insbesondere im Belgischen Viertel und in den angrenzenden Straßenzügen - die Kollegen aus dem AVR und der Bezirksvertretung Innenstadt wissen das -, erhebliche Interessenkonflikte. Meine Fraktion verbindet mit diesem Antrag auch, dass wir diese verschiedenen Interessen zusammenführen und eine Lösung zum Wohle unserer Stadt finden; denn Köln kann es auf jeden Fall besser. - Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Professor Schäfer das Wort.

Professor Dr. Klaus Schäfer (SPD): Verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir alle waren sehr beeindruckt - im Kulturausschuss hat es ja auch eine übereinstimmende Position dazu gegeben -, als der Bericht über die Kreativ- und Kulturwirtschaft in Köln präsentiert wurde. Er zeigt auf: Köln hat in der Vergangenheit gerade in dieser Richtung vieles aufzuweisen und kann sich sehr wohl mit anderen Großstädten messen. Sie hatten das Beispiel Musik genannt. In Sachen Musik ist Köln zu einem Anziehungspunkt geworden und eine der wichtigen Musikmetropolen Deutschlands.

Dass wir daran festhalten wollen, können Sie auch daran erkennen, dass wir beide Anträge unterstützen. Ich sage bewusst: beide. Frau Jahn, auch wenn man den Begriff „unbürokratisch“ nicht gerne hört, ist das ein wichtiger Punkt. Der Begriff „Bürokratie“ an sich ist nicht negativ besetzt, sondern meint eher eine Funktions- und Verhaltensweise, die häufig etwas nicht ermöglicht, obwohl sie eine Ermöglichungsstrategie entwickeln sollte. Daher setze ich sehr darauf, dass die Verwaltung, die ja diesen Bericht mit erstellt hat, auch weiß, was sie mit einer Ermöglichungsstrategie bewirken kann. Da haben wir in Köln noch einiges nachzuholen.

Herr Kollege von der FDP, wir haben nicht nur Rahmenbedingungen zu setzen, sondern Politik hat an dieser Stelle eine wichtige Gestaltungsaufgabe. Die Stadt muss sich auch in Konkurrenz zu anderen Städten aufstellen. Statt die Kreativ- und Kulturwirtschaft immer nur unter dem Aspekt der Mindestausstattungsperspektive zu sehen, müssen wir ihr Möglichkeiten geben,

sich entsprechend weiterzuentwickeln. Da ist die Musikszene ein erster Ansatzpunkt.

Aber wir wissen alle: Wir müssen ganzheitlich denken. Wir müssen die Kultur insgesamt aus ihren Nischen holen, wir müssen ihr Räume geben, wir müssen in der Stadtplanung und Stadtentwicklung Kultur und Kunst als wichtige Indizes mitdenken. Von Herrn Kienitz wurde eben das Beispiel Ehrenfeld genannt. Wir als Politik haben auch die Aufgabe, sicherzustellen, dass Kultur, die aus solchen schmutzigen Räumen erst etwas Glanzvolles gemacht hat, nicht von anderen von dort vertrieben wird. Die Geschichte kennen wir.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Das Atelier-Projekt zum Beispiel!)

- Ja, ich könnte jetzt auch noch andere Beispiele nennen.

Es gibt auch so etwas wie objektive Entwicklungen. Wir wissen das aus der Szene. Was tun wir etwa mit dem Deutzer Hafen? Was tun wir mit der Deutz-Mülheimer Straße? Da müssen wir Kultur von Anfang an mit einbeziehen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wir dürfen eben nicht zulassen, auch nicht durch unsere stadt eigenen Gesellschaften, dass Kultur möglicherweise überhaupt nicht mehr auftaucht. Deswegen muss man, glaube ich, diesen Antrag weiterdenken. Die Antragsteller sehen das ja auch; das ist ja nicht auf diesen einen Punkt beschränkt.

Köln als wachsende Stadt, als wachsende Metropole hat an dieser Stelle eine wichtige Aufgabe. Politik kann hier ein wichtiges integriertes Handlungs- und Gestaltungskonzept entwickeln; denn die Schnittstellen sind unverkennbar. Das wissen wir seit vielen Jahren. Wir kennen es aus vielen empirischen Untersuchungen in Deutschland, dass dann, wenn Kultur und Kunst in die Stadtentwicklungsplanung mit einbezogen werden, wir auch die Künstlerinnen und Künstler mitnehmen.

Wir dürfen eines nicht vergessen: dass die Künstlerinnen und Künstler, die wir hier loben, manchmal unter sehr erschwerten Bedingungen und manchmal auch unter Aufgabe ihrer eigenen persönlichen Zukunft sich engagieren: für diese Stadt, für ihre Kunst, für diesen Stadtteil. Und dieses Potenzial müssen wir gewinnbringend nutzen. Ich glaube, das ist der richtige Weg. Insoweit werden wir diesen Antrag auch unterstützen.

Lassen Sie mich zuletzt noch einen Punkt ansprechen, der mich sehr nachdenklich macht. Wenn wir ganzheitlich denken, frage ich mich, warum wir heute nicht über den Antrag entscheiden, mit dem investive Mittel für die freie Szene festgelegt werden sollten. Im Kulturausschuss gab es in dieser Frage eine übereinstimmende Mehrheit. Nur weil eine Fraktion - Bündnis 90/Die Grünen - sozusagen alleine stand, weil CDU, FDP, SPD und DIE LINKE an dieser Stelle an einem Strang gezogen haben, wurde dieser Antrag im Finanzausschuss dieser Tage zur Seite gelegt. Das bringt auch Unsicherheit mit sich. Wir wissen, dass die Träger draußen, darunter auch die Musikszene, auf dieses Geld, auf diese Zuwendungen warten und nicht nachvollziehen können, warum wir heute darüber nicht entscheiden. Insoweit bitte ich nicht nur bei diesem Antrag ganzheitlich zu denken, sondern Kulturpolitik insgesamt offensiv und offen zu gestalten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Stahlhofen das Wort.

Gisela Stahlhofen (DIE LINKE.): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass Sie unseren kleinen Änderungsantrag übernehmen wollen. Wir hatten ja schon einmal das Pilotprojekt „Zwischennutzungsmanagement“. Dieses hat viel Zeit und Energie darauf verwendet, in der privaten Immobilienwirtschaft Objekte zu akquirieren, die einer Zwischennutzung zugeführt werden können. Gleichzeitig ist die Stadt Köln selbst Eigentümerin solcher Objekte, die teilweise sogar in der jetzigen Planung eine ähnliche oder gleiche Nutzung vorsehen, wie mögliche ZwischennutzerInnen es gerne hätten und vorschlagen.

Professor Schäfer hat eben zu Recht darauf hingewiesen, dass wir in der gesamten Stadtentwicklung viel stärker auch Kultur mitbedenken müssen. Es ist eben nicht nur der Kindergarten, nicht nur die Sportstätte; auch Kultur ist hier wichtig. Frau Jahn hatte gerade das Beispiel der Ansiedlung von Galerien am Ebertplatz angeführt. Herr Görzel, Sie hatten sich auf einen offenen Brief von verschiedenen Interessengemeinschaften rund um den Brüsseler Platz bezogen. Aber die Stadt Köln besteht nicht nur aus dem Brüsseler Platz. Dieser Platz ist ebenso wie der Ebertplatz ein kleiner Fleck im Stadtgebiet.

Sie wissen, dass mein Herz an dem Areal „Hal-len Kalk“ hängt. Im Werkstattverfahren wurde dort ein sogenannter Subkulturhof vorgesehen, wo es ebenjene von Ihnen gewünschten Eroberungs- und Erprobungsräume geben soll. Unmittelbar nach der Schlusspräsentation des Werkstattverfahrens hat sich der Baustelle e. V. bei der Stadt um eine Zwischennutzung ebendieses Subkulturhofs beworben. Die AntragstellerInnen warten leider seit sechs Monaten auf eine Antwort. Es würde mich nicht wundern, wenn sie sich ein anderes Areal aussuchen - ich hoffe, nicht den Brüsseler Platz - oder gar ihre Aktivitäten einstellen. Beides kann und darf nicht gewünscht sein.

Damit dieser und wahrscheinlich viele ähnliche solcher Vorstöße aus der Kreativ- und Kulturszene nicht in Vergessenheit geraten, sondern ernsthaft bedacht werden, haben wir diesen kleinen, aber für mich wichtigen Änderungsantrag gestellt. Wie eingangs gesagt, ich freue mich, dass er übernommen wird.

Da ich ja heute eh einen Wunsch frei habe

(Heiterkeit)

- noch einmal vielen Dank für den Geburtstagsgruß -, wünsche ich mir, dass das auch wirklich unbürokratisch umgesetzt wird. Das Wort „unbürokratisch“ muss nicht unbedingt drinstehen. Wir setzen ja vieles voraus. An der Stelle bin ich hoffnungsfroh und setze einmal voraus, dass wirklich unbürokratisch damit verfahren wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Keine. Dann würde ich noch einmal an DIE LINKE die Frage stellen: Frau Jahn hatte ja angekündigt, ihren Antrag im zweiten Absatz unter 3 C wie folgt zu ergänzen: „unter Einbeziehung von Zwischennutzungen“. Sie haben eben gesagt: Hauptsache, es wird unbürokratisch gemacht; das Wort „unbürokratisch“ muss dort nicht aufgeführt sein.

(Gisela Stahlhofen [DIE LINKE.]: Die Intention war uns wichtig!)

Daher die Frage: Ziehen Sie Ihren Antrag zurück, oder wünschen Sie, dass ich über diesen Antrag abstimmen lasse?

(Gisela Stahlhofen [DIE LINKE.]: Ist ja übernommen!)

Das ist übernommen bis auf das Wort „unbürokratisch“. Okay.

Dann lasse ich über den Ursprungsantrag von CDU, Grüne, FDP und GUT in der mündlich ergänzten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der AfD ist das so beschlossen. Vielen Dank.

Als Nächstes rufe ich Tagesordnungspunkt 3.1.5 auf

3.1.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Familienfreundliches Köln - Kita-Ausbau in Köln stärken“ AN/0030/2018

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppen GUT und BUNT AN/0193/2018

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. AN/0186/2018

und gebe Herrn Dr. Heinen das Wort.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schön, zu sehen, wie sehr die Freude der Kölnerinnen und Kölner am Kinderkriegen in den letzten Jahren gestiegen ist. Lassen Sie uns einmal auf alte Zahlen zurückblicken. Anfang der 2000er-Jahre hatten wir in Köln noch um die 8 000 Geburten jährlich. Das stieg dann langsam an. In den letzten Jahren ist es sogar rapide hochgegangen - bis auf schätzungsweise etwa 12 000 Geburten im Jahr 2017.

Das stellt uns gerade im Betreuungs- und Bildungsbereich vor riesige neue Aufgaben. In Bezug auf den Kita-Bereich sind wir im Jugendhilfeausschuss mit unserem Latein am Ende.

Vor diesem Hintergrund haben wir uns als SPD-Fraktion überlegt, welche Lösungsmöglichkeiten wir finden können, um diese Herausforderungen im Interesse der Kinder zu bewältigen. Da haben wir gesagt: Das kann nur gehen, indem hier alle Ausschüsse beteiligt werden, die nachher für Bauen, Stadtentwicklung, Liegenschaften usw. verantwortlich sind; denn dort liegt die Herausforderung.

An dieser Stelle wird auch schon sehr viel getan. Es ist ja nicht so, dass Köln hier schlecht dastünde. Vor allen Dingen im landesweiten Ver-

gleich ist das überhaupt nicht der Fall. Wir haben sehr gute Zahlen. Im Hinblick auf unsere Wunschquote der Unterdreijährigenbetreuung von etwa 50 bis 52 Prozent reichen sie aber noch nicht aus. Wir liegen derzeit - bei immer weiter steigenden Kinderzahlen - bei etwa 42 Prozent.

Unsere Überlegung ist daher - unter dieser Überschrift kann man das zusammenfassen -: Neue, kreative Lösungen müssen gefunden werden - außerhalb der klassischen Schemata, die bislang noch immer gereicht haben und funktioniert haben.

Ich möchte einige Möglichkeiten nennen, die außergewöhnlich oder besonders sind, die teilweise auch schon irgendwo erprobt sind, die aber noch nicht so gängig sind.

Da bietet sich vor allen Dingen die Nutzung nicht nur des Erdgeschosses, sondern auch der ersten Etage an. Das ist nachher mit den Genehmigungen gar nicht so einfach. Darauf sollten wir aber Wert legen. Besonders die Mitglieder der Ausschüsse für Bauen und Stadtentwicklung sollten einen verstärkten Blick darauf werfen.

Vielleicht etwas ungewöhnlich sind - davon gibt es in der Bundesrepublik aber einige wenige Beispiele - Kindergärten auf Parkhausdächern. Das ist ebenfalls eine sehr interessante Lösung. Man kann dies auch wunderbar mit vorhandenen Einrichtungen kombinieren, zum Beispiel mit Einkaufszentren wie den Köln Arcaden. Hier bietet sich eine Kombinationsnutzung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an.

Weiterhin ganz aktuell ist unser Baulückenprogramm. Man sollte sich sehr bemühen, in das Baulückenprogramm auch Kitas hineinzubekommen.

Zu Kitas gehören natürlich auch Betriebs-Kitas. Betriebs-Kitas sind ein gutes Mittel. Da haben wir auch eine gute Zusammenarbeit, denke ich. Wir müssen sie auf jeden Fall einfordern. Ich glaube aber, dass die IHK und die Handwerkskammer hier auch von sich aus selber aktiv werden.

In diesem Zusammenhang sollten wir auch das jetzt auslaufende Projekt Familienfreundliche Gewerbegebiete in Bezug auf diese Punkte noch einmal deutlich verstärken.

Ich habe eben die Firmen angesprochen. An dieser Stelle möchte ich auch noch speziell die Discounter nennen. Was die Discounter angeht, haben wir in der letzten Ratssitzung ja die synergetische Parkplatznutzung verabschiedet. Sie erin-

nern sich vielleicht daran. Dabei geht es darum, dass wir die dort vorhandenen Riesenflächen auch sinnvoll nutzen können, um sie zu bewirtschaften. Für Kitas sind ja Stellplatzabgaben oder Stellplätze erforderlich. Wenn Kitas in der Nähe von Discountern liegen, könnte man mit den entsprechenden Discountern Vereinbarungen treffen, um Parkplätze dort zu nutzen.

Wenn Discounter bauen, können sie nicht nur den Laden selber errichten, sondern auch Wohnungen darüber - so, wie es ein großer Discounter jetzt vorgeschlagen hat. Man kann auch überlegen, gleichzeitig Kitas mit zu bauen. Da wir relativ viele Discounter haben, sehen wir dort auch große Chancen.

Schulen brauche ich nicht zu erwähnen. Sie funktionieren ebenfalls mit Kitas zusammen.

Sehr schön sind aber auch - da gibt es erst wenige Beispiele, die aber sehr gut funktionieren - in Seniorenheime integrierte Kitas. Da existieren sehr schöne Konzepte. Das klappt wohl ganz gut.

Außerdem möchte ich die Randgebiete anführen. Wir haben auch ländlichen Raum mit Ackerflächen und Ähnlichem. Auch dort könnte man Kitas errichten und dann eventuell einen Shuttle-service einrichten. In Berlin gibt es entsprechende Beispiele. Dort klappt das.

Waldkindergärten sind eine weitere Idee. Ich denke, dass wir da auch weiterkommen könnten.

Wir möchten und sollten das in den Ausschüssen, die hier betroffen sind, intensiv verfolgen und auch gut begleiten. Es gibt viele Beispiele. Dort können wir dies unterstützen und auch in dem einen oder anderen Punkt den Multiplikatoren doch noch Druck machen.

Insofern freue ich mich ganz besonders darüber, dass wir bei dieser Thematik zu einem gemeinsamen Antrag gekommen sind. Aufgrund der großen Gemeinsamkeit hoffe ich, dass wir auch gemeinsam in den entsprechenden Ausschüssen an diesem Thema arbeiten. Das Wort „gemeinsam“ ist ja manchmal ganz gut, Herr Kienitz.

In diesem Sinne wünsche ich uns eine gute Abstimmung und viel Erfolg mit den Kitas. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Dr. Schlieben das Wort.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! 10 092 Plätze in der Kita für unter dreijährige Kinder und 3 480 Plätze in der Tagespflege für unter dreijährige Kinder. Das heißt, dass 13 572 Kinder, rund 40 Prozent der unter dreijährigen Kinder, in der Stadt Köln betreut werden. Wir haben 670 Kitas in Betrieb. Das ist auf den ersten Blick schon einmal eine gute Meldung. Da haben wir in den letzten zehn Jahren auch eine Menge geschafft. Insgesamt reicht es in dieser wachsenden Stadt, in der gottlob auch die Zahl der Kinder wächst, aber noch nicht aus.

Deshalb heißt es in dem gemeinsamen Antrag, der Ihnen hier und heute vorliegt, auch: Wir müssen den Kita-Ausbau in Köln stärken. Dafür brauchen wir aber mehr Kreativität. Alles, was denkbar ist, soll geprüft werden, und wenn es möglich ist, soll es gemacht werden. Wir müssen also den Kita-Ausbau in Köln entfesseln.

Daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, liegt Ihnen hier und heute dieser interfraktionelle Kita-Ausbau-Entfesselungsantrag der antragstellenden Fraktionen vor.

Ich möchte in aller Kürze einige Punkte vortragen.

Die Großtagespflege müssen wir ausbauen. Das haben wir in dem Fachausschuss, in den auch diese Diskussion gehört hätte, auch schon auf den Weg gebracht. Aber die Aufklärungsarbeit in Sachen Großtagespflege muss ausgebaut werden.

Wir brauchen die gezielte Ansprache von Investoren. Ebenso müssen wir die Träger bewegen, bestehende Kindertageseinrichtungen weiter auszubauen.

Hier schaue ich auch unsere Landtagsabgeordneten an. Wir warten alle auf die Revision des KiBiz und hoffen, dass dort auch die Frage der Übernahme der Trägeranteile geklärt wird. Ich erinnere daran, dass das in jedem Parteiprogramm steht; zumindest in allen, die ich kenne. Das haben wir als Kölner nicht vergessen. Daran messen wir auch den neuen Landtag und die neue Landesregierung.

Land und Bund stehen auch weiterhin in der Verantwortung, kreative Lösungen beim Kita-Bau zu ermöglichen. Wir brauchen Kitas auf Dächern, auf bestehenden Gebäuden, im Wasser. All das muss möglich sein. Da, wo es geht, muss das Land die Vorgaben anpassen. Programme des Bundes wie das Projekt Familienfreundliche Ge-

werbegebiete wurden ja von meinem Vorredner schon angesprochen.

Beim Schulbau legen wir ja ein atemberaubendes Tempo hin. Von der Planung bis zur Realisierung vergehen nur schlappe zwölf Jahre. Wenn wir jetzt sagen, dass wir in jeder neuen Schule auch noch eine Kita errichten wollen, haben wir als Antragsteller nicht die Dauer von zwölf Jahren im Sinn, sondern gehen davon aus, dass wir Schulen schneller bauen und damit auch Kitas schneller verwirklichen können.

Es sollte aber bei jeder Schule, bei jedem Vereinsheim, bei jedem Seniorenheim überprüft werden, ob auf dieser Fläche eine Kita mit errichtet werden kann. Auch das soll die Verwaltung für uns prüfen.

Als letzten Aspekt möchte ich die Tatsache ansprechen, dass wir vor allem Flächen brauchen. Insofern müssen wir schauen, ob brachliegende Flächen, die bisher nicht für den Kita-Ausbau herangezogen werden konnten, umgewidmet werden können. Wenn das möglich ist, wollen wir sie für den Kita-Ausbau nutzen.

In allen Bebauungsplänen, die wir neu aufstellen, brauchen wir neue Schulen und neue Kitas. Das darf aber nicht nur eine Absichtserklärung und eine Planung sein. Wir müssen es auch realisieren. Auch da sind wir dran.

Wie schon angesprochen wurde, wollen wir bei jedem neuen Wohnungsbauprojekt auch schauen, ob man im Erdgeschoss eine Kita oder eine Großtagespflege einrichten kann. Das muss ganz klar mit geprüft werden.

Wenn eine Fläche zu weit entfernt sein sollte, muss man als Stadt Köln eben einen Busshuttleservice einrichten, um die Kinder dorthin zu bekommen, bevor man sagt: Wir lehnen diese Fläche ab.

All das sind Dinge, Kita neu zu denken. Es gibt keine Denkverbote. Daher ziehen wir alle Möglichkeiten in Betracht.

Ich muss ja nicht extra betonen, dass Genehmigungsverfahren verkürzt werden müssen und Abstimmungsprozesse beschleunigt werden müssen.

Hier erinnere ich an das gute Beispiel der Stadt Augsburg. Dort wurde Ende 2017 eine Taskforce Kita eingerichtet, die den Kita-Ausbau referatsübergreifend organisiert. Das gibt es hier wahrscheinlich auch schon in gewisser Weise. Viel-

leicht müssen wir es noch stärker institutionalisieren.

In diesem Sinne: mehr Kreativität, mehr Tempo, mehr Kita-Plätze! - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Jahn hat jetzt das Wort.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin froh darüber, dass wir es geschafft haben, uns gestern auf einen gemeinsamen, fraktionsübergreifenden Antrag zu verständigen. Denn dieses Thema ist zu wichtig, als dass es das Opfer von politischen Scharmützeln werden dürfte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist für uns ein wichtiges Thema. Dieses Thema braucht unsere Geschlossenheit, weil es ganz viele Menschen betrifft. Alle Eltern, die Kinder haben, befinden sich in einem täglichen Spagat zwischen Berufstätigkeit und Familie. Diese Eltern und ihre Kinder brauchen unsere Geschlossenheit. Sie brauchen eben nicht unseren Streit.

Deswegen ist es auch etwas bedauerlich, dass die SPD vorgeprescht ist und auf ihrer Pressekonferenz suggeriert hat, sie sei der Gralshüter der Familien und Kinder. Nein, wir sind es alle gemeinsam. Das ist auch der richtige Duktus.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Wir brauchen nämlich nicht zu suggerieren, dass die Verwaltung noch gar nichts täte. Sie tut bereits sehr viel. Während im Jahre 2006/2007 gerade einmal 9 Prozent der unter Dreijährigen mit Betreuungsangeboten dieser Stadt versorgt waren, sind es im Jahre 2017/2018 mittlerweile 41 Prozent unserer Aller kleinsten, die wir in einer wachsenden Stadt mit Betreuungsangeboten versorgt haben. Unsere Stadt kann sich mit dieser Zahl sehen lassen.

Wir wissen alle, dass das noch nicht reicht. Wir wissen aber auch, dass es ein wahnsinniger Kraftakt für die Verwaltung war, die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Platz umzusetzen.

In diesem Zusammenhang ist vieles unternommen worden: Neue Baugebiete wurden beplant,

und Kitas wurden gebaut. Mindergenutzte Flächen wurden für Kitas nutzbar gemacht. Die Stadt wurde nach Standorten durchkämmt, an denen Kitas realisiert werden können. Es wurden sehr viele konventionelle Kitas gebaut.

Zudem haben wir die Tagespflege professionalisiert. Sie ist ein wichtiger Bestandteil im Bereich der Betreuung von unter Dreijährigen. Wir haben die Großtagespflege in der Stadt etabliert und auch professionalisiert.

Ja, es ist sehr viel getan worden. Aber wir wissen, dass wir noch nicht am Ende sind; wir wissen, dass wir noch vieles tun müssen.

Lassen Sie mich noch einmal deutlich machen, dass wir nicht nur etwas für die Eltern tun müssen, die einen Betreuungsplatz brauchen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hinzubekommen. Denn wir müssen auch etwas für die benachteiligten Kinder tun, für die die Kita der richtige Ort für den Spracherwerb ist. Später geht es ja darum, die Herausforderung der Teilhabe zu gewährleisten. Insofern dürfen wir diese Kinder nicht vernachlässigen. Wir müssen in die Stadtteile schauen und prüfen, wo wir im Moment noch zu wenige Kita-Plätze haben. Der Bedarf wird zwar bei den Eltern nicht erhoben; er ist aber vorhanden. Hier müssen wir etwas tun, damit diese Kinder später auch in der Schule mitkommen und ihren Weg gehen können.

Wir müssen unkonventionell denken und unkonventionell bauen. Ich habe die Idee der Nutzung von Schiffen vor einigen Jahren schon einmal auf den Weg gebracht. Denken Sie bitte nicht, dann würden die Kinder alle in Schwimmwesten oder an Leinen übers Deck laufen. Dem ist nämlich nicht so. Es gibt clevere Architekten, die diese Idee bereits hatten. Sie ist auch geprüft worden.

Leider scheitert ihre Umsetzung noch an den Mauern der Bürokratie. Unser Jugendamt ist da durchaus kreativ und wirklich dabei, diese Idee weiter umzusetzen. Ich möchte es darin sehr bestärken. Von der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes, der Feuerwehr, dem Bauamt usw. werden aber viele Klippen aufgestellt. Nichtsdestotrotz ist das eine charmante Idee, die weiterhin attraktiv ist.

Lassen Sie uns auch in andere Bundesländer schauen. Ja, da ist mehr möglich. Im Moment sind unsere Rahmenbedingungen relativ eng.

Was die Freiräume für Kitas betrifft, haben wir große Bedarfe. Jeder unter Dreijährige braucht 10 Quadratmeter Freiraum. Auch daran muss

man vielleicht einmal herangehen. Wenn sich in der Nähe ein Park oder ein Spielplatz befindet, kann das vielleicht kombiniert werden. Eben wurde die Idee mit den Stellplätzen vorgetragen. Das sind alles kleine Stellschrauben, an denen wir drehen sollten.

Wir müssen auch kombiniert planen. Kindergärten und Wohnen müssen gemeinsam geplant werden - unten Kita, oben Wohnen. All das ist möglich.

Leider ist das Projekt Familienfreundliche Gewerbegebiete ausgelaufen. Da gab es Bundesgelder und Landesgelder, sodass man das verknüpfen konnte.

Klar und deutlich ist auf jeden Fall, dass die Versorgung bzw. die Bildung der Kleinsten eben kein Gedöns mehr ist, sondern ein wesentlicher Standortfaktor für die Stadt Köln.

Leider haben wir es heute nicht geschafft, die LINKEN mit in unserem Antrag zu integrieren, was wir versucht haben. Die LINKEN lehnen die Großtagespflege anscheinend ab. Das finden wir sehr bedauerlich. Die Großtagespflege ist ein wichtiger Bestandteil der Betreuungslandschaft.

In ihrem Änderungsantrag fordern die LINKEN auch, eine Stellenzusetzung zu prüfen. Die entsprechenden Zahlen muss die Verwaltung uns erst einmal nennen.

Deswegen möchte ich Sie trotzdem noch einmal einladen. Überlegen Sie sich doch noch, uns beizuspringen. Die Kinder und Eltern dieser Stadt würden es Ihnen danken. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kockerbeck hat jetzt das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Vorrednerinnen und -redner haben die Probleme beim Kita-Angebot der Stadt bereits beschrieben. Die Verwaltung unternimmt hier durchaus achtenswerte Anstrengungen.

Trotzdem müssen wir uns bewusst sein: Die Familienfreundlichkeit, die im Titel des Antrags steht, wird zurzeit von vielen Eltern Kölns nicht mehr mit „ausreichend“ bewertet. Kölner müssen viel zu oft große Mühen auf sich nehmen und eine emotionale Achterbahnfahrt durchmachen, bis

sie einen Kita-Platz erhalten. Wenn er ihnen dann zugewiesen wurde, ist häufig täglich eine lange Anfahrt zum Bringen und Abholen der Kinder nötig. So wird die ohnehin anspruchsvolle Organisation eines Berufslebens mit Kindern zusätzlich erschwert.

Deshalb ist es notwendig, dass der bald zu wählende neue Baudezernent der Stadt seine ganze Kraft darauf ausrichtet, in Köln nicht nur mehr preisgünstigen Wohnraum, sondern auch qualitativ gute Gebäude für Kitas und Schulen beschleunigt bereitzustellen, ob als Neubauten oder als sanierte Gebäude. Mehr als in der Vergangenheit wird die Stadt von den Bürgerinnen und Bürgern daran gemessen werden, wie sie auf diesen beiden Feldern, beim Kita- und Schulbau, aktiver wird, damit schneller als bisher gebaut und saniert wird.

Zur Großtagespflege, die in dem Änderungsantrag leider einen deutlich größeren Platz bekommen hat als im Ursprungsantrag, möchte ich Folgendes sagen: Meines Erachtens sollte man der Verwaltung nicht die Aufgabe aufbürden, eine intensive Aufklärungsarbeit bei Eltern zur Großtagespflege zu betreiben. Wir wissen, dass der allergrößte Teil der Eltern in dieser Stadt ganz bewusst einen Kita-Platz möchte und eben nicht die Großtagespflege. Schließlich hat sie handfeste Nachteile. Die Großtagespflegeeinrichtungen weisen keine Außenflächen zum Spielen auf. Die Tageseltern, die dort beschäftigt sind, leisten zwar oft gute Arbeit, haben aber dennoch keine fachliche Ausbildung. Deshalb kann DIE LINKE diesen Passus nicht mittragen.

Der vorliegende Antrag setzt beim Problem der Flächen an, die der Stadt besonders in den dicht bebauten Vierteln für Kitas und Schulen fehlen. Hier werden viele durchaus sinnvolle Einzelvorschläge gemacht. Zum Beispiel soll das geschaffene Vorkaufsrecht für Grundstücke nicht nur für den Wohnungsbau genutzt werden, sondern auch für den Kita-Bau.

Im Mai 2017 hatte DIE LINKE im Jugendhilfeausschuss einen Antrag eingebracht, der einige der jetzt gemachten Detailvorschläge tatsächlich bereits enthielt. Damals wollten die anderen Fraktionen sich diesem Vorschlag nicht anschließen.

Einen entscheidenden Unterschied wollten wir allerdings damals schon machen: DIE LINKE schlug beispielsweise vor, in der Verwaltung die Stelle eines Grundstücksscouts zu schaffen, der gezielt in unterversorgte Stadtteile geht, um vor

Ort nach geeigneten Plätze für Kindergärten zu suchen.

In Fortsetzung dieses Gedankens stellen wir heute unseren Änderungsantrag. Denn die zusätzlichen Aufgaben, die die Verwaltung aufgrund des heutigen Antrags übernehmen soll, erfordern unserer Auffassung nach auch zusätzliche Stellen. Deshalb schlagen wir vor, dass die Verwaltung prüfen soll, wie viele zusätzliche Stellen für die vielen Prüfaufträge und Aktivitäten nötig sind, die der Verwaltung hier auf den Weg gegeben werden sollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Denn wer der Verwaltung zusätzliche Ziele setzt, muss auch bereit sein, in Personal zu investieren. Sonst bleibt es bei dem vielfach beschworenen Umsetzungsproblem beim Bau von Kitas und Schulen. Dieses Umsetzungsproblem macht die Fülle von Ratsbeschlüssen aber zum Papiertiger, weil für ihre Umsetzung der Verwaltung und bekanntermaßen auch der Gebäudewirtschaft nicht genügend Personal zur Verfügung steht.

Warum haben wir in der Verwaltung und in der Gebäudewirtschaft nicht genügend Personal? Das ist übrigens bundesweit ein Problem. In den Bauabteilungen der Kommunen fehlt Personal. Die Notwendigkeit der Bereitstellung von mehr Personal ist auch eine Folge der Politik, die seit Jahren betrieben wird.

DIE LINKE glaubt, dass beim Bau von Kitas grundsätzlich umgesteuert werden muss. Wir müssen uns dafür entscheiden, Kitas wieder kommunal zu bauen und zu bewirtschaften, anstatt Investoren, die Kitas bauen, über den Lebenszyklus eines Gebäudes von 25 bis 30 Jahren sichere und wahrscheinlich nicht geringe Profitaufschläge zu gewähren.

Die Stadt hat in den vergangenen Jahrzehnten im Rahmen ihrer Haushaltskonsolidierungspolitik, also der Sparpolitik, beispielsweise die eigene Gebäudewirtschaft sträflich vernachlässigt. Das rächt sich jetzt. Nicht nur der öffentliche Schulbau hinkt den Anforderungen hinterher. Auch die privaten Investoren werden den Anforderungen an den Kita-Bau nicht mehr gerecht. Es klafft eine große Lücke zwischen Bedarf und Schaffung von Kita-Plätzen.

Deshalb fordert DIE LINKE bei der jetzt anstehenden Organisationsreform der Gebäudewirtschaft, diese mit deutlich mehr Investitionen für Personal auszustatten, damit sie auch endlich wieder den Kita-Bau übernehmen kann. Das

würden die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt dankbar zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Laufenberg hat jetzt das Wort.

Sylvia Laufenberg (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, Köln ist im Gegensatz zu anderen Kommunen in Nordrhein-Westfalen beim Kita-Bau gut aufgestellt. Der Ausbau läuft seit Jahren. Eigentlich müssen wir wieder viel mehr über die Qualität in den Kindertageseinrichtungen hier in Köln sprechen. Aber wir sind jetzt natürlich auch an unsere Grenze gekommen und haben festgestellt, dass wir in Köln Flächennot haben.

Bisher haben wir dem Wohnungsbau und dem Schulbau Vorrang gegeben. Heute verankern wir den Vorrang für die Kitas. Dabei müssen wir aber beachten - das ist von den Kolleginnen und Kollegen noch nicht angesprochen worden -, dass wir dann in den nächsten Monaten und Jahren auch in diesen drei Spannungsfeldern Prioritäten setzen müssen, und zwar bei den Flächen.

Wir sagen, dass der Bau von Wohnungen, Schulen und Kitas an erster Stelle steht. Für uns gemeinsam wird es dann die Krux sein, zu entscheiden, wofür eine Fläche wirklich vergeben wird. Das können wir auch gar nicht immer hier auf Kölner Ebene entscheiden, glaube ich, sondern brauchen dafür unsere Stadtbezirke. In den Stadtteilen müssen wir uns ganz genau anschauen, wie wir dort den entsprechenden Raum schaffen können, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ja, es ist richtig; wie die Kolleginnen und Kollegen angesprochen haben, müssen wir neu denken. Wir wollen umdenken. Das wollen wir Freien Demokraten auch schon länger.

Und ja, es ist richtig, Kitas in ersten oder zweiten Geschossen zu errichten - und selbstverständlich auch auf den Dächern, was ich als Freie Demokratin schon seit langem im JHA fordere, nach dem Hamburger Modell.

Wir müssen aber auch bei der Wahrheit bleiben, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das können wir nur schaffen, wenn wir - und daran geht die Landesregierung im Moment heran - die

Landesbauordnung in NRW ändern. Nur dann können wir das gemeinsam gestalten.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das nächste Problem, das ich ansprechen möchte, betrifft die Errichtung von Kitas auf Dächern. Da müssen wir leider auch noch einmal in den Dialog mit unserer Feuerwehr in Köln kommen. Denn sie steht uns dort ein bisschen im Weg. Aufgrund von Landes- und Bundesstandards sagt die Feuerwehr nämlich, das dürften wir nicht.

Dementsprechend müssen wir da noch einmal nachsteuern. Deswegen freue ich mich darüber, dass wir das heute hier gemeinsam machen. Aber genau da liegt die Krux. Hier müssen das Land und wir gemeinsam in Köln die Prioritäten setzen und schauen, in welchem Stadtteil dies auch erfolgreich gestaltet werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dem Antrag der LINKEN können wir nicht zustimmen. Das ist wohl deutlich geworden. Auf einen Punkt möchte ich noch einmal explizit eingehen. Sie haben hier den Wunsch geäußert, dass die Kitas wieder von der Stadt gebaut werden. Bei den Schulbauten kriegen wir es doch auch nicht hin. Wir brauchen mindestens sieben Jahre für eine Schule. Die Kitas stehen aber früher, weil wir mit den Investoren bauen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Dementsprechend muss es so bleiben. Alles andere wäre ein Rückschritt. Dann würde auch jede Kita mindestens sieben Jahre Bauzeit brauchen. Die Zeit dürfen wir nicht vergeuden. Daher bitte ich Sie, den Antrag der LINKEN abzulehnen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE abstimmen. - Herr Dr. Heinen.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Könnten wir über den Änderungsantrag der LINKEN bitte punktweise abstimmen? Wir würden nämlich den Punkt 1 ablehnen und dem Punkt 2 zustimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das können wir machen. - Haben Sie diesen Änderungsantrag alle vorliegen?

Dann lasse ich zunächst über den Punkt 1 des Änderungsantrags der LINKEN abstimmen. Wer wünscht ihm zuzustimmen? - Das ist DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen der AfD. Dann ist dieser Punkt abgelehnt.

Wer wünscht dem Punkt 2 des Änderungsantrags der LINKEN zuzustimmen? - Das sind DIE LINKE, die SPD-Fraktion und die Ratsgruppe BUNT. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist dieser Punkt abgelehnt.

Jetzt lasse ich noch über den Änderungsantrag der LINKEN insgesamt abstimmen. Wer wünscht diesem Antrag als Ganzes zuzustimmen? - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Als Nächstes lasse ich über den Änderungsantrag von SPD, CDU, Grünen, FDP, Ratsgruppe GUT und Ratsgruppe BUNT abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthalten sich die Fraktion DIE LINKE, pro Köln und die AfD. Dann ist dieser Antrag so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Damit hat sich - darauf weise ich der Vollständigkeit halber hin - der ursprüngliche Antrag erledigt.

Tagesordnungspunkt

3.1.6 Antrag der Gruppe BUNT betreffend „Edelgard schützt - auch im Rathaus!“ AN/0086/2018

Soll dieser Antrag erst begründet werden? - Dann gebe ich Herrn Hegenbarth das Wort.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Anliegen unseres Antrags ist offensichtlich und klar, denke ich. Wir wünschen uns, dass alle geeigneten städtischen Gebäude auch „Edelgard schützt“-Anlaufstellen werden.

Als „Edelgard schützt“ vor circa einem Monat an den Start ging, haben wir uns darüber gewundert, dass das Rathaus, aber vor allem auch andere städtische Gebäude, zum Beispiel Bürger-

zentren usw., nicht aufgeführt wurden und anscheinend das sogenannte Audit von „Edelgard schützt“ nicht als Erste durchlaufen haben. Das ist sehr schade; denn hier hätte die Stadt, wie wir im Antrag auch anmerken, punkten und als Vorbild vorausgehen können. Das hätte die Liste der teilnehmenden Läden, Institutionen und Vereine verlängert.

Sofern die städtischen Einrichtungen für später eingeplant sind und sich nur der Prozess verzögert hat, freue ich mich natürlich. Trotzdem bleibt es dann schade, dass die Stadt nicht von Anfang an dabei war. Aber besser spät als nie! Möglicherweise führt unser Antrag hier zu einer Klärung. Vielleicht erfahre ich da gleich noch etwas Genaueres, was ich bis jetzt noch nicht weiß.

Trotzdem möchte ich diese Gelegenheit für einige weitergehende Gedanken zu diesem Thema nutzen.

„Edelgard schützt“ bietet geschützte Orte. Diese werden mit einem Aufkleber gekennzeichnet.

Bisher machen neun Läden mit. Das ist natürlich noch sehr wenig. Es ist der Tatsache geschuldet, dass dieses Projekt erst vor kurzem gestartet ist. Natürlich braucht es auch ein bisschen Zeit, um das deutlich bekanntere überregionale Projekt „Luisa“ einzuholen.

Die Stadt ruft zwar per Twitter Unternehmerinnen und Unternehmer auf, sich der Initiative anzuschließen. Wir wünschen uns aber, dass vor allem auch Klubs angesprochen werden; denn außer Manni's Rästörang sind die jetzigen Teilnehmer später am Abend oder nachts nicht geöffnet.

Ich möchte hier auf die Ergebnisse von kriminologischen Untersuchungen der Ruhr-Universität Bochum hinweisen, die ganz klar ergeben, dass die meisten sexuellen Übergriffe an jungen Studentinnen und Mädchen in Klubs oder Kneipen stattfinden, also eher nachts.

Seine volle Entfaltung kann „Edelgard schützt“ erst erlangen, wenn es in Köln sehr viele geschützte Orte gibt. Genau das möchten wir mit unserem Antrag voranbringen, auch wenn uns natürlich klar ist, dass öffentliche Gebäude nur sehr eingeschränkt nachts zugänglich sind.

Welche Person, die gerade in Nippes belästigt wurde, wird extra zum Friseur in der Innenstadt, nämlich zur Friesenstraße 83, fahren oder erst einmal im Internet nach dem Konzept in Köln recherchieren, geschützte Orte suchen oder bei Geschäften auf kleine Aufkleber achten?

Zum Abschluss: Warum bieten wir potenziellen Betroffenen nur spezielle geschützte Orte an, aber sorgen nicht dafür, dass sie überall sicher sind? Ich weiß; das hört sich unrealistisch und vielleicht auch utopisch an. Aber wir würden uns wünschen, dass die Täter die Tatorte verlassen müssten und nicht die Betroffenen erst sichere Orte für sich aufsuchen müssten. Der nächste Schritt für „Edelgard schützt“ muss daher lauten, dass nicht die Betroffenen einen Klub oder Ort verlassen müssen, sondern die Täter.

Sie sehen: Wir begleiten „Edelgard schützt“ wohlwollend, aber auch ein wenig kritisch. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Ratsgruppe BUNT, der SPD und der Ratsgruppe GUT)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Ich möchte zunächst, um vielleicht Fragen zuvorzukommen, die Gleichstellungsbeauftragte, Frau Dahmen, bitten, Stellung zu nehmen.

Dagmar Dahmen (Gleichstellungsbeauftragte): Sehr gerne. - Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Hegenbarth, vielen Dank für Ihren Antrag. Wir arbeiten daran. Die Bezirksrathäuser, das Historische Rathaus, der Spanische Bau, die städtischen Museen und die übrigen Einrichtungen der Verwaltung stehen alle auf der Liste. Wir haben bereits 73 Institutionen mit den Informationen zu „Edelgard“ versorgt. Wir sind auch schon dabei, die Unterweisungen für die richtige Beratung und die richtige Ansprache durchzuführen.

Ich kann auch Ihr Ansinnen verstehen, dass Sie vermeiden wollen, dass die Frauen vor Männern fliehen müssen. Aber im ersten Schritt ist uns der Schutz der Frauen wichtig. Der zweite Schritt wird danach gegangen.

Mit dem Schutz der Frauen wird dieses Konzept auf die ganze Stadt übertragen. Es ist schon geplant, dass ab dem Frühjahr die Unterweisungen auch in städtischen Häusern stattfinden. Das muss auch mit personellen Kapazitäten und mit den richtigen Beraterinnen erfolgen. Daran arbeiten wir aber sehr intensiv. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Zunächst hat Frau Möller das Wort.

Monika Möller (SPD): Danke schön. Ich mache es vom Platz aus. - Wir unterstützen den Antrag der Ratsgruppe BUNT natürlich und freuen uns genauso darüber, dass die Verwaltung bereits an dem arbeitet, was Herr Hegenbarth fordert.

Allerdings bitten wir darum, im AVR Informationen darüber zu bekommen, welche Gebäude dann letztendlich ausgesucht werden, ob sie das Signet bekommen und Ähnliches. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt Herr Dr. Elster, bitte.

Dr. Ralph Elster (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Natürlich haben wir das Thema schon im AVR des längeren besprochen. Alle Fraktionen sind von dieser Idee begeistert. Sie sind auch von der Umsetzung, die jetzt richtig Fahrt aufnimmt, begeistert.

Der Antrag, den Sie, Herr Hegenbarth, hier eingebracht und vorgestellt haben, erübrigt sich dadurch eigentlich auch. Mittlerweile ist die Verwaltung schon ein paar Schritte weiter, als Sie in Ihrem Antrag je gehofft haben.

Daher sind wir in der Situation, dass wir über diesen Antrag hier und heute eigentlich nicht mehr beschließen müssen. Es ist jetzt an Ihnen, den Antrag entweder zurückzuziehen. Oder wir müssten ihn formal ablehnen.

Wir können ihn maximal - das wäre noch das Angebot - in den AVR verweisen, weil im AVR regelmäßig Fortschrittsberichte abgegeben werden und der Stadtdirektor und Frau Dahmen da natürlich auch zu diesem Thema Stellung nehmen werden.

Herr Hegenbarth, daher appelliere ich an Sie: Geben Sie sich einen Ruck.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hegenbarth.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Ich gebe mir immer einen Ruck, wenn es sein muss; klar.

Aber wichtig ist es schon. Wir haben - das ist, glaube ich, auch herübergekommen - ja noch nichts davon gewusst, dass es in dieser Form umgesetzt wird. Insoweit waren wir in der Fragestellung vielleicht schon ein klein wenig schneller als die Verwaltung, auch wenn im Hintergrund gearbeitet wurde.

Ich glaube aber, dass es nichts schadet, wenn wir es trotzdem zur Abstimmung stellen; denn es wird ja gemacht. Insoweit ist es eine positive Geschichte. Deswegen würde ich es hier auch gerne zur Abstimmung stellen. Das ist ja ein konstruktives Plus-Votum. Ein Zurückziehen sähe doch komisch aus. Deswegen möchte ich es gerne zur Abstimmung stellen. - Danke.

(Beifall bei der Ratsgruppe BUNT und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe jetzt eine Rednerliste. Als Nächste ist Frau Schwab an der Reihe.

Luisa Schwab (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema ist zu wichtig, als dass wir es hier nicht besprechen sollten und als dass ich es jetzt vom Platz aus machen würde.

Ich möchte mich zunächst bei der Ratsgruppe BUNT dafür bedanken, dass dieser Antrag überhaupt gestellt wurde; denn er gibt uns die Gelegenheit, über ein wichtiges Thema zu sprechen, das leider im politischen Alltag viel zu selten behandelt wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Gewalt gegen Frauen, Diskriminierung, Unterdrückung, Demütigung: Das sind Situationen im Leben, die einen sprachlos machen, die einen sprachlos zurücklassen. Es sind Situationen, nach denen man wieder zu sich kommen muss, vielleicht Ruhe braucht, sich vielleicht zurückziehen muss. Und oft sind es Situationen, die man auch Stunden, Tage oder Monate später nicht vergessen kann, nicht begreifen kann und häufig auch nicht in Worte fassen kann.

Diese Situationen können die aufdringliche Annäherung oder der abfällige Kommentar auf der Straße sein, das übergriffige Kneifen in den Po im zu engen Fahrstuhl oder auf der Tanzfläche. Manchmal ist es der Typ in der Bahn, der einen unentwegt anstarrt. Oder es ist der Lehrer, Pro-

fessor, Chef oder Arbeitskollege, der seine Hand auf den Oberschenkel legt. Im schlimmsten Fall ist es sexuelle Nötigung oder sogar Vergewaltigung.

Diese Situationen sind fast allen Frauen aus dem Alltag bekannt. Das ist sexualisierte Diskriminierung; das ist sexualisierte Gewalt. Häufig werden diese Taten als Kavaliersdelikt bezeichnet und verharmlost. Aber das sind sie nicht. Es ist Gewalt - Gewalt mit den Zielen Macht, Kontrolle und Demütigung.

Es sind diese alltäglichen sexualisierten Diskriminierungen und Verhaltensformen, diese Gewalt, die „Edelgard“ nötig machen - „Edelgard“ als ein Konzept, das nicht nur nachts im Partyleben einen Schutzraum bietet, sondern jederzeit erreichbar ist und somit zu jeder Tageszeit den Betroffenen zur Verfügung steht.

Mit der Ratifizierung der Istanbul-Konvention im letzten Jahr, dem Gesetz zum Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, verpflichtet sich Deutschland, alles dafür zu tun, um Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen, Frauen zu schützen und ihnen Hilfe und Unterstützung zu bieten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Sie ist letzten Donnerstag in Kraft getreten. Jetzt ist es an uns Politikerinnen und Politikern, die Konvention umzusetzen. Es muss für Frauen möglich sein, in Deutschland gewaltfrei zu leben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Auch „Edelgard“ trägt ihren Teil dazu bei - in erster Linie mit der Hilfe und Unterstützung für Betroffene, aber auch zur Prävention von Übergriffen durch die Aufklärung und Schulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kooperationspartner und auch mit der Öffentlichkeitskampagne zur Sensibilisierung aller Kölnerinnen und Kölner.

Gerade jetzt zum nahenden Höhepunkt des Karnevals ist die Sensibilität der Karnevalistinnen und Karnevalisten enorm gefragt. Frauen haben ein Recht auf Feiern, Trinken, Flirten - ohne Verletzung ihrer Privatsphäre, ohne Grapschen, ohne erzwungene Bützchen, ohne bedrängt zu werden. Sie haben ein Recht darauf, ganz selbstbestimmt zu entscheiden, ob oder wie sie ihre Sexualität ausleben wollen oder auch nicht - vollkommen unabhängig von ihrer Kleidung, egal

ob mit hervorblitzendem Po oder Ganzkörperanzug, vollkommen unabhängig von ihrem Zustand aufgrund des Alkoholkonsums. Jeder Mensch entscheidet für sich persönlich, wie gefeiert wird.

Und wenn man immer noch nicht weiß, ob man das noch darf oder nicht darf, gibt es eine einfache Lösung: Nachfragen. Nur ein Ja bedeutet auch ja.

Im Trubel des Karnevals, aber auch im Alltag sind jeder Mann und jede Frau, die ein potenziell übergriffiges Verhalten zu sehen meinen, dazu angehalten, einzuschreiten, nachzufragen und die Situation zu klären.

Nach den Ausführungen der Verwaltung scheint das Konzept in guten Händen zu sein. Trotzdem werden wir dem Antrag zustimmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächste hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache es vom Platz aus. - Erst einmal möchte ich mich bei Frau Dahmen und bei den Frauenvereinen herzlich für ihr Engagement für das Konzept „Edelgard“ bedanken. Frau Dahmen, Sie haben ja gerade vorgetragen, dass Sie da schon sehr weit gediehen ist und es auch in die Verwaltung implementieren möchten.

Ich will nur noch ganz kurz anmerken, dass „Edelgard“ auch schon im AVR ein Thema war. Dort gab es einen Antrag der Ratsgruppe BUNT, der FDP und der Ratsgruppe GUT, „Luisa“ hier zu implementieren. Dieses Thema hatten wir also schon. Da konnten wir das abwehren. Denn man muss sich dabei schon überlegen, dass an dieser Stelle doch die Frauenvereine federführend sind. Frau Dahmen, Sie machen ja in der Gruppe mit, die sich trifft und dieses Konzept erstellt hat. Unabhängig davon, wie man zu diesem Antrag steht - der sich durch das, was Sie gesagt haben, auch schon erledigt hat -, sollte man vor dem Stellen solcher Anträge doch auch noch einmal mit den Frauenvereinen sprechen, um zu erfahren, was genau da schon gemacht wird. Ich halte das für sehr wichtig.

Im AVR war dieses Gespräch meines Erachtens auch etwas merkwürdig. Man wollte da irgendetwas anderes implementieren. Obwohl man weiß, dass die Gleichstellungsbeauftragte mit

den Frauenvereinen in Köln dieses Konzept erstellt hat, hat man darauf bestanden, noch ein anderes Konzept zu erstellen. Das wird der ganzen Sache nicht gerecht, meine ich.

Nichtsdestotrotz werden wir - obwohl Sie ja gesagt haben, Frau Dahmen, dass Sie dabei sind und weiter daran arbeiten, dieses Konzept auch in der Verwaltung zu implementieren - diesem Antrag letztendlich zustimmen. Es ist zwar irgendwie doppelt gemoppelt. Aber wir beschließen ja alles doppelt. Und wenn es so ist, dann machen wir das so.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Laufenberg.

Sylvia Laufenberg (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich mache es auch kurz. - Aus Sicht der FDP hat sich der Antrag der Ratsgruppe BUNT erledigt. Frau Dahmen hat ausführlich Stellung genommen. Das Amt ist mit Tatendrang voll in der Arbeit. „Edelgard“ geht an den Karnevalstagen bereits auf ihren Standort hier unten. Wir sind dabei. Es ist lange geplant gewesen. Es wird ausgearbeitet.

Wie gesagt, hat die Diskussion im AVR bereits stattgefunden. Dort wurde über „Luisa“ und „Edelgard“ gesprochen. Wir sind zu „Edelgard“ gekommen, weil wir „Luisa“ aufgrund eines Rechtsproblems nicht weiterführen konnten.

Dementsprechend sehen wir persönlich eigentlich auch keinen Grund für eine Verweisung in den AVR. Wir verwehren uns nicht dagegen, wenn die Mehrheit das möchte. In diesem Fall vertrauen wir aber Frau Dahmen voll und ganz. Sie macht einen guten Job. Wir glauben, dass das mehr hilft, als hier doppelte Beschlüsse zu fassen, anstatt das Amt zu unterstützen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir unterstützen den Antrag auf Verweisung in den AVR, den Herr Dr. Elster gestellt hat!)

Mir liegt noch eine Wortmeldung vor.

Wolfram Baentsch (AfD): „Edelgard schützt“. Man ist versucht, zu sagen: Sie tut, was die Polizei nicht mehr leisten kann.

(Unruhe)

Der Bedarf an Schutz ist enorm groß. Wir sollten uns aber fragen, seit wann die Stadt Köln unsicher geworden ist

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Seit Beginn des Patriarchats!)

und warum diese Stadt unsicher geworden ist - für Frauen sicherlich viel mehr, aber auch für Männer.

Ich bin dafür, den Antrag abzulehnen. Er ist einfach unsinnig.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, erstens möchte ich Sie daran erinnern, dass die Stadt Köln, vertreten durch das Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern, also das Amt von Frau Dahmen, Mitglied dieser Initiative und auch des Lenkungsgremiums dieser Initiative ist.

Zweitens möchte ich Sie nicht davon abhalten, zu beantragen, dass die Stadt das tut, was sie ohnehin tut. Das kann man machen.

Jetzt lasse ich darüber abstimmen. Hier wurde ein Antrag auf Verweisung in den AVR gestellt. Darüber möchte ich zunächst abstimmen lassen.

Es gibt noch eine weitere Wortmeldung. Herr Frenzel hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet. So habe ich das verstanden, Herr Frenzel. Bitte.

Michael Frenzel (SPD): Ja, Frau Oberbürgermeisterin. Ich weiß nicht, wer den Verweisungsantrag gestellt haben soll.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Elster.

Michael Frenzel (SPD): Ach so. Entschuldigung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Elster hat Herrn Hegenbarth eben die Anregung gegeben, den Antrag zurückzuziehen, und erklärt, dass er andernfalls eine Verweisung wünscht.

Dann lasse ich zunächst über diesen Verweigungsantrag in den AVR abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen der SPD-Fraktion und der Ratsgruppe BUNT. Enthaltungen? - Bei Enthaltungen der Ratsgruppe GUT ist der Antrag in den AVR verwiesen. - Vielen Dank.

Wir kommen jetzt zu:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

4.1 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Beteiligung von Flüchtlingen an Reinigungsarbeiten in Sammelunterkünften“ AN/1891/2017

**Antwort der Verwaltung vom 02.02.2018
0341/2018**

Gibt es Nachfragen zu der Antwort der Verwaltung? - Das ist nicht der Fall.

Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage der Gruppe GUT betreffend „Förderanträge Sofortprogramm ‚Saubere Luft 2017 bis 2020‘“ AN/0040/2018

**Antwort der Verwaltung vom 06.02.2018
0365/2018**

Gibt es Nachfragen zu der Antwort der Verwaltung? - Ja. Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe Gut): Sehr geehrte Frau Reker, vielen Dank für die Antwort. An dieser Stelle bedanke ich mich auch für die Antwort im Verkehrsausschuss.

Wir haben eine Nachfrage zur Antwort auf Frage 5. Unsere Frage war:

Wie wird in Zukunft mit den politischen Gremien abgestimmt, welche Summen für welche Maßnahmen beantragt werden?

Ihre Antwort lautet:

Die Maßnahmen werden entsprechend der Zuständigkeitsordnung in das jeweils zuständige Gremium zur Beratung und Beschlussfassung eingebracht. Insofern eine Inanspruchnahme einer Förderung ... möglich ist, wird diese genutzt und entsprechend in der Vorlage erwähnt.

Diese Antwort ist uns nicht ganz schlüssig. Bedeutet das, dass vor Beschluss einer Maßnahme bzw. vor Beantragung von Fördergeldern der zuständige Ausschuss, in diesem Fall der Verkehrsausschuss, um sein Votum gebeten wird? Oder wird er erst nachträglich in einer Mitteilung lediglich darüber informiert, wofür man Geld beantragt hat?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Blome, bitte.

Beigeordnete Andrea Blome: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir reichen im Moment Maßnahmen ein, die in den Programmen der Verwaltung ohnehin schon abgebildet sind. Sie werden jetzt eingereicht. Diese sogenannten Fördercalls kommen immer sehr kurzfristig. Wir nehmen das, was wir im Portfolio drin haben, und bringen das dann auch - es sind immer sehr kurze Fristen - entsprechend in die Förderanträge hinein. Darunter ist also nichts, von dem Sie noch nie etwas gehört haben, und nichts, was nicht die vereinbarten Maßnahmenpakete betrifft.

Dann werden wir das entsprechend der Zuständigkeitsordnung behandeln. Ab bestimmten Größenordnungen ist ein bestimmtes Vorgehen erforderlich. Ansonsten werden wir Sie fortlaufend darüber unterrichten, welche Maßnahmen wir eingereicht haben. Wir müssen ja erst einmal sehen, ob das auch genehmigt wird, und dann geht es um Eigenanteile usw.

Das sind im Moment aber Dinge, die auch im Haushaltsplan abgedeckt sind. Darunter ist also nichts Neues.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Nachfragen sehe ich nicht.

Tagesordnungspunkt

4.3 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend „Steuergeldverschwendung im ‚Kampf gegen rechts‘“

AN/0059/2018**Antwort der Verwaltung vom 05.02.2018
0296/2018**

Gibt es Nachfragen zu der Antwort der Verwaltung? - Keine.

Tagesordnungspunkt

**4.4 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Kosten des Silvestereinsatzes 2017/2018“
AN/0167/2018**

Diese Anfrage kam kurzfristig und wird zur nächsten Sitzung beantwortet.

Tagesordnungspunkt

**4.5 Anfrage der Gruppe BUNT betreffend
„Prostituiertenschutzgesetz in Köln“
AN/0168/2018****Antwort der Verwaltung vom 06.02.2018
0404/2018**

Gibt es Nachfragen zu der Antwort der Verwaltung? - Herr Hegenbarth.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Ja, Frau Oberbürgermeisterin, ganz kurz. Danke für die schnelle Beantwortung. Ich habe nur noch eine kleine Frage.

In der Antwort der Verwaltung auf die Frage zur zahlenmäßigen Aufschlüsselung nach Nationalitäten werden ja sehr viele Nationalitäten genannt. Wird eigentlich - ich weiß, dass diese Frage ein bisschen weiter geht - in dem Umfang auch per Dolmetscherin gearbeitet? Erfolgt da irgendeine Beratung oder so etwas? Schließlich ist es doch ein sehr formaler Akt, der dort stattfindet.

(Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Ich habe die Frage akustisch nicht verstanden!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, die Akustik ist nicht gut. Heute gibt es hier so ein Grundrauschen. Das macht es ein bisschen schwierig.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Stimmt. Zum Hintergrund kommen wir in einem anderen Zusammenhang gleich noch, glaube ich.

Aber Scherz beiseite: Am Ende der Beantwortung wird eine ganze Reihe von Nationalitäten aufgeführt. Da stellt sich für uns die Frage, inwieweit dort beraten wird. Es ist ja eine relativ formale Sache, die da stattfindet. Werden sie dann alle per Dolmetscherin beraten? Oder wie muss ich mir das vorstellen? - Ich vermute, Sie müssen das schriftlich beantworten; das können Sie so nicht sagen.

(Stadtdirektor Dr. Stephan Keller nickt)

- Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir nehmen diese Nachfrage mit und beantworten sie schriftlich.

Dann kommen wir zu:

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

**10.4 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Brohler Str. o. Nr., 50968 Köln-Marienburg - Planungsbeschluss
2848/2017**

Gibt es dazu Wortmeldungen?

(Anna-Maria Henk-Hollstein [CDU]: Wie Finanzausschuss!)

- Ja, wie Finanzausschuss würde ich abstimmen lassen.

Wortmeldungen? - Bitte sehr, Herr Paetzold.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da wir jetzt doch nicht so abstimmen, wie noch in Mandatos eingestellt, nämlich wie Beschlussvorlage der Verwaltung, sondern wie gestern im Finanzausschuss, muss ich einmal etwas dazu sagen. Denn das ist schon eine merkwürdige Geschichte um die Brohler Straße.

Am 16. Dezember 2014 hat der Rat beschlossen, ein Wohnhaus für 150 Personen zur langfristigen Unterbringung von Geflüchteten zu bauen. Da gab es keine weitere Spezifikation der Zielgruppe.

Am 14. Dezember vergangenen Jahres hatten wir im Sozialausschuss den Vorschlag zum Pla-

nungsbeschluss auf der Tagesordnung - genau den, den wir heute auch haben. In diesem Beschlussvorschlag steht keine Spezifizierung einer bestimmten Personengruppe, sondern einfach, dass dieses Haus gebaut werden soll.

In der Begründung heißt es dann aber schon, es gehe um am Wohnungsmarkt Benachteiligte sowie um anerkannte Geflüchtete. Weiter unten in der Begründung steht auch etwas von „Alleinstehenden und bis zu 8-Personen-Haushalten“.

Der Beschlussvorschlag wurde von der Verwaltung zurückgezogen bzw. zurückgestellt. Aber er war bekannt.

Am 30. Januar 2018, also letzten Dienstag, hatten wir ihn wieder auf der Tagesordnung der Sozialausschusssitzung stehen. Es hat mich schon ein bisschen verwundert, dass die Fraktion der Grünen dann just zu dieser Vorlage, die jetzt schon einen Monat bekannt war, Beratungsbedarf angemeldet hat.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Wir haben Beratungsbedarf angemeldet!)

- Sie waren doch gar nicht dabei, Herr Frank, aber ich schon.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Ich lese aber die Niederschrift!)

- Die gibt es ja noch gar nicht.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Es gibt ein Beschlussprotokoll!)

- Darin steht es auch nicht. Lieber Herr Frank, das Beschlussprotokoll habe ich selber abgesegnet. Darin steht schlicht, dass wir es ohne Votum in die Beratungsfolge - -

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Genau!)

- Jetzt lassen Sie mich doch einmal ausführen. Sie dürfen ja gleich auch reden.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Da sehen Sie, dass Sie eben den Rat nicht richtig informiert haben!)

- Nein, nein, nein. Das stimmt ja gar nicht.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Beratungsbedarf ist etwas anderes!)

Lieber Herr Frank - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Paetzold hat das Wort.

Michael Paetzold (SPD): Das ist nett, Frau Oberbürgermeisterin. - Sie sind ja auch schon ein bisschen länger im Geschäft, Herr Frank. Wenn eine Fraktion Beratungsbedarf anmeldet, ist es guter Usus - zumindest in dem Ausschuss, dem ich vorstehe -, dass man das Ganze dann ohne Votum in die Beratungsfolge schickt. Und genau das haben wir getan. Das habe ich auch gesagt.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das ist ja angehalten worden!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Paetzold hat das Wort.

Michael Paetzold (SPD): Danke schön. - Es gab also Beratungsbedarf. Wir haben das Ganze ohne Votum in die Beratungsfolge geschoben. Ich betone noch einmal: Es gab keine Diskussion im Fachausschuss.

Sehr verwundert war ich dann doch, als ich hörte, dass es gestern im Finanzausschuss plötzlich einen Änderungsantrag von den Kollegen von CDU und Grünen gab, und zwar dergestalt, dass nur Familien und alleinerziehende Frauen mit Kindern in die Brohler Straße ziehen dürfen.

Das hat mich deshalb sehr verwundert, weil wir uns im Sozialausschuss so gut wie nie diesbezüglich in die Arbeit der Verwaltung eingemischt haben. Denn wir sind der festen Überzeugung, dass es die Aufgabe der Verwaltung ist, zu schauen, wo welcher Mensch am besten untergebracht werden kann. Wir haben - das stimmt - immer auf die Verteilungsgerechtigkeit geguckt. Da waren wir uns alle ganz einig.

Noch ungewöhnlicher finde ich allerdings, dass dieser Änderungsantrag nicht im Fachausschuss, sondern in dem hierfür - bei allem Respekt für die Kolleginnen und Kollegen, die darin sitzen - völlig ungeeigneten Finanzausschuss gestellt wurde.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Das war den Antragstellern auch sehr bewusst, glaube ich; denn sie haben darauf verzichtet, irgendeine Begründung ihres Antrags vorzulegen. Sogar auf Nachfragen meiner Fraktion haben sie das nicht getan.

Beinahe drängt sich mir da der Verdacht auf, dass die Antragsteller die fachliche Diskussion im zuständigen Ausschuss gescheut haben. Ich wüsste auch, warum.

Immerhin hat die FDP, die offensichtlich ein etwas moderneres Familienbild als CDU und Grüne hat, dafür gesorgt - dafür danke ich ihr -, dass auch alleinerziehende Väter - die gibt es auch, liebe CDU und liebe Grüne - in die Brohler Straße ziehen dürfen. Immerhin!

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Fraktion wird der im Finanzausschuss geänderten Beschlussvorlage aber nicht zustimmen, weil sie grundfalsch ist. Denn die Frage, welcher Mensch wo untergebracht werden soll, gehört in die Verwaltung und nicht in die Politik. Das ist nun einmal so.

Bei allem Respekt, liebe Kolleginnen und Kollegen: Der Änderungsantrag riecht danach, dass hier ein Ranking bezüglich der Menschen eingeführt werden soll, die die Stadt unterbringen muss, seien es Geflohene oder Wohnungsbedürftige. Das wollen wir nicht. Deshalb werden dem auch nicht zustimmen.

Außerdem drängt sich der böse Verdacht auf, dass es hier um Rosinenpickerei für ein besseres Viertel geht.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Noch ein Letztes: Wir möchten auch keinesfalls Präzedenzfälle schaffen. Deshalb stimmen wir für die ursprüngliche Vorlage der Verwaltung. Wir glauben nämlich, dass sich die Verwaltung und unser Sozialdezernent etwas dabei gedacht haben.

(Christoph Klausning [CDU]: Das steht heute gar nicht zur Abstimmung!)

- Moment. Das steht bei mir in Mandatos drin, lieber Kollege. Einfach einmal lesen!

(Niklas Kienitz [CDU]: Nicht mehr! In der geänderten Form von gestern!)

Ich darf aber trotzdem einmal zu Ende reden, Frau Oberbürgermeisterin? - Okay.

(Zuruf von Christoph Klausning [CDU])

- Ich bin gleich fertig, Herr Klausning. Dann können Sie reden.

Leider hatten Herr Dr. Rau und seine Fachverwaltung im Sozialausschuss ja keine Gelegen-

heit, ihre Gedanken dazu vorzutragen. Lieber Herr Dr. Rau, vielleicht können Sie das jetzt hier im Rat nachholen und auch vor dem Hintergrund des Änderungsantrags aus dem Finanzausschuss noch einmal erläutern, wie Sie Ihre Vorlage sehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Heuser.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Auf der einen Seite kann man die Entrüstung von Herrn Paetzold zum Teil verstehen.

Auf der anderen Seite kämpfen wir aber schon sehr lange dafür, dass von der Verwaltung besonders schutzbedürftige Personen bzw. Geflüchtete entsprechend untergebracht werden, weil wir nach wie vor zu wenig Raum dafür haben. Insbesondere hatten wir seinerzeit den Antrag gestellt, im Bonotel insbesondere Frauen unterzubringen. Darauf möchte ich nur noch einmal hinweisen.

Wir sind also der festen Überzeugung, dass in dieses Haus vor allen Dingen besonders schutzbedürftige Personen gehören. Deswegen plädieren wir dafür, wie Finanzausschuss zu entscheiden. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte.

Anna-Maria Henk-Hollstein (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Paetzold, ich danke Ihnen ausdrücklich für die historische Aufarbeitung dieser Vorlage mit der entsprechenden Ergänzung aus dem gestrigen Finanzausschuss.

Wie meine Vorrednerin, Frau Heuser, gerade schon klargestellt hat, geht es uns ausdrücklich darum, dass an diesem Standort besonders Schutzbedürftige Unterkunft und ihre Heimat finden und damit auch eine Anschlussmöglichkeit bekommen. Denn das ist gerade in diesem Gebiet unsere Intention, die wir mit diesem Antrag verfolgen. Die Infrastruktur an der Brohler Straße sieht eine fußläufig erreichbare Kindertagesstätte

vor. Sie sieht zudem einen Spielplatz in der direkten Nähe vor, der auch noch einmal ausdrücklich in der Bezirksvertretung thematisiert worden ist. Es ist ein Wohnquartier, in dem sehr gut Familienanschluss entstehen kann und auch sichergestellt werden kann.

Genau das hat uns dazu bewogen, dieser besonderen Gruppe von Familien, die entweder nicht so bemittelt sind oder tatsächlich als Flüchtlinge in diese Stadt gekommen sind, eine Heimat und auch Anschlussmöglichkeiten zu bieten. Genau das stellen wir uns in diesem Quartier vor.

Deshalb haben wir unseren Änderungsantrag zu dieser Vorlage gestellt. Ich kann Sie nur um Unterstützung bitten.

Herr Paetzold, was Sie tun, finde ich scheinheilig. Ihre Fraktion hat sich gestern im Finanzausschuss enthalten. Jetzt kündigen Sie hier eine Ablehnung an. Das finde ich bei diesem Thema absolut unangemessen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Paetzold.

Michael Paetzold (SPD): Ganz kurz, Frau Kollegin, weil ich den Begriff „scheinheilig“ nun gar nicht mag und nicht auf mir sitzen lassen will: Bei uns in der Fraktion ist es so - ich weiß nicht, wie das bei Ihnen ist -, dass die Fachpartie über Vorlagen entscheidet und die Fraktion berät. Das ging gestern nicht, weil der Antrag völlig unsinnigerweise im Finanzausschuss und nicht im Sozialausschuss gestellt worden ist. Deswegen haben sich meine Kolleginnen und Kollegen im Finanzausschuss gestern enthalten, damit wir uns heute in der Fraktionssitzung beraten können. Das haben wir getan und sind zu dem von mir gerade dargestellten Ergebnis gekommen. Wie das bei Ihnen ist, weiß ich nicht. Aber bei uns ist es seit langer Zeit so Gepflogenheit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Noch einmal Herr Paetzold.

Michael Paetzold (SPD): Es tut mir sehr leid, Frau Oberbürgermeisterin. Aber ich hatte unse-

ren Sozialdezernenten ja gefragt, ob er uns dazu etwas sagen könnte. Das habe ich bisher noch nicht gehört. Aber vielleicht geht das auch heute nicht.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Doch, natürlich. - Bitte.

Beigeordneter Prof. Dr. Harald Rau: Frau Oberbürgermeisterin! Herr Paetzold, ich sage gerne etwas dazu.

Auf der einen Seite ist es natürlich oberstes Ziel der Verwaltung, keine Gruppen zu trennen. Wir wollen ein inklusives Stadtgesellschaftsleben haben. Dazu passt eben nicht, dass wir einzelne Gruppen separiert unterbringen.

Auf der anderen Seite erkennen wir, dass es unter Flüchtlingen und auch sonstigen Gruppen in der Tat Menschen mit besonderem Schutzbedarf gibt. Das war auch mehrfach Gegenstand von Diskussionen im Sozialausschuss. Wir sind auch übereingekommen, zu sagen: Wir sehen bestimmte Unterbringungsformen bzw. bestimmte Lokalitäten für bestimmte Gruppen vor.

Insofern kann die Verwaltung auch gut mit diesem Änderungsvorschlag leben; denn an dieser Stelle passt die Infrastruktur tatsächlich dazu, dass Kinder versorgt werden.

(Martin Börschel [SPD]: Das haben Sie gestern aber anders gesagt!)

- Moment. Ich habe gesagt: dass Kinder versorgt werden. Ich habe aber auch gesagt: An und für sich würde ich es als Verwaltungshandeln auffassen, dass wir von Ihnen die Freigabe bekommen, zu bauen, wir also ein Gebäude haben, das wir nutzen können, und wir dann auch angemessen mit den Veränderungen, die jeweils gerade anstehen, umgehen und selber im Sinne des Verwaltungshandelns sagen, wo wir wen unterbringen.

(Beifall bei der SPD)

Das habe ich auch gesagt. Aber wir können mit dieser Festlegung leben; denn es gibt relativ viele Bedürftige, die alleinerziehend sind.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sind die Fragen jetzt aufgeklärt? Oder gibt es noch Wortmeldungen? - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann habe ich über das Ergebnis des Finanzausschusses abstimmen zu lassen.

(Martin Börschel [SPD]: Uns wäre es lieb, wenn wir die Verwaltungsvorlage in der Fassung Bauausschuss als Änderungsantrag einreichen könnten! Dann würden wir darüber abstimmen lassen! Wir stellen das als Änderungsantrag!)

- Als Änderungsantrag geht das natürlich. - Dann lasse ich zunächst über diesen Änderungsantrag abstimmen.

(Martin Börschel [SPD]: Der Bauausschuss hat das Votum der BV Rodenkirchen einbezogen!)

- Ja, das habe ich gerade hier auch gefunden. Das war mir vorher nicht so klar. Okay.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abstimmen. Wer wünscht ihm zuzustimmen? - Das sind die SPD-Fraktion und DIE LINKE. Enthaltungen? - Das sind die Ratsgruppe GUT, die Ratsgruppe BUNT und die Oberbürgermeisterin. Dann ist das abgelehnt.

Nun lasse ich, wie ich es zunächst auch vorhatte, abstimmen wie Finanzausschuss, Anlage 5. Gegenstimmen? - Gegenstimmen von pro Köln, der AfD und der SPD-Fraktion. Enthaltungen? - DIE LINKE, die Ratsgruppe BUNT und die Oberbürgermeisterin enthalten sich. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.5 Zentrale Wahrnehmung der Aufgabe „Verpflichtung zu Integrationskursen“ 3262/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.6 Luftreinhaltung - Position der Stadt Köln zur Fortschreibung des Luftreinhalteplans 3428/2017

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0103/2018

Änderungsantrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln)
AN/0195/2018

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/0198/2018

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0197/2018

Änderungsantrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT
AN/0200/2018

Hier möchte ich Sie zunächst über das Ergebnis der Vorberatungen in den Bezirksvertretungen informieren.

Die Bezirksvertretungen Innenstadt, Chorweiler und Porz haben die Vorlage ohne Votum in den Rat verwiesen.

Es liegen abweichende Beschlussfassungen von den Bezirksvertretungen Rodenkirchen, Lindenthal, Ehrenfeld und Mülheim vor.

Wie Sie den Unterlagen entnehmen können, erfolgte die Anhörung der Bezirksvertretungen teilweise im Wege der Dringlichkeitsentscheidung. Die Bezirksvertretungen Nippes und Kalk haben dazu mitgeteilt, dass sie eine Dringlichkeitsentscheidung nicht treffen werden, da sie - so Kalk - keine Dringlichkeit sehen oder - so Nippes - das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts abwarten wollen.

Meine Damen und Herren, ich halte es für wichtig, dass der Rat der Stadt Köln heute eine grundsätzliche Position zur Luftreinhaltung bezieht und nicht darauf wartet, Dinge, die für den Gesundheitsschutz unserer Bürgerinnen und Bürger wichtig sind, von einem Gericht ins Stammbuch geschrieben zu bekommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Die Bezirksregierung hat uns mitgeteilt, unmittelbar nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, das für den 22. Februar 2018 erwartet wird, in die Fortschreibung des Luftreinhalteplans einzusteigen.

Das ist auch die Begründung, warum die Sache dringlich ist.

Wir können dem Rechnung tragen, indem wir heute die Punkte 1, 2 und 4 der Beschlussvorlage beschließen.

Ich halte es aber gleichzeitig für wichtig, dass wir die Voten der Bezirksvertretungen berücksichtigen. Daher schlage ich vor, dass die Verwaltung zunächst die Beschlussempfehlungen der Bezirksvertretungen prüft und Ihnen diese Ergebnisse zur nächsten Sitzung vorlegt. Das wäre bei Vorberatung in den zuständigen Fachausschüssen aber erst die Ratssitzung am 20. März 2018. Auf dieser Grundlage könnte dann gegebenenfalls der Maßnahmenkatalog erweitert oder geändert werden.

Damit würde zum Punkt 3, wenn Sie das so aufnehmen, ein Satz hinzukommen.

Ohnehin enthält der Punkt 3 den Beschluss des Rates,

den Maßnahmenkatalog des Runden Tisches in den Prozess zur Fortschreibung des Luftreinhalteplans der Bezirksregierung Köln einzuspeisen.

Hinzu kommt folgender Satz:

Dabei behält sich der Rat vor, diesen Katalog aufgrund der Beratungsergebnisse der Bezirksvertretungen zu ergänzen bzw. abzuändern.

Dann bekommt die Bezirksregierung genau das, was von den Bezirksvertretungen vorgeschlagen wird, geprüft durch die Fachausschüsse.

Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass es hier nicht darum geht, Maßnahmen zu beschließen, sondern nur darum geht, zu beschließen, welche Maßnahmen der Bezirksregierung vorgelegt werden.

Jetzt würde ich gerne die Antragsteller aufrufen. Zunächst hat Herr Struwe das Wort.

Rafael Struwe (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Frau Reker, ich möchte direkt einmal an das Letzte anknüpfen, was Sie gesagt haben: Wir beschließen hier keine Maßnahmen, sondern nur einen Katalog, der dann an die Bezirksregierung weitergeleitet wird. - Ich kann mich gut daran erinnern, dass ich vor ungefähr anderthalb Jahren schon einmal an derselben Stelle stand. Seinerzeit haben wir über Sofortmaßnahmen geredet, die zum Schutz der Kölner Bevölkerung vor der Luftverschmutzung erforderlich sind.

Das wurde damals von der Ratsmehrheit zunächst in den Ausschuss verwiesen und dann abgelehnt, weil es hieß: Jetzt machen wir erst

einmal den Runden Tisch zur Luftreinhaltung, und dann können wir irgendetwas beschließen.

Jetzt sind wir anderthalb Jahre weiter und haben immer noch keine konkreten Maßnahmen auf dem Tisch liegen, die wir hier beschließen. Da fragen wir uns schon: Wie lange soll das denn noch so weitergehen?

Deshalb sage ich gleich vorweg: Weder die Verwaltungsvorlage noch der Änderungsantrag des sogenannten Gestaltungsbündnisses sind aus unserer Sicht auch nur im Ansatz ausreichend, um die Fragen zu beantworten, die sich momentan stellen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Denn es ist nicht erkennbar, dass das Problem der Luftverschmutzung hier wirklich mit der Konsequenz angegangen wird, die es verdient.

Und Entschuldigung; aber wir reden nicht erst seit gestern darüber. Die Stadt Köln ist seit langer Zeit trauriger Spitzenreiter, was die Luftverschmutzung angeht.

Jetzt haben wir diesen Maßnahmenkatalog vorliegen.

Zunächst einmal möchte ich dem Runden Tisch ein Lob aussprechen. Dort haben sich mehr als 30 Akteure aus den verschiedensten Bereichen der Kölner Stadtgesellschaft zusammengetan und wirklich gut gearbeitet. Dafür vonseiten der SPD-Fraktion allen Beteiligten ein herzliches Dankeschön!

Diese Maßnahmen sollen, wie Sie schon gesagt haben, nun an die Bezirksregierung weitergeleitet werden. Sie im Einzelnen zu diskutieren, wäre eine abendfüllende Veranstaltung. Manche sind besser; manche sind schlechter; manche sind völlig abzulehnen.

Abzulehnen sind aus Sicht der SPD zum Beispiel die pauschalen Fahrverbote. Meine Damen und Herren, das ist nicht nur schädlich für die Wirtschaft, sondern auch unsozial. Gerade Leute mit kleinem Einkommen können sich nicht mal eben ein neues Auto kaufen. Wenn sie dann auch noch irgendwo wohnen, wo die KVB noch nicht so fährt, wie wir uns das wünschen, wäre das eine faktische Enteignung. Das können wir alle nicht wollen.

Die spannende Frage ist aber auch: Was steht in dieser Vorlage nicht drin? Wie gesagt, enthält sie keine einzige Maßnahme, die eine sofortige Verbesserung der Luftqualität mit sich bringen wür-

de. Dabei wird der Handlungsdruck doch immer größer. Wir wissen doch alle, dass das Damoklesschwert der Klage der DUH über uns schwebt, dass die EU-Kommission uns auf den Fersen ist, dass das Bundesverwaltungsgericht entscheiden wird etc. pp. Wir sind aber - ich sagte es eben schon -, seit ich vor anderthalb Jahren schon einmal zu demselben Thema hier stand, keinen Meter weitergekommen.

Lassen Sie mich einige Punkte herauspicken.

Das Gestaltungsbündnis sieht zum Beispiel keinerlei zusätzliche Haushaltsmittel für irgendwelche Sofortmaßnahmen vor. Stattdessen steht in diesem Antrag, dass es einen Masterplan geben soll. Irgendwann in 2018 soll er in Auftrag gegeben werden. Herzlichen Glückwunsch! Es sollen Bundesmittel beantragt werden, um Maßnahmen durchzuführen. Wunderbar! Aber wie lange wollen wir denn noch warten, meine Damen und Herren?

Es muss doch darum gehen, dass wir die Sachen, die schon lange auf dem Tisch liegen, umsetzen. Wir haben einen Luftreinhalteplan von 2012. Damals haben wir schon eine Menge Dinge erkannt, die wir heute noch einmal erkennen. In diesen Plan haben wir eine Menge Maßnahmen hineingeschrieben, von denen immer noch nichts umgesetzt ist.

Das sind - ich habe unseren Antrag schon angesprochen - zum Beispiel umweltsensitive Ampelschaltungen, E-Busse in Mülheim, eine Busspur auf dem Clevischen Ring etc. pp. Diese Maßnahmen müssen wir heute einfach nur beschließen und umsetzen - und nicht noch weitere Konzepte und weitere Pläne, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

„Außer Thesen nichts gewesen“, kann man das alles hier überschreiben. Wir wissen doch alle, was notwendig ist. Wir haben kein Erkenntnisdefizit, sondern ein Umsetzungsdefizit.

Böse Zungen sagen ja: Irgendwann ist es so weit, dass wir zu Fahrverboten gezwungen werden.

Jetzt schaue ich einmal zu den Kollegen und Kolleginnen von den Grünen. Sie sind ja immerhin diejenigen, die hier im Rat am längsten mitregieren.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]:
Ihr länger!)

Böse Zungen sagen ja, dass Sie das mit Absicht verschlafen, weil Sie sich aus ideologischen Gründen doch über Fahrverbote freuen würden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

In diesem Kompromissantrag wird die Blaue Plakette nach ganz oben gehängt. Was soll das denn? Das ist ein bisschen wie Turtur, der Scheinriese. Je näher man kommt, desto kleiner wird sie.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Ein solcher Beschluss hilft uns hier keinen Meter weiter. Wir können das dreimal beschließen. Es liegt in der Bundeskompetenz. Wenn der Bund es nicht beschließt, bringt uns das kein Stück weiter.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Wenn die SPD im Bund sich einmal bewegen würde!)

Fragen Sie einmal Herrn Dobrindt, was er dazu sagt. Fragen Sie ihn einmal.

Dann soll in Köln ein Amt für Fuß- und Radverkehr geschaffen werden. Entschuldigung; was ist das denn? Wir haben doch mit dem Konzept Köln mobil 2025 beschlossen, eine integrierte Verkehrsplanung zu machen. Da können wir jetzt doch nicht anfangen, innerhalb der Verwaltung noch weitere Konkurrenzämter aufzumachen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich sehe, dass meine Redezeit um ist. Uns fehlen hier eine klare Haltung des Gestaltungsbündnisses und ein klares Signal der Verwaltung. Deswegen bitte ich Sie: Stimmen Sie für unseren Antrag für Sofortmaßnahmen zum Schutz der Kölnerinnen und Kölner. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Götz das Wort.

Stefan Götz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Struwe, Ihre Rede klang so, als hätte die SPD in den letzten 20 Jahren nie mitregiert. Ich habe das anders in Erinnerung. Anscheinend müssen Sie es noch einmal nachlesen.

Meine Damen und Herren, ich möchte mit den guten Nachrichten beginnen.

Erstens. Wir haben in Köln kein Feinstaubproblem. Und das ist gut so.

Zweitens. Die Luft in Köln ist auch besser geworden. Das reicht aber nicht. Und wir haben beim Stickoxid Nachholbedarf. Deswegen diskutieren wir hier und heute.

(Martin Börschel [SPD]: „Nachholbedarf“ ist aber sehr nett ausgedrückt!)

Drittens. Die Probleme sind lösbar, auch ohne generelle Fahrverbote.

Deswegen komme ich jetzt zu unserem Antrag.

Die Gesundheit der Menschen ist für uns das höchste Gut. Deswegen hat sie die höchste Priorität. Das haben wir auch so formuliert.

Das Kölner Problem besteht darin, dass wir drei Viertel Hintergrundbelastung haben, also eine Belastung der Luft, die wir überhaupt nicht beeinflussen können.

Wir wollen aber dennoch heute hier eine klare Richtung vorgeben. Die klare Richtung heißt: Wir sprechen uns eindeutig für die Einführung der Blauen Plakette und gegen generelle Dieselfahrverbote, gegen die Citymaut, gegen den Rückbau von Hauptverkehrsstraßen und gegen zeitweise Zufahrtsbeschränkungen aus.

Wir sprechen uns für die Blaue Plakette aus - wohl wissend, dass auch dies mit Fahrverboten verbunden ist. Aber das wird sicherlich auch mit Nachrüstungsmaßnahmen, mit Übergangsregelungen und mit Ausnahmeregelungen verbunden sein.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Struwe.

Stefan Götz (CDU): Herr Struwe.

Rafael Struwe (SPD): Vielen Dank, dass Sie die Frage zulassen. - Sie sagten: keine generellen Fahrverbote. Ich habe mir die Vorlage sehr genau durchgelesen. Sie enthält eine Ziffer 4, die Sie auch unverändert lassen. Darin steht:

für den Fall ... der Bestätigung der Rechtmäßigkeit von vergleichbaren

Maßnahmen durch das Bundesverwaltungsgericht

Diese vergleichbaren Maßnahmen sind durch Kommunen angeordnete Fahrverbote. Das wissen Sie schon? Denn das beschließen Sie hier mit. Dann soll die Verwaltung es vorlegen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Stefan Götz (CDU): Vielen Dank für diesen Hinweis. Dann kann ich das noch einmal klarstellen. „Vergleichbare Fahrverbote“ bedeutet, dass sie von dem Schadstoffausstoß abhängig gemacht werden - vielleicht in einer anderen Form, als die Blaue Plakette bisher diskutiert wird. Aber das wird dann das Kriterium dafür sein.

Also noch einmal: Wir stehen für die Einführung einer Blauen Plakette mit den Einschränkungen, die damit durchaus verbunden sind.

Damit können wir an zwei von drei Punkten die Einhaltung der entsprechenden Grenzwerte erreichen. Wir halten die Grenzwerte an diesen beiden Punkten auch dann ein, wenn wir bis zu 20 Prozent Ausnahmeregelungen zulassen. Damit haben wir auch die Anforderungen von Handwerk, Handel und Gewerbe positiv erfüllen können.

Klar ist: Das reicht am Clevischen Ring nicht. Dort müssen weitere, zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden. Das können wir uns auch alle lebhaft vorstellen. Solange die Leverkusener Autobahnbrücke für den Schwerlastverkehr gesperrt ist, ist das ein besonders schwieriger Punkt. Die Leverkusener leiden auf ihrem Stadtgebiet unter vergleichbaren Situationen.

Wir haben in unserem Antrag noch diverse weitere Maßnahmen aufgeführt, die wir auch mittel- und langfristig realisiert sehen wollen. Unser Schwerpunkt liegt dabei auf Maßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs. Ich will sie jetzt nicht alle aufzählen; das können Sie alles im Einzelnen nachlesen.

Für uns gilt der Grundsatz: Wir wollen fördern und nicht verbieten. Deswegen soll dieser Antrag nicht nur die Grundlage für die Bezirksregierung bei der Fortschreibung des Luftreinhalteplans sein, sondern auch die Grundlage für die Gespräche der Stadtverwaltung mit der Bundesregierung. Denn die Bundeskanzlerin hat am Donnerstag letzter Woche gegenüber den Ministerpräsidenten stadtspezifische Gespräche ange-

kündigt, um die Luft in den Großstädten in Deutschland zu verbessern.

(Beifall bei der CDU)

Wir geben natürlich auch alle weiteren Vorschläge des Runden Tisches, die wir hier nicht einzeln aufgeführt haben, an die Bezirksregierung weiter.

Über das hinaus, was Sie alles in unserem Antrag lesen können, haben wir in dem Gutachten, das uns kurzfristig am Donnerstag letzter Woche erläutert worden ist, auch noch gelernt, dass es zwei weitere Punkte gibt, die maßgeblich ein Minderungspotenzial darstellen können. Das sind einerseits die Steigerung des Verkehrsflusses und andererseits die Zuflussregulierung. Umgangssprachlich nennt man das Ganze grüne Welle. Wir haben gesagt bekommen, dass damit am Clevischen Ring ein Minderungspotenzial von bis zu 24 Prozent besteht. Ich bin mir daher sicher, dass wir auch für den Clevischen Ring eine entsprechende Lösung finden können.

Das Fazit lautet letztendlich doch:

Erstens. Die Probleme sind auch ohne generelle Fahrverbote lösbar.

Zweitens. Die Probleme sind durch Einführung der Blauen Plakette und entsprechende ergänzende Maßnahmen lösbar.

Drittens. Die Probleme sind bei Erhalt der Mobilität für die Kölnerinnen und Kölner und für unsere Gäste lösbar.

Ich will noch wenige Sätze zu den Anträgen von SPD und FDP verlieren. - Nein, das kann ich im Moment nicht; denn sonst ist meine Redezeit vorbei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, Ihr Antrag geht ja in weiten Teilen mit uns konform. Er enthält allerdings viele Details, und ich glaube, dass das alles etwas zu schnell war. Darin stehen Forderungen wie die Wiederherstellung der Leverkusener Brücke. Das ist sicherlich überholt. Man kann über vieles noch einmal diskutieren. Diese Frage ist aber entschieden. Daher können wir diesem Antrag heute leider nicht zustimmen.

Das Gleiche gilt leider auch für die Kolleginnen und Kollegen der SPD. Es ist ja nicht strafbar, wenn man das versucht und uns die schon abgelehnten Maßnahmen unter Punkt 3 alle noch einmal vorlegt.

(Beifall bei der CDU)

Wir waren aber schon damals nicht dafür,

(Martin Börschel [SPD]: Sehr gut, dass Sie es noch einmal sagen! Das wird zu Protokoll genommen!)

an der Grenze zu Bergisch Gladbach eine Pfortnerampel zu bauen, weil man die Probleme damit nur verschieben und nicht lösen würde. Daher können wir diesem Antrag leider auch nicht zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Frau Oberbürgermeisterin, Ihren Vorschlag zur Ergänzung von Punkt 3 übernehmen wir.

Jetzt bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Antrag als Grundlage für die Fortschreibung des Luftreinhalteplans bei der Bezirksregierung, als Grundlage für die Gespräche mit der Bundesregierung und als Grundlage, um den Kölnern ihre Mobilität bei gesunder Luft zu erhalten. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Brust das Wort.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir hatten gestern im Umweltausschuss noch die Hoffnung, dass wir heute im breiten Konsens gemeinsam einen Antrag vorlegen könnten. Leider hat die SPD dann heute Morgen abgesagt.

Wenn man aber den Antrag der SPD und unseren Antrag vergleicht, kann man beim besten Willen keine großen inhaltlichen Unterschiede erkennen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Das kann ja jeder für sich machen. Mir ist das nicht gelungen. Es scheint nur darum zu gehen, sich hier bewusst abzusetzen und die Schuld anderen zuzuschreiben.

Die einzigen Unterschiede zwischen unseren Anträgen sind die drei Punkte, die wir von der Gruppe GUT übernommen haben - unter anderem die von Ihnen schon erwähnte Amtsleiterstelle. Das ist allerdings nur eine Empfehlung an die Verwaltung. Die Verwaltung hat hier die Ho-

heit und muss es selbst entscheiden. Das ist keine Sache, die der Rat entscheiden könnte.

Aber jetzt zum Inhaltlichen: Herr Struwe hat gesagt, wir hätten vor zwei Jahren den Antrag abgelehnt. Wir haben ihn nicht abgelehnt. Vielmehr haben wir ihn geändert. Man muss damit leben, dass man Anträge ändert und verbessert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Auch die umweltsensitive Ampel am Clevischen Ring haben wir beschlossen. Das steht schon im Luftreinhalteplan von 2012.

(Rafael Struwe [SPD]: Wo ist sie denn?)

Dann frage ich aber doch: Wer ist denn der Amtsleiter, der das nicht umsetzt?

(Beifall bei der CDU - Martin Börschel [SPD]: Das ist ja armselig!)

Ist er kein SPD-Mitglied? Sie tun in Ihren Presseerklärungen ja so, als sei die Oberbürgermeisterin als frühere Umweltdezernentin alles schuld. Aber Sie wissen genau: Nicht das Umweltamt baut Radwege, und nicht das Umweltamt baut Busspuren, sondern das macht Ihr Amtsleiter, oder er macht es halt nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU - Martin Börschel [SPD]: Das ist wirklich armselig! Sie kennen die politische Ebene der Stadtverwaltung! Die Nächste ist die Sachbearbeiterin! - Gegenruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Oberbürgermeister Roters hat doch auch nichts gemacht!)

Wenn Sie behaupten, es wäre nichts umgesetzt worden, haben Sie den Luftreinhalteplan von 2012 wohl gar nicht gelesen. Darin steht zum Beispiel der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Wir haben die Linie 17 in Betrieb genommen - aber gegen die SPD; die SPD hat dagegengestimmt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Wir könnten das im Einzelnen durchgehen. Viele der damals beschlossenen Maßnahmen sind umgesetzt worden - und die, die nicht umgesetzt worden sind, sind im Verkehrsdezernat nicht umgesetzt worden.

Ich will hier aber keine Schuldzuweisung machen.

(Lachen bei der SPD)

- Nein, nein. Ich finde es albern, die Schuld immer anderen zuzuschieben.

(Martin Börschel [SPD]: Alaafl! Alaafl!)

Wenn wir ehrlich sind, Herr Börschel, müssen wir ja zugeben, dass wir selbst dann, wenn alle Maßnahmen, die im Luftreinhalteplan 2012 beschlossen wurden, beschleunigt umgesetzt worden wären, heute noch Überschreitungen der Grenzwerte hätten.

Dann müssen wir uns einmal anschauen, was noch im Luftreinhalteplan stand, zum Beispiel im Kapitel 7. Ich will nur die ersten drei Punkte vorlesen:

- 7.1 Wegfall der staatlichen Förderung von Dieselkraftstoff
- 7.2 Besteuerung von Dienstwagen - falsche Anreize
- 7.3 Stärkerer Ausbau des ÖPNV einschließlich finanzieller Unterstützung

Das sind alles Punkte, an deren Umsetzung uns die Bundesregierung, in der Sie als SPD ja seit Jahren vertreten sind, hindert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das sind alles Dinge, die auf oberster Ebene hätten geändert werden müssen. Und obwohl der Bund immense Steuereinnahmen hat, bekommen die Kommunen nur homöopathische Dosen von Mitteln für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Warum bauen wir die Linie 7 nicht aus? Weil das Geld vom Bund nicht fließt. Warum bauen wir die Linie 13 nicht aus? Weil das Geld vom Bund nicht fließt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Martin Börschel [SPD]: Das ist doch Legebildung! Dazu sollte Herr Fenske einmal etwas sagen!)

Nun komme ich zu Ihrem Vorwurf, wir Grünen hätten Maßnahmen verhindert, weil wir ja Fahrverbote wollt. Niemand von uns - niemand hier im Saal, glaube ich - will Fahrverbote, um das klar zu sagen. Wir wissen auch, dass es eine Enteignung der Dieselbesitzer ist, wenn wir ein Fahrverbot beschließen müssen.

Aber noch diesen Monat werden Gerichte uns dazu zwingen. Und man muss so ehrlich sein, das den Wählern zu sagen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben keine Alternative dazu. Wir haben nur die Alternative: Fahrverbote mit Blauer Plakette oder Fahrverbote ohne Blaue Plakette.

Fahrverbote ohne Blaue Plakette würden bedeuten, dass wir auch Dieselfahrzeuge mit der Norm Euro 6d ausschließen würden, obwohl sie nagelneu sind und die Werte einhalten. Da sind wir uns mit der CDU einig: Das wollen wir nicht.

Deswegen ist unser Appell an die Bundesregierung, dass wir die Blaue Plakette brauchen, damit wir zumindest diejenigen, die saubere Fahrzeuge haben, nicht auch noch ausschließen müssen.

Wir wollen aber auch davor warnen, dass statt Dieselfahrzeugen demnächst nur noch Benzinfahrzeuge eingesetzt werden. Denn die neuen Benziner mit Direkteinspritzung - viele haben wahrscheinlich den *Spiegel*-Artikel gelesen - produzieren massiv Feinstäube, vor allem die kleinen Feinstäube der Kategorie PM_{2,5}.

Es wäre wirklich schlecht, wenn wir das eine gegen das andere ausspielen würden und hinterher zwar sinkende NO_x-Werte hätten, dafür aber wieder steigende Feinstaubwerte. Beides können wir nicht wollen.

Die einzige Lösung ist: Wir müssen den Autoverkehr massiv reduzieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das heißt: Wir brauchen einen anderen Modal Split. Wir brauchen mehr Radwege, mehr Busse usw.

Ich möchte noch einen Hinweis geben. Wir haben in der Studie auch gelernt, dass allein die Hintergrundbelastung in Köln bei 30 µg/m³ liegt. Bei allen unseren Maßnahmen zur Einhaltung des Grenzwertes von 40 µg/m³ reden wir also über 10 µg/m³.

Wenn die Gerichte, die Ende dieses Monats entscheiden werden, konsequent sind, müssen sie eigentlich auch dazu etwas sagen.

Unsere NO_x-Hintergrundbelastung kommt in erster Linie von den Braunkohlekraftwerken im Kölner Westen.

(Ulrich Breite [FDP]: Nein, von den Schiffen auf dem Rhein!)

- Die Schiffe auf dem Rhein sind für Feinstaub verantwortlich. Die NO_x-Hintergrundbelastung bei uns kommt aber in erster Linie aus den Braunkohlekraftwerken. Ich habe es im alten Luftreinhalteplan nachgelesen. Das sind allein 48 000 Tonnen NO_x.

Wenn die Gerichte konsequent wären, müssten sie dann auch anordnen, dass einige dieser Kraftwerke stillgelegt werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Linksfraktion möchte zunächst einmal der Deutschen Umwelthilfe für die Klage, die sie eingereicht hat, danken. Diese Klage hat der Diskussion um den Schutz der Gesundheit der Menschen eine neue Qualität gebracht.

DIE LINKE geht davon aus, dass dem übergroßen Teil des Rates die Gesundheit der Menschen am Herzen liegt.

Auch den Zusammenhang von Stickoxidbelastung in der Luft und Gesundheitsschädigung werden nur wenige Vertreterinnen und Vertreter im Rat wirklich in Abrede stellen. Wir wissen, dass erhöhte Stickoxidbelastungen Atemwegserkrankungen verursachen und verschlimmern. Auch die allgemeine Sterblichkeitsrate vergrößert sich in Gebieten, in welchen die Stickoxidbelastung dauerhaft zu hoch ist, wesentlich. Die Gesundheitsgefährdung durch Stickoxidbelastung ist insbesondere bei Kindern und Jugendlichen hoch.

Meine Damen und Herren, arme Menschen wohnen oft in den schlechteren Wohnungen an stark befahren Straßen. Dort ist die Stickoxidbelastung besonders hoch. Wir alle kennen die Zahlen vom Clevischen Ring. Gerade der Schutz der Menschen, die sich nur sehr schlecht selbst schützen können, verdient unsere besondere Aufmerksamkeit.

(Beifall von Jörg Detjen [DIE LINKE] und Michael Paetzold [SPD])

Auch die Kommune trifft laut Grundgesetz die staatliche Schutzpflicht vor Beeinträchtigung der körperlichen Unversehrtheit und der Gesundheit.

Das Verwaltungsgericht Düsseldorf hat am 13. September 2016 Folgendes festgestellt - ich darf aus der Urteilsbegründung zitieren; das lese ich ab; bei Zitaten muss man kleinlich sein -:

Auf die - unstreitig - fehlende Kompetenz des Beklagten

- hier der Stadt Düsseldorf -

zur Einführung einer Blauen Plakette ... kann sich dieser gerade angesichts der auch ihn treffenden staatlichen Schutzpflicht aus Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG ... nicht mit Erfolg berufen. Denn die gegenwärtigen bundesrechtlichen Regelungen erlauben dem Beklagten

- also wieder der Kommune -

... schon heute die Anordnung von Fahrverboten für (bestimmte) Dieselfahrzeuge.

Meine Damen und Herren, was jetzt wirklich ein Ende haben sollte, ist das Schwarzer-Peter-Spiel, das von Schwarz-Grün, SPD, FDP und Teilen der Verwaltung zuungunsten der Bezirksregierung gespielt wird.

Ich möchte an dieser Stelle Herrn Dr. Rau explizit ausnehmen und mich noch einmal für sein Engagement bedanken.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein Zuwarten, bis eine höhere Instanz Dieselfahrverbote verhängt, ist unverantwortlich. Spätestens seit letztem Donnerstag wissen wir, dass Fahrverbote für Diesel mit Schadstoffklassen schlechter als Euro 6d unumgänglich sind.

Herr Götz bzw. Herr Brust, wir haben in Köln 120 000 Dieselfahrzeuge. Davon halten vielleicht 5 000 bis 8 000 die Norm Euro 6d ein. Das haben Sie vorhin nicht richtig dargestellt.

Wir sollten uns ab sofort um ein verantwortungsvolles Dieselfahrverbot in unserer Stadt kümmern. Das Gutachten, das uns letzte Woche vorgestellt worden ist, legt ja zugrunde, dass 20 Prozent der Stinke-Diesel trotzdem noch fahren dürfen: Feuerwehr, Rettungsdienste, Ärzte, Busse und Wartungsfahrzeuge der KVB, damit der ÖPNV weiter laufen kann. Sie alle dürften laut Annahme dieses Gutachtens auch dann, wenn es keine Euro-6d-Fahrzeuge sind, fahren.

Meine Damen und Herren, wir wissen aber auch - da hat sich Herr Götz ganz deutlich vertan; seit letzter Woche haben wir das schwarz auf weiß -, dass ein Dieselfahrverbot zwar nicht ausreicht, um die Stickoxid-Grenzwerte einzuhalten, aber dass es auf jeden Fall ohne ein solches Fahrverbot überhaupt nicht geht. Das gibt dieses Gutachten eindeutig her.

(Beifall bei der LINKEN)

Seit letzter Woche ist nun auch wissenschaftlich bewiesen, dass wir eine Verkehrswende in dieser Stadt brauchen, wenn wir die Bevölkerung vor Gesundheitsschädigungen schützen wollen.

(Beifall bei der LINKEN und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, ich muss jetzt leider zum Ende kommen. Man könnte noch lange reden. Ich will aber noch ganz kurz die Positionen unseres Änderungsantrags darstellen - nur in Schlagworten -:

- Einführung von Busspuren
- kostenloser ÖPNV zumindest an den Tagen, an denen der Stickoxid-Grenzwert von $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$ gerissen wird
- Tempo 30 stadtweit

Modellversuche an den Ausfallstraßen sollen belegen, dass, wie das Gutachten aussagt, die Verflüssigung des Verkehrs bei Tempo 30 sehr wohl zu einer enormen Verringerung der Stickoxide um 5 bis $10 \mu\text{g}/\text{m}^3$ führen kann.

Wer es nicht glaubt, schaue bitte noch einmal in das Gutachten: Seite 48, Berlin, Rautenberg 2015. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächste hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Nachhaltige Entwicklung bedeutet für die FDP eine gute Balance zwischen umweltpolitischen, sozialen und wirtschaftlichen Aspekten. Diese Balance muss sich auch in einem Luftreinhalteplan für Köln wiederfinden.

Zunächst einmal haben wir ganz klar die Verantwortung für unsere Kölner Bürgerinnen und Bürger. Dem Schutz ihrer Gesundheit räumen wir hohe Priorität ein.

Wir haben natürlich auch Verantwortung für die vielen Pendler, die nicht in Köln leben, aber tagtäglich zur Arbeit nach Köln kommen. Sie sind schließlich und letztlich auch für 50 Prozent der Pkw-Emissionen verantwortlich.

Meine Damen und Herren, diese Pendler sind zum größten Teil auf das Auto angewiesen, weil es überhaupt keine vernünftige ÖPNV-Anbindung gibt.

Weil wir das wissen, unterstützen wir als Freie Demokraten natürlich den Ausbau des ÖPNV. Uns wird ja immer unterstellt, dass wir das nicht tun würden.

Die Pendler, die dieses Angebot nicht annehmen können, weil es einfach nicht vorhanden ist, müssen aber natürlich in die Stadt fahren. Häufig sind sie auf ein Dieselfahrzeug angewiesen. Sie haben sich aus finanziellen Überlegungen dafür entschieden, weil ein Dieselfahrzeug auf langen Strecken wirtschaftlicher ist.

Sollen wir diesen Menschen, für die es keine vernünftige Alternative zum Auto gibt und die sich ja auch nicht mal eben ein neues Auto kaufen können, sagen, dass sie mit ihrem Auto nicht mehr in die Stadt fahren dürfen?

(Beifall bei der FDP)

Ich glaube nicht. Denn hier kommen in der Tat auch soziale Gesichtspunkte ins Spiel.

Und ganz ehrlich, meine Damen und Herren: Niemand, der halbwegs bei Trost ist, stellt sich doch morgens freiwillig auf die Mülheimer Brücke in den Stau. Er tut es, weil er es machen muss. Er muss zur Arbeit fahren; denn damit muss er seinen Lebensunterhalt bestreiten.

(Beifall bei der FDP)

Im Interesse dieser Pendler und der vielen Handwerker sowie kleiner und mittelständischer Unternehmen, die auf dieselbetriebene Firmenfahrzeuge angewiesen sind, müssen wir Dieselfahrverbote vermeiden.

Und ganz ehrlich, meine Damen und Herren: Stellen wir uns doch einmal die Auswirkungen eines pauschalen Dieselfahrverbotes auf den ÖPNV vor. Die Busse und Bahnen sind doch schon jetzt brechend voll. Wie soll das denn bei

einem generellen Dieselfahrverbot noch funktionieren? Bei dieser Vorstellung sagt sich Herr Fenske sicherlich: Lieber Gott, lass es passieren, wenn ich schon im Ruhestand bin.

(Beifall bei der FDP)

Kurz und gut: Generelle Dieselfahrverbote lehnen die Freien Demokraten ab.

Nun einige Worte zur Blauen Plakette: Wie der Kollege Struwe schon angesprochen hat, ist das ein Bundesthema. Wir haben uns in unserem Änderungsantrag auch ganz bewusst dazu geäußert und gesagt: Ja, wenn es denn auf Bundesebene entschieden ist, werden wir schauen, wie wir das dann auf der Kölner Ebene bewerten. - Das behalten wir uns auch vor.

Meine Damen und Herren, sollten wir unsere Energie nicht darauf verwenden, neue, kreative Lösungen zu entwickeln, statt in alten Schubladen zu denken und mit der einfachen Verbotslösung daherzukommen?

Eine mögliche Idee: Da wir wissen, dass es in unseren Großstädten zu wenig Wohnraum gibt und deshalb viele Menschen aus dem Umland mit dem Auto in die Stadt fahren müssen, wäre es doch auch sinnvoll, über moderne Arbeitszeitmodelle nachzudenken.

(Beifall bei der FDP)

So bietet zum Beispiel die digitale Heimarbeit die Möglichkeit, zu Stoßzeiten daheim zu arbeiten und erst dann in die Stadt zu fahren, wenn sich die Verkehrssituation entspannt hat. Das fordern wir in unserem Antrag auch.

Darüber hinaus setzen wir Freien Demokraten vor allem auf eine flüssige Verkehrsgestaltung. Gegenüber Stop-and-go-Verkehr verringert sich im fließenden Verkehr beim Pkw die Stickoxidbelastung um 45 Prozent, beim Lkw sogar um 72 Prozent. Hier müssen wir den Hebel ansetzen.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, lassen Sie mich nach den allgemeinen Ausführungen zum Luftreinhalteplan noch einmal auf die Sonderthematik „Clevischer Ring“ zu sprechen kommen - und in diesem Zusammenhang auch auf die umweltsensitive Ampel, Herr Brust. Zwar bin ich keine Verkehrspolitikerin. Ich erinnere mich aber gut an manche Diskussion in diesem Rat. Da habe ich nie den Eindruck gehabt, dass

die Grünen für eine solche Ampelschaltung gewesen wären.

(Beifall bei der FDP)

Die Messwerte zeigen, dass wir am Clevischen Ring ein schwerwiegendes Problem haben. Sie zeigen aber auch, dass diese hohen Werte in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Stadtautobahntunnel stehen. Die Arbeiten am Tunnel verhindern eine zügige Ableitung des Verkehrs. Wer vom Nordosten in die Stadt kommt, kann nicht von der A 3 direkt auf die Zoobrücke fahren. Er fährt über Mülheim und an der Messstelle vorbei. Das führt zu den hohen Werten. Eine schnelle Fertigstellung ist hier die richtige Lösung - ebenso wie funktionierende Umgehungsstrecken.

Uns geht es darum, den Menschen das umweltschonende Leben einfach zu machen. Die FDP setzt auf gute Angebote und nicht auf erhobene Zeigefinger.

Jetzt noch einige Worte zu den anderen Anträgen: Die LINKEN würden sich sehr wahrscheinlich erschrecken, wenn ich jetzt sagen würde, wir würden ihren Antrag unterstützen. Meine Fraktion würde sich dann auch erschrecken.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Von den Freien Wählern werden ja die Messwerte angezweifelt. Diese Zweifel teilen wir nicht.

Mit dem Antrag der SPD tun wir uns schon allein deswegen schwer, weil sie eine Busspur auf dem Clevischen Ring fordert. Da ist für uns das Chaos vorprogrammiert.

Nun zum Änderungsantrag von CDU, Grünen und Ratsgruppe GUT: Ich war gestern bei der Sondersitzung und habe immer noch in Erinnerung, dass Herr Scholz einer der eifrigsten Verfechter von Dieselfahrverboten war. Das scheint heute aber nicht mehr der Fall zu sein. Stattdessen finden wir im Änderungsantrag jetzt ein Amt für Fuß- und Radverkehr sowie - man höre und staune! - ein Tempolimit für die Schiffe auf dem Rhein.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Vielleicht bekommen wir ja auch noch einmal ein Tempolimit für Flugzeuge. Das würde wahrscheinlich ganz viel bringen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen insbesondere von der CDU - danke für den Hinweis, Frau

Oberbürgermeisterin; ich komme auch gleich zum Schluss -, es ist ja gut und schön, dass Sie jetzt im Sinne der Verwaltungsverschlinkung ein neues Amt fordern. Aber haben Sie - darauf hat Herr Struwe auch schon hingewiesen - wirklich genau gelesen, was Sie im Punkt 4 noch beschließen? Mit diesen vergleichbaren Maßnahmen sind Dieselfahrverboten in dieser Stadt doch Tür und Tor geöffnet.

Das haben die Grünen sehr wahrscheinlich geschickt mit in den Antrag eingepasst. Sie von der CDU haben es vielleicht nicht ganz gemerkt.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das stand in der Verwaltungsvorlage so drin!)

- Es stand in der Vorlage, genau. Aber die CDU hat es nicht herausgestrichen, weil sie es vielleicht nicht ganz gemerkt hat.

Herr Brust, noch ganz kurz zu Ihrer Aussage, niemand in dieser Stadt wolle Fahrverbote: Das gerade aus dem Mund eines Grünen zu hören, hat mich ein bisschen an den Satz „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten“ erinnert. - Danke.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Wiener das Wort.

Markus Wiener (pro Köln): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Zuschauer auf der Tribüne und natürlich auch im Internet! Nach einem vorsichtigen Testballon für Dieselfahrverbote durch Umweltsenator Harald Rau im Vorjahr legte die Stadtspitze jetzt mit einer konkreten Beschlussvorlage zum Thema Luftreinhaltung nach, die auch ganz konkret einen Maßnahmenkatalog mit der Möglichkeit von Dieselfahrverboten beinhaltet.

So soll tatsächlich der Weg zur Einführung eines womöglich weitgehenden Dieselfahrverbots - Stichwort „Blaue Plakette“ - oder sogar eines kompletten Dieselfahrverbots für die Kölner Innenstadt frei gemacht werden, sobald die rechtlichen Möglichkeiten auf Bundesebene dazu gegeben sind.

Rund 100 000 Besitzer von Dieselfahrzeugen in Köln wären davon unmittelbar betroffen, Pendler und Handwerker aus dem Umland noch gar nicht mit eingerechnet.

Köln droht nach diesen Plänen ein gigantisches Enteignungsprogramm gutgläubiger Dieselbesitzer, deren dringend benötigte Arbeits- und Transportmittel als Sündenböcke einer links-grünen Öko-Zwangspolitik herhalten sollen.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Sie haben noch etwas vergessen!)

- Das kann ich gerne nächstes Mal ergänzen. Vielen Dank für den Hinweis.

Hauptleidtragende wären wieder einmal das Kölner Handwerk und alle Bürger aus nicht innenstadtnahen oder nur schlecht mit der KVB erreichbaren Stadtteilen. Ich nenne das eine im Wortsinn asoziale Politik. Denn egal, ob aus beruflichen Gründen, zur kulturell-gesellschaftlichen Teilhabe oder schlicht zum Shoppen: Jeder Kölner sollte eine erschwingliche Möglichkeit haben, in vernünftiger Zeit auch in und durch das Kölner Stadtzentrum zu kommen.

Neue Dieselfahrverbote jeglicher Art werden deshalb auf unseren erbitterten Widerstand stoßen.

Daher wird die Ratsgruppe pro Köln selbstverständlich die Beschlussvorlage der Stadtverwaltung ablehnen.

Darüber hinaus werden wir auch alle Änderungsanträge der etablierten Parteien ablehnen, weil sie allesamt - mal mehr, mal weniger - ebenso in die falsche Richtung gehen und auch alle im Prinzip eine Möglichkeit für Dieselfahrverbote in der einen oder anderen Form offenlassen bzw. beinhalten. Deswegen sind sie abzulehnen.

Der einzige Änderungsantrag, der unserer Meinung nach zustimmungsfähig ist, ist der Antrag des Ratskollegen Wortmann, der ausdrücklich sämtliche Dieselfahrverbote aus diesem Maßnahmenkatalog entfernen will. Das halten wir genauso wie viele Bürger dieser Stadt für die einzig sinnvolle, gerechte und deshalb nötige Entscheidung in dieser Frage. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hegenbarth das Wort.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Luftreinhaltung: Wir reden

hier abstrakt anhand von Tabellen, Messwerten und Statistiken meistens sehr professionell über die Maßnahmen, die helfen sollen, die Grenzwerte einzuhalten.

Dieses Empfinden hat sich für mich gestern Abend ein bisschen geändert, weil es ein Gesicht bekommen hat. Die Beschreibung eines Kinderarztes aus dem Zuschauerraum einer gut besuchten Veranstaltung in der Alten Feuerwache gestern Abend hat mir klargemacht, dass es heute nicht nur um Zahlen, Grenzwerte oder Fahrverbote geht.

Dass er statt der beschönigenden Bezeichnung „Luftreinhaltung“ den Begriff „Luftgiftbegrenzung“ verwendet hat, trifft den eigentlichen Kern der Debatte heute.

Als er unangenehm deutlich beschrieb, welche Auswirkungen die Luftverschmutzung auf kleine Kinder und auf noch ungeborenes Leben hat, hat er zumindest mich endgültig davon überzeugt, dass es nicht um Zahlen und Verbote geht, sondern ausnahmslos um die Gesundheit, und zwar von uns allen.

Schade; heute beschließen wir wenig Konkretes. Kollege Becker ist mir in der Sondersitzung am Montag mit der Frage zuvorgekommen, wie es denn nach der Ratssitzung weitergeht. Wir beschließen hier nur, den Maßnahmenkatalog des Runden Tisches in den Prozess zur Fortschreibung des Luftreinhaltungsplans der Bezirksregierung Köln einzuspeisen. Was für ein spröder Begriff! Das heißt: Der Regierungsbezirk stellt die Maßnahmen auf seine Website. Weitere Beteiligungsformate werden erarbeitet. Im Einzelnen kann darüber hinaus noch nicht gesagt werden, was der Regierungsbezirk plant.

Jedem außerhalb des Rates sollte auch klar sein, dass die Bezirksregierung uns nicht die Entscheidung über Maßnahmen abnehmen wird. Das macht die Anlage 6 unmissverständlich klar, in der von der „Durchführungshoheit der Stadt“ und den „Gremien des Rates“ gesprochen wird. So gut wie alle Maßnahmen - vielleicht mit Ausnahme der Blauen Plakette - aus dem Katalog fallen in genau diese Kategorie.

Einerseits brauchen Autolobbyisten und deren Freunde hier im Rat also keine Angst mehr zu haben, dass Zufahrtsregelung, Citymaut und Fahrverbote par ordre du mufti von der Bezirksregierung befohlen werden.

Andererseits muss ich in aller Deutlichkeit sagen - denn das kann man euch von Grün und GUT

nicht so einfach durchwinken lassen -: Laut eurem gemeinsamen Änderungsantrag sollen die Maßnahmen 2, Dieselfahrverbote, und 45, Citymaut, nicht weiterverfolgt werden. Was ist das denn für ein gesundheitspolitisches Statement, sich auf die Position der Landesregierung zu beziehen? Respekt, Union, dass ihr das geschafft habt!

Jetzt einmal klar zum Mitschreiben für alle: Wenn die Blaue Plakette nicht kommt - das entscheidet die GroKo gerade -, gibt es keine Dieselfahrverbote. Punkt! Nichts anderes heißt das. Weiter geht es mit den Dreckschleudern. So muss ich den Punkt 2 an dieser Stelle nämlich verstehen.

Und beim Punkt 45 tritt die Gestaltungsmehrheit unserem Umweltdezernenten mit Anlauf in den Allerwertesten. Es weiß doch nun wirklich jeder, dass die Citymaut eine seiner präferierten Maßnahmen ist. - Entschuldigung für diese Wortwahl. Aber manchmal muss das auch einmal so deutlich gesagt werden.

Das, was heute fehlt, ist die Vision hinter einem solchen Maßnahmenpaket. Dazu reicht es eben nicht, sich alleine hinter einer Resolution für die Blaue Plakette zu verstecken.

Zufahrtsregelungen, Citymaut und Fahrverbote sind - Zitat Gutachten - schwer umsetzbare Maßnahmen. Aber soll ich Ihnen etwas verraten? Genau das sind die Maßnahmen, die sich auch nachhaltig lohnen.

Wir sitzen hier nicht, um den am leichtesten umsetzbaren, sondern, um den gesündesten und besten Weg für alle zu finden.

Dazu müssen wir für eine bessere und attraktive Mobilität werben, um möglichst alle Kölnerinnen und Kölner mitzunehmen, und uns nicht ständig an alten Verkehrsrezepten den Magen verderben. Hier nenne ich:

- fahrscheinlos nicht nur an einem Tag
- Schluss mit Verkehrsstaus durch Zufahrtsregelung
- einen leistungsfähigen ÖPNV
- eine konsequent fahrradfreundliche Stadt
- eine bessere Luft und eine bessere Gesundheit auch für diejenigen, die direkt an viel befahrenen Straßen in Köln leben

Zu Beginn habe ich von dem Kinderarzt berichtet, der von den Folgen der Luftverschmutzung

gesprochen hat. Meine Rede will ich auch mit einem Zitat von gestern beenden.

Es ist doch ein Witz, wenn wir uns für 300 Meter Fahrradweg statt Autospur auf die Schulter klopfen, während andere Städte viel mehr tun. Paris macht die komplette Champs Élysées autofrei, Brüssel macht ganze Tage autofrei, und London praktiziert seit Jahren erfolgreich die Citymaut und lässt aktuell nur noch Hybrid- oder Elektrotaxis für die Innenstadt zu. Dies alles trifft auch noch auf mehrheitliche Zustimmung der Bevölkerung.

Ich denke, dass die Bürgerinnen und Bürger auch bei uns deutlich weiter sind und mutigere Schritte von uns erwarten. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von Michael Paetzold [SPD])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe Gut): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie einzelne Redner vor mir, aber auch nicht viele, möchte ich noch einmal dezidiert auf die gesundheitlichen Aspekte eingehen. Auch heute wurde die Debatte wieder dadurch bestimmt, dass es im Wesentlichen um Fahrverbote oder um das Verhindern von Fahrverboten ging.

Der zentrale Aspekt ist aber tatsächlich die Gesundheit. Nur dafür gibt es die Grenzwerte. Darum drehen sich auch die Klagen. Darum dreht sich auch das, was die EU von Deutschland fordert.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Der gerade zitierte Kinderarzt hat auch schon einmal im *Kölner Stadt-Anzeiger* geschrieben:

„Die feinsten Stäube sind die giftigsten.“
Sind sie erst einmal im Körper, verteilen sie sich in Niere, Herz, Lunge. „Und, was ich als Kinderarzt besonders beunruhigend finde, in den Mutterkuchen.“
Das ziehe bei Schwangeren ein höheres Risiko für Frühgeburten oder Entwicklungsstörungen nach sich.

Auch das Umweltbundesamt weist ausdrücklich darauf hin, dass es dadurch zu einer höheren

Sterblichkeit kommen kann und dass es vor allem für Asthmatiker ein Problem ist, da sich eine Bronchialkonstruktion einstellen kann, die zum Beispiel durch die Wirkungen von Allergenen verstärkt werden kann.

Eine kleine persönliche Anmerkung: Unser Sohn muss auch jeden Abend ein Cortisonspray nehmen. Eine Allergie ist nicht festgestellt worden. Es ist auch bekannt, dass viele Kinderärzte die Frage, was man machen könne, außer Cortison zu geben, wie folgt beantworten: Sie müssen Köln verlassen.

Und das kann es nicht sein. Daher müssen diese Werte dringend herunter.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ein anderer Aspekt: Die wirklich wirksamen Maßnahmen, Herr Rau, sind im Wesentlichen - das ist auch im Gutachten klar geworden; es wurde heute auch schon erwähnt - Blaue Plakette, Fahrverbote und Citymaut. Das sind die drei Sachen, mit denen wir den Verkehr wirklich reduzieren können - abgesehen vom freiwilligen Stehenlassen eines Autos.

Alle drei Maßnahmen sind - Stand heute - nicht umsetzbar. Wir haben keine rechtliche Handhabe dafür, weder für eine Blaue Plakette noch für ein Fahrverbot noch für eine Citymaut. Überall fehlen die gesetzlichen Grundlagen.

Die Blaue Plakette ist in unserem Antrag auch ausdrücklich erwähnt. Wie sieht es dort aus?

2016 war die Blaue Plakette schon auf dem Weg. Frau Hendricks - Umweltministerin, SPD - musste aufgrund von Ärger mit Herrn Dobrindt die Blaue Plakette stoppen. Am Samstag wurde sie gefragt: Wie steht es denn mit den Koalitionsverhandlungen? - Aussage von Frau Hendricks: Die Blaue Plakette ist kein Thema.

So viel auch ganz kurz zu der Frage, ob man eine GroKo bilden sollte oder nicht, wenn man es, liebe SPD, mit der ökologischen Verkehrswende wirklich ernst meint.

Deshalb ist die Position der Kölner CDU hier ausdrücklich zu loben, da sie sich für die Blaue Plakette ausspricht.

Bei den beiden anderen Maßnahmen, Fahrverboten und Citymaut, ist es leider - Stand heute - genauso. Wir könnten sie - Stand heute - nicht einführen.

Wir hoffen auf ein Urteil in Leipzig. Aber dieses Urteil ist noch nicht gesprochen. Und wer weiß? Vielleicht fällt es ja auch ganz anders aus.

Wir haben die Fahrverbote und die Citymaut in unserem Antrag nicht aufgenommen; das stimmt. Herr Scholz plädiert aber weiterhin für Fahrverbote. Wir hoffen auf das Urteil aus Leipzig, das uns dann schlicht und einfach dazu zwingen wird, Fahrverbote zu realisieren, egal was wir heute hier beschließen.

Zu unserem Antrag - die Zeit rennt mir davon; eigentlich könnte man zu diesem Thema sehr lange sprechen -:

Ein Tempolimit für Schiffe ist eine schöne Idee. Rotterdam macht das übrigens tatsächlich, und zwar explizit, um die Feinstaubbelastungen in Rotterdam im Hafengebiet zu senken.

Der emissionsfreie Lieferverkehr wird in Gent in der Innenstadt auch schon praktiziert, und zwar für alle Lieferfahrzeuge und auch für alle Händler.

Unser Vorschlag, ein Amt für Fuß- und Radverkehr einzurichten, liebe Frau Reker, ist eine Empfehlung an die Verwaltung. Dazu möchte ich noch ganz kurz etwas sagen.

Nein, liebe FDP, wir denken nicht so. Wir haben keinen Postenvorschlag etc. pp. Das ist nicht unsere Denke.

Wir empfehlen das Amt für Fuß- und Radverkehr, da wir glauben, dass es ein wichtiger Baustein ist, um nach außen - gerade gegenüber der EU, gegenüber den Gerichten und gegenüber der Bezirksregierung - zu dokumentieren, dass wir es mit der Verkehrswende wirklich ernst meinen.

Wie ist der Stand bezüglich der Verkehrswende heute? Frau Blome, die Grünen haben im Verkehrsausschuss eine Anfrage zu Köln mobil 2025 und zum Stadtentwicklungskonzept Mobilität und Verkehr gestellt. Wir haben keinen beschlossenen Drittmix. Wir haben keinen Kölnmobil-2025-Beschluss. Wir haben auch kein beschlossenes Stadtentwicklungskonzept Mobilität und Verkehr. Auf die in der gleichen Anfrage gestellte Frage bezüglich der Umsetzung der Radmaßnahmen haben Sie geantwortet: Da kommen wir nicht hinterher; es tut uns leid; wir können die ganzen Maßnahmen alle nicht umsetzen.

Das ist genau der Grund für diese in unserem Antrag enthaltene Empfehlung an die Verwaltung. Forcieren Sie das. Richten Sie einen Amts-

leiter oder eine Amtsleiterin Fuß- und Radverkehr ein. Forcieren Sie das. Gleichzeitig steht in unserem Antrag auch, dass zusätzliche personelle und sachliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden sollen, damit Sie diese Maßnahmen umsetzen können und damit die Verkehrswende gelingt.

Das wird die Leute draußen überzeugen - und nicht das ganze gedruckte Papier, sondern eine Verwaltung, die in der Lage ist, diese Verkehrswende wirklich anzupacken.

Lieber Thomas, lieber Andreas, darauf sind wir in der Tat stolz. Da treten wir auch gerne draußen vor die Community hin und stellen uns der Frage: Warum seid ihr nicht mehr für Verkehrsverbote?

Ein letztes Wort zur SPD - ich bin gleich fertig, Frau Oberbürgermeisterin -: Andreas Pöttgen, du bist viel in den sozialen Netzwerken unterwegs, zuletzt bei Köln Spricht, und empfiehlst die Kölner SPD als den Partner für die ökologische Verkehrswende. Was steht denn hier in eurem Antrag? Ihr habt auch die Citymaut herausgestrichen, ihr wollt auch kein Bewohnerparken in Mülheim haben etc. - alles draußen. Gleichzeitig verhandelt die Mutterpartei SPD mit der CDU in Berlin, und die Blaue Plakette ist kein Thema. So viel zum Thema „ökologische Glaubwürdigkeit der SPD“! - Danke schön.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Wortmann das Wort.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Gäste auf der Tribüne und Zuschauer am Internetstream! Als letzter Redner kann ich jetzt natürlich wieder aus dem Füllhorn der Maßnahmen auswählen. Ich will aber zunächst einmal ein Zitat wiederholen, das Peter Schütten von den Bläck Fööss gestern zitiert hat. Es lautet:

Bei allem Gedöns, wat mer han, et es immer noch unser Stadt.

„Klartext“ heißt für mich: Ich rede davon, in welchem Maß sich die Stadt Trends und auch Ideologien fügt und sich scheut, die Rolle einer Milli-

onenstadt kraftvoll und selbstbewusst gegen solche Einflüsse ins Spiel zu bringen.

Wir alle tanzen im Moment um das Goldene Kalb der rechtlich aus meiner Sicht schwammigen Androhung eines Fahrverbots für alle Dieselfahrzeuge schlechter als Euronorm 6.

Ein solches Fahrverbot träfe natürlich die gesamte Bürgerschaft, aber noch mehr den Berufsverkehr, die zahlreichen Pendler und weitere Fahrzeuge, die täglich ein- und ausfahren und erheblich zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes beitragen.

Warum in aller Welt übernehmen wir mit den Kapiteln 1, 2 und 4 Fahrverbote in den Maßnahmenkatalog?

(Unruhe)

- Wir können vielleicht zusammen singen. Aber ich kann nur sprechen, wenn Sie ruhig sind; tut mir leid.

Ist der Luftreinhalteplan nicht letztendlich ein Trojanisches Pferd politischer Ideologie, die Kölner Innenstadt gegen jede Vernunft vom Autoverkehr frei zu machen? Dann reden wir nämlich nicht mehr nur von Dieselfahrzeugen, sondern von allen Fahrzeugen. Wer sich heute mit der Anschaffung eines E-Mobils oder eines gasbetriebenen Kfz beschäftigt, sollte also im Hinterkopf haben, dass er Gefahr läuft, zukünftig auch dieses Fahrzeug nicht mehr in die Innenstadt bewegen zu können.

Sie bringen mit diesen Zwangsmaßnahmen, die Sie in den Maßnahmenkatalog aufgenommen haben, ein Gleichgewicht sensibler Märkte noch mehr ins Schwanken. Sie stärken damit auch umliegende Kommunen, und Sie stärken vor allem digitale Einkaufsplattformen. In diesem Zusammenhang macht es für mich keinen Sinn, dass wir uns gegenüber Amazon als einem der wirklich marktführenden Plattformbediener abweisend verhalten.

Zurück zur Vorlage: Sie haben diesen Maßnahmenkatalog mit 56 Kapiteln erstellt. Zwei Drittel dieser Kapitel wollen Sie innerhalb der nächsten drei Jahre - zumindest steht dieser Zeithorizont so darin - realisieren, ein Drittel sogar mit höchster Priorität.

Auch wenn Sie, Herr Rau, noch nicht sehr lange hier sind, müsste Ihnen klar sein, dass die Verwaltung und auch der Rat das in dieser kurzen Zeit gar nicht bewerkstelligen können. Weder

haben wir die Kapazitäten, noch haben wir die Mittel.

Mir wäre es viel lieber, wenn wir uns auf drei oder maximal vier Schwerpunkte konzentrieren würden. Ich will sie nur einmal ganz oberflächlich anführen:

- der Ankauf von Außenflächen für Park-and-ride-Systeme
- die Bereitstellung von Zubringerdiensten von den Flächen in die Innenstadt
- das Durchpauken der ÖPNV-Verbindungen, und zwar innerhalb kürzester Frist
- ein intelligentes Verkehrsleit- und -informationssystem; das ist eben schon zitiert worden

Ich mache mir jetzt wirklich einmal Gedanken darüber, worum man diesen Katalog ergänzen kann. Abgesehen vom Verkehr fehlt mir zum Beispiel der Hinweis auf Energiereserven aus gesunder Ernährung. Sie wissen vielleicht, dass Sie mit der Umstellung auf pflanzliche Nahrung bis zu 15 Prozent der Stickstoffe einsparen können. - So viel einmal zur allgemeinen Bilanz. Das ist zwar nicht mein Job. Aber ich rege es an.

Am 5. Februar 2018 wurde uns ein ergänzendes Gutachten präsentiert, das wohl eher den Handlungszwang in Sachen Fahrverbote bestätigt. Es ist aber keine seriöse Grundlage, um für dieses Fahrverbot zu argumentieren.

In diesem Gutachten werden drei bis vier Messpunkte hervorgehoben und ausgewertet. Wir haben aber in dieser Stadt 14 bis 18 Messpunkte stehen, und wir wissen nicht, welche Werte an diesen Punkten gemessen wurden. Darüber hinaus glauben wir, dass die Übertragung der neuralgischen Werte von drei oder vier wirklich hochkonzentrierten Messpunkten auf das gesamte Stadtgebiet nicht repräsentativ sein kann. Das stellen wir einfach infrage.

Die Umweltzonen bringen nur einen minimalen Effekt, wenn man sie auf den Pkw-Verkehr anwendet. Dies hängt vor allem mit dem hohen Anteil von ottomotorgetriebenen Fahrzeugen zusammen. Diese Fahrzeuge erhöhen durch die Direkteinspritzung mittlerweile auch die Werte, fließen aber nicht in die allgemeinen Statistiken ein. Das sollte man einfach auch wissen.

Und wenn wir schon bei intelligenter Verkehrslenkung sind, über die Sie nachdenken: Ich meine damit nicht Teilsperren der Zülpicher Straße. Hier wird klein gedacht und am Ort die

Luft verbessert. Der Ausweichverkehr hinterlässt die Schadstoffe aber andemorts. Ich meine damit auch nicht die Bonner Straße, an der Sie 300 Bäume fällen, wodurch Sie die Schadstoffdichte sprunghaft erhöhen. Ich meine damit auch nicht die Umgestaltung der Aachener Straße in eine Fußgängerzone, die Sie planen, sodass Sie den Verkehr dann in doppelter Masse über die Richard-Wagner-Straße lenken werden.

Daher lehne ich den Luftreinhalteplan - zumindest in der vorgelegten Form - ab.

Deshalb habe ich diesen Antrag eingebracht. Darin beantrage ich unter Punkt 1:

- keine Blaue Plakette
- keine Fahrverbote für bestimmte Kfz-Typen
- keine Erweiterung der Umweltzone Grün bis zur Stadtgrenze; deren endgültige Rechtsverbindlichkeit ist ebenso nicht gesichert

Wir stellen uns einfach die Frage, ob wir hier in der Stadt Köln alle Rechtsmittel ausgeschöpft haben, um gegen mögliche Fahrverbote frühzeitig vorzugehen.

Deshalb möchten wir, dass dieser Maßnahmenplan vollkommen neu erstellt wird und sich auf die wirklich wesentlichen Elemente und auch die kurzfristig realisierbaren Elemente konzentriert.

Die 56 Kapitel, die Sie dort zusammenschreiben, sind eine Sammlung von Maßnahmen, deren Wirkung ich in der Tat anzweifle, auch wenn sie von der Bezirksregierung aufgearbeitet und weitergereicht werden. Ich weiß nicht, wer letztendlich diese Maßnahmen glaubhaft annehmen wird.

Ich komme zum Ende. Es fehlen Aktionspläne sowie Zeit- und Witterungsangaben der restlichen Messstationen, die nicht erhoben sind; die für die Fahrverbote theoretisch ermittelten Durchschnittswerte können nicht stimmen.

Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung zu meinem Antrag. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall. Vor der Abstimmung über die Vorlage der Verwaltung und die dazu vorliegenden fünf Änderungsanträge kommt aber erst noch Herr Fenske zu Wort. Bitte.

Jürgen Fenske (Kölner Verkehrs-Betriebe): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir führen heute in Wahrheit hier auch eine verkehrspolitische Debatte. Stichworte wie „Verkehrswende“ sind ja auch gefallen. Ich kann und will jetzt nicht zum Thema „Blaue Plakette und Fahrverbote“ sprechen. Zur Blauen Plakette habe ich auch meine Auffassung. An dieser Stelle will ich aber das Thema ÖPNV noch einmal herausheben.

Durch Ihre Anträge zieht sich wie ein roter Faden, dass der ÖPNV höchste Priorität hat. In der Tat stellen wir in Deutschland fest, wenn es - in Anführungszeichen - nicht so „traurig“ wäre, dass wir bis aktuell in den Koalitionsverhandlungen in Berlin einen Rückenwind für den ÖPNV haben, wie wir ihn seit 20 Jahren nicht gehabt haben. Diese Themen bewegen wir alle gemeinsam.

Ich kann jetzt nicht zu den Einzelpunkten Stellung nehmen, die sich in den Anträgen befinden - und schon gar nicht zum Thema „kostenloser Nahverkehr“. Das würde eine halbe Stunde dauern. Es gibt nämlich keinen kostenlosen Nahverkehr. Einer muss bezahlen.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Einer muss bezahlen. Und Sie müssen sich genau überlegen, wer das zahlt und wie Sie dann den ÖPNV insgesamt noch finanzierbar halten wollen.

Frau Hoyer, Sie haben - vielen Dank auch für Ihre an meine Adresse gerichtete Fürsorge - völlig recht. Wir werden Ende Februar dieses Jahres die Fahrgastzahl 2017 bei den KVB publizieren. So viel kann ich verraten: Wir wachsen erneut, und zwar so weit, dass ich auch als Unternehmenschef die Zustände in den Hauptverkehrszeiten mit dicht gedrängten Bahnen und vorprogrammierter Unpünktlichkeit kritisch sehe. Da sagen wir als KVB: Diese Betriebsqualität wollen wir eigentlich nicht.

Deswegen müssen wir zwingend ausbauen. Mehr Wachstum können wir im bestehenden System eigentlich nicht vertragen. Deswegen müssen wir dringend ausbauen.

Wir haben in der Vergangenheit viele Dinge gemacht. Heute haben wir in Köln - darauf können Sie auch stolz sein - eine der jüngsten und schadstoffärmsten Busflotten. Wir haben den höchsten Anteil von Euro-6- und Euro-5-EEV-Fahrzeugen - was übrigens auch viel Geld kos-

tet. Darauf kann Köln stolz sein. Unsere Flotte hat heute eine hervorragende Emissionsbilanz.

Wir haben aber noch einmal draufgelegt, und zwar, wie Sie wissen, mit der Linie 133. Darauf können Sie übrigens auch stolz sein. Schließlich handelt es sich dabei um eines der größten E-Bus-Projekte in Deutschland mit einem beachtlichen Erfolg - so viel Eigenwerbung muss erlaubt sein -, sodass auch die Hamburger und Berliner uns fragen: Wie habt ihr das gemacht?

Diesen Schritt gehen wir - das wissen Sie ebenfalls - mit weiteren 50 E-Bussen konsequent weiter. Jeder in diesem Saal weiß aber auch, dass diese Fahrzeuge nicht per Knopfdruck und von heute auf morgen zu haben sind. Erstens bekomme ich sie nicht von der Industrie. Zweitens muss ich eine Ladeinfrastruktur aufbauen. Drittens gehören noch einige andere Dinge dazu - Instandhaltung, Busbetriebshof usw. Damit kommen wir auch demnächst in den Rat.

Was man relativ rasch machen kann, ist, zum nächsten Fahrplanwechsel ein größeres Busangebot darzustellen. Dazu haben wir auch den Auftrag von Ihnen aus der letzten oder vorletzten Ratssitzung erhalten. Da werden wir also etwas machen.

Der entscheidende Punkt ist aber folgender: Nicht die Antriebstechnologie, ob Euro 6 oder Elektrobus - das sehen Sie auch, wenn Sie sich die Zahlen anschauen, die Herr Dr. Rau mit dem Gutachten vorgelegt hat -, ist für das Thema „Klimaschutz und Luftreinhaltung“ entscheidend. Der wirkliche Hebel ist die Veränderung des Mischungsverhältnisses der Verkehrsträger zueinander. Sie müssen das Mischungsverhältnis ändern.

(Beifall)

Die Veränderung des Mischungsverhältnisses - wir Fachleute sagen dazu: des Modal Split - ist der entscheidende Punkt.

Wahr ist übrigens auch, dass das Papier Köln mobil 2025 nie beschlossen worden ist. Und wer wüsste das besser als ich als jemand, der daran mitgeschrieben hat? Mit größtem Vergnügen erlebe ich aber fast jede Ratssitzung, dass sich jede Fraktion zustimmend zu diesem Papier äußert. Der Beschluss als solcher besagt ja nichts. Ich stelle, mit einer gewissen verkehrspolitischen Leidenschaft ausgestattet, mit großem Vergnügen fest, dass Sie sich alle hinter Köln mobil 2025 stellen.

Was ist denn das Zielbild von Köln mobil 2025? Das Zielbild ist das, was uns der international erfolgreiche Kopenhagener Verkehrsplaner Per Als auf einem großartigen Verkehrskongress vor drei Jahren hier vorgestellt hat. Er hat eine einfache Faustformel für Kopenhagen entwickelt: ein Drittel ÖPNV, ein Drittel mit dem Fahrrad fahren oder zu Fuß gehen und ein Drittel Autoverkehr.

Bei meinem letzten Besuch in Wien habe ich nicht schlecht gestaunt. Der Anteil von ÖPNV und Wiener Linien - das ist quasi die Wiener KVB - beträgt 40 Prozent. Der Anteil des Autoverkehrs liegt - in Anführungszeichen - „nur“ noch bei 23 Prozent. Das hat man übrigens ohne leidenschaftliche, ideologische Diskussionen erreicht, indem man kontinuierlich, sukzessive, Schritt für Schritt ein entsprechendes ÖPNV-Angebot geschaffen hat, sodass die Menschen freiwillig umgestiegen sind.

Kopenhagen, Wien und Zürich sind übrigens im weltweiten Ranking die drei Städte mit der höchsten Lebensqualität und einer erheblichen wirtschaftlichen Dynamik.

Insofern ist es der richtige Weg, das Mischungsverhältnis zu ändern und den Modal Split endlich zu verändern.

Übrigens trägt das nicht nur zu Klimaschutz und Luftreinhaltung bei, meine Damen und Herren. Ich sage im Verkehrsausschuss der IHK beim Thema E-Auto immer - wenn ich da die Frau Oberbürgermeisterin zitieren darf -: Auto ist Auto; ein Auto braucht eine Fläche.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN)

Das heißt: Wir sind auch Problemlöser beim Thema Stau. Wenn Sie den Stau in Köln auflösen wollen, werden Sie gar nicht umhinkönnen, den ÖPNV auszubauen, damit Raum und Platz auf den Straßen sind und auch die notwendigen Wirtschaftsverkehre dort fließen können.

Letzte Anmerkung: Am Freitag habe ich den ersten Entwurf zum Berliner Koalitionsvertrag bekommen. Ich musste ihn zwei Mal lesen, meine Damen und Herren.

(Martin Börschel [SPD]: Wirklich? Ich musste ihn fünf Mal lesen!)

Ich habe in 20 Jahren ein so kluges verkehrspolitisches Papier noch nicht gelesen. Es gibt dem ÖPNV so viel Rückenwind - wenn es denn am Ende des Tages zustande kommt; ich nenne Ihnen gleich vier konkrete Punkte -, dass wir sa-

gen - das sagen vor allen Dingen auch die Städte, nicht nur Köln, sondern auch andere große Städte -: Das ist ein richtiger Beitrag für das, was wir alle als richtig erkannt haben, aber in der Vergangenheit nicht finanzieren konnten.

Wie Sie wissen, ist eines der wesentlichen Förderinstrumente für den bundesdeutschen ÖPNV das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz.

Erstens. Das GVFG soll nach dem Entwurf des Koalitionsvertrages verdreifacht werden und von 333 Millionen Euro im Jahr auf 1 Milliarde Euro im Jahr steigen.

Zweitens. Das GVFG soll - das ist ganz neu - endlich dynamisiert werden, also preisangepasst werden.

Drittens. Der - auch von uns genutzte - Fonds für nachhaltige Mobilität, der vor allen Dingen für die Städte nutzbar ist, die jetzt die Grenzwerte in Sachen Luftreinhaltung reißen, soll verstetigt werden. Nach dem Entwurf des Koalitionsvertrages bleibt er keine Eintagsfliege.

(Zuruf)

- Ich will jetzt hier nicht politisch sprechen. Das habe ich am Samstag gemacht, aber in einem anderen Rahmen.

Der Fonds für nachhaltige Mobilität soll also verstetigt werden. Er soll nicht nur eine Eintagsfliege von 1 Milliarde Euro in einem Jahr bleiben, sondern verstetigt werden.

Viertens. Wenn das alles umgesetzt werden soll und verbaut werden soll, müssen wir den Engpass bei Planungs- und Genehmigungsverfahren beseitigen und sie beschleunigen. Auch dazu werden Aussagen getroffen.

Zu dem, was ich dort gelesen habe, muss ich wirklich sagen - Sie wissen, dass ich auch Verbandsvertreter bin -: Chapeau; Donnerwetter; nicht schlecht!

Ich kann nur hoffen, dass dieses dann auch Realität wird; denn das gibt uns auch Schub in Köln. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass Sie trotz der Rede von Herrn Fenske Ihre Änderungsanträge aufrechterhalten.

(Heiterkeit - Martin Börschel [SPD]: Das war doch ein Plädoyer dafür!)

Wir haben - ich sage es noch einmal - fünf Änderungsanträge vorliegen.

Die Fraktion DIE LINKE beantragt punktweise Abstimmung zum Änderungsantrag der SPD und zum Änderungsantrag von CDU, Grünen und GUT.

Die SPD-Fraktion beantragt punktweise Abstimmung zum Änderungsantrag der LINKEN und zum Änderungsantrag von CDU, Grünen und GUT.

Damit kommen wir nun zu - das haben wir ausgerechnet - 28 Abstimmungsprozessen.

Damit wir jetzt wirklich detailliert abstimmen können, bitte ich Sie - das werde ich auch tun -, die Änderungsanträge vor sich zu legen, sodass wir auch genau wissen, worüber wir abstimmen.

Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag von Herrn Wortmann abstimmen. Zustimmung? - Herr Wortmann und pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Dann ist er abgelehnt.

Nun lasse ich über den Änderungsantrag der SPD abstimmen.

Punkt 1. Zustimmung? - Die SPD-Fraktion und DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Abgelehnt.

Punkt 2, nur erster Absatz. Zustimmung? - Die SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Abgelehnt.

Punkt 2 mit Ausnahme des ersten Absatzes, über den wir gerade abgestimmt haben. Zustimmung? - Die SPD-Fraktion, DIE LINKE und Herr Wortmann. Enthaltungen? - Keine. Abgelehnt.

Punkt 3. Zustimmung? - Die SPD-Fraktion und DIE LINKE. Enthaltungen? - Herr Wortmann. Abgelehnt.

Punkt 4. Zustimmung? Die SPD-Fraktion und DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Abgelehnt.

Punkt 5, ausgenommen Punkt 5 c, über den wir gleich gesondert abstimmen. Zustimmung? - Die SPD-Fraktion und DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Abgelehnt.

Punkt 5 c. Zustimmung? - Die SPD-Fraktion und pro Köln. Enthaltungen? - Herr Wortmann. Abgelehnt.

Punkt 6. Zustimmung? - Die SPD-Fraktion. Enthaltungen? - DIE LINKE. Abgelehnt.

Punkt 7. Zustimmung? - Die SPD-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Gesamtabstimmung über den Änderungsantrag der SPD. Zustimmung? - Die SPD-Fraktion und DIE LINKE. Enthaltungen? - Herr Wortmann. Abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der FDP als Gesamtantrag abstimmen. Zustimmung? - Die FDP-Fraktion, Herr Wortmann und die SPD-Fraktion. Enthaltungen? - pro Köln und AfD. Dann ist er abgelehnt.

Nun lasse ich über den Änderungsantrag der LINKEN abstimmen, und zwar zunächst über die Änderungen zu Punkt 3. Zustimmung? - Die LINKEN. Enthaltungen? - Keine. Abgelehnt.

Dann kommen wir zu den beantragten Ergänzungen, und zwar zunächst zu Punkt 5. Zustimmung? - DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Abgelehnt.

Punkt 6. Zustimmung? - Die SPD-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Abgelehnt.

Punkt 7. Zustimmung? - Die Fraktion DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Ich komme zur Gesamtabstimmung über den Änderungsantrag der LINKEN. Zustimmung? - DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Ich komme jetzt zur Abstimmung über den Änderungsantrag von CDU, Grünen und Ratsgruppe GUT mit der mündlich übernommenen Änderung zu Punkt 3 der Verwaltungsvorlage, die eingespeist wurde.

Punkt 1. Zustimmung? - Die SPD-Fraktion, die Fraktion der Grünen, die CDU-Fraktion, die LINKEN, die FDP-Fraktion, die Ratsgruppe GUT und die Oberbürgermeisterin. Enthaltungen? - Die AfD-Fraktion und pro Köln. Dann ist das so beschlossen.

Punkt 2. Zustimmung? - Die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die Ratsgruppe GUT und die Oberbürgermeisterin. Enthaltungen? - Es enthalten sich DIE LINKE, Herr Wortmann und die AfD. Dann ist das so beschlossen.

Punkt 3. Zustimmung?

(Martin Börschel [SPD]: Soll darüber nicht getrennt abgestimmt werden?)

- Erst über den Punkt 3 und dann über Punkt 3 a erster Spiegelstrich erster Satz. So wurde das hier genannt.

Ich kann den Punkt 3 noch einmal vorlesen. Soll ich ihn noch einmal vorlesen?

(Martin Börschel [SPD]: Aber da steht ja nichts drin!)

- Doch. - Ich lese noch einmal vor, worüber ich jetzt abstimmen lasse, damit das allen klar ist:

Der Rat beschließt, den Maßnahmenkatalog des Runden Tisches in den Prozess zur Fortschreibung des Luftreinhalteplans der Bezirksregierung Köln mit folgenden Maßgaben einzuspeisen. Dabei behält sich der Rat vor, diesen Katalog aufgrund der Beratungsergebnisse der Bezirksvertretungen zu ergänzen bzw. abzuändern.

Der zweite Satz ist das, was ich eben vorgeschlagen hatte.

(Martin Börschel [SPD]: Trotzdem kein Inhalt! Aber gut!)

- Na ja. Es macht schon etwas aus.

Wir stimmen jetzt also über genau das ab, was ich vorgelesen habe. Zustimmung? - Das sind die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, LINKE und FDP sowie Herr Wortmann, die Ratsgruppe GUT und die Oberbürgermeisterin. Enthaltungen? - Enthaltungen der SPD-Fraktion, von pro Köln und der AfD. Dann ist das so beschlossen.

Jetzt komme ich zu Punkt 3 a erster Spiegelstrich erster Satz. Ich lese ihn jetzt auch noch einmal vor:

Die Einführung der sogenannten „Blauen Plakette“, die nur Dieselfahrzeuge mit niedrigem Schadstoffausstoß die Einfahrt in die Umweltzone gestattet.

Darüber stimmen wir jetzt ab. Zustimmung? - Das sind die Grünen, die CDU, Herr Wortmann, die Ratsgruppe GUT und die Oberbürgermeisterin. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Jetzt kommen wir zu Punkt 3 a erster Spiegelstrich zweiter Satz. Er lautet:

Maßnahmen, die unspezifizierte Fahrverbote vorsehen, werden nicht weiter verfolgt ...

Zustimmung?

(Rafael Struwe [SPD]: Zweiter Satz vom ersten Spiegelstrich? - Gegenruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ihr habt das so beantragt! Da müsst ihr jetzt durch!)

- Zweiter Satz. Ich lese es noch einmal vor:

Maßnahmen, die unspezifizierte Fahrverbote vorsehen, werden nicht weiter verfolgt ...

Darüber stimmen wir jetzt ab. Zustimmung? - Sie müssen sich jetzt entscheiden. Dann fange ich einmal auf der anderen Seite an. Das sind die FDP-Fraktion, pro Köln, Herr Wortmann, die AfD, die CDU-Fraktion, die Grünen, die Ratsgruppe GUT, die SPD-Fraktion und die Oberbürgermeisterin. Enthaltungen? - Sehe ich keine. Dann ist das so beschlossen.

Jetzt lasse ich über den Rest von Punkt 3 a abstimmen. Zustimmung? - Die Grünen, die CDU-Fraktion, DIE LINKE, die Ratsgruppe GUT und die Oberbürgermeisterin. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist das so beschlossen.

Nun lasse ich über Punkt 3 b bis d abstimmen; über Punkt 3 e muss ich extra abstimmen lassen. Zustimmung zu Punkt 3 b bis d? - Die SPD-Fraktion, die Grünen, die CDU-Fraktion, die LINKEN, die Ratsgruppe GUT und die OB. Enthaltungen? - pro Köln enthält sich. Dann ist das so beschlossen.

Punkt 3 e. Ich habe die Worte von Herrn Zimmermann im Ohr; es ist noch keine Umstrukturierung der Verwaltung. Zustimmung? - Das sind die Grünen, die CDU-Fraktion, die Ratsgruppe GUT und die Oberbürgermeisterin. Enthaltungen? - Es enthält sich die Fraktion DIE LINKE. Dann ist das so beschlossen.

Punkt 4. Zustimmung? - Das sind die Grünen, die CDU-Fraktion, DIE LINKE, die Ratsgruppe GUT und die Oberbürgermeisterin. Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch das so beschlossen.

Jetzt kommen wir zur Gesamtabstimmung über diesen Änderungsantrag, meine Damen und Herren. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der Grünen, die CDU-Fraktion, DIE LINKE, die Ratsgruppe GUT und die Oberbürgermeisterin. Dann ist das so beschlossen.

(Vereinzelt Beifall)

- Halt, halt, halt! Ich sprach von 28 Abstimmungsvorgängen.

(Zurufe: Die Enthaltungen!)

- Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist das trotzdem so beschlossen.

Jetzt komme ich zur Gesamtabstimmung über die Verwaltungsvorlage in soeben geänderter Fassung. Zustimmung? - Die Grünen, die CDU, DIE LINKE, die Ratsgruppe GUT und die Oberbürgermeisterin. Enthaltungen? - Bei Enthaltungen der AfD ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Tagesordnungspunkt

10.8 Ortsdurchfahrtsverschiebung L82 - Siegburger Straße/Poller Damm in Köln-Poll 3630/2017

Wortmeldungen? - Wortmeldungen zu TOP 10.8 sehe ich nicht. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.9 Katzenschutzverordnung mit einer Kastrations- und Kennzeichnungspflicht für Freigängerkatzen 3723/2017

Hier muss eine Änderung vorgenommen werden. In §3 Abs. 2 muss die Anschrift des Vereins TASSO wie folgt lauten:

TASSO e. V., Otto-Volger-Straße 15,
65843 Sulzbach

Herr Dr. Unna, bitte. Sie haben das Wort.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dieser historischen Entscheidung kommen wir jetzt zu einem kleinen, aber feinen Thema, das meiner Fraktion und mir persönlich auch sehr am Herzen liegt, der Katzenschutzverordnung.

Wir haben auf Landesebene jahrelang dafür gestritten, dass das in diesem Punkt etwas unglücklich geänderte Tierschutzgesetz so umgesetzt werden konnte, dass wir eine Kastrationspflicht für freigehende Katzen und freilebende Katzen ebenso wie eine Kennzeichnungspflicht

bekommen. Das sind die beiden Kernpunkte, um das Katzenelend in der Stadt zu reduzieren.

Man muss dazu wissen und verstehen, dass wir allein in Nordrhein-Westfalen bis zur Änderung des Landesjagdgesetzes durch Johannes Remmel etwa 10 000 - ich wiederhole: 10 000 - Katzenabschüsse pro Jahr als offizielle Streckenmeldung der Jägerschaft hatten. Das ist jetzt vorbei. Sie wissen, dass nach dem nun gültigen Jagdgesetz der Abschuss von Katzen und auch von Haushunden zu Recht verboten ist.

Dementsprechend müssen wir aber auch mit einer deutlich erhöhten Population umgehen. Insofern ist die Katzenkastration aus unserer Sicht geboten.

Weil wir auch öfter die Verwaltung tadeln oder ihre Vorlagen verschlimmbessern wollen, möchte ich an dieser Stelle die Verwaltung ausgesprochen loben. Die Verwaltung der Stadt Köln, namentlich das Veterinäramt, hat dafür gesorgt, dass Gesamt-Köln in diese Regelung einbezogen ist und wir nicht, wie in anderen Kommunen üblich, Hotspots mit einem 5-Kilometer-Radius nachweisen müssen und das ganze Stadtgebiet damit zupflastern müssen, um dann zu einer flächendeckenden Lösung zu kommen. Köln war klug genug, diese Regelung flächendeckend für die Stadt einzuführen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken. Zwar hätte es einen Tick schneller gehen können. Aber es ist im Ergebnis ausgesprochen gut und aus meiner Sicht vorbildhaft für Nordrhein-Westfalen, wie es in Köln gelöst worden ist. Dafür vielen Dank!

In diesem Zusammenhang möchte ich auch den Rat noch einmal loben, und zwar für seine einhellige Meinung und seinen einhelligen Beschluss, die Unterstützung der beiden ortsansässigen Tierschutzvereine, die Tierheime betreiben, der Kollegen in Dellbrück und der Kollegen in Zollstock, zu erhöhen und das Ganze auf eine gesicherte Finanzbasis zu stellen. Das war ein großer Schritt.

Diese Vereine sind auch - nicht nur; man darf die anderen Vereine im Stadtgebiet, die Kastrationsaktionen betreiben, nicht vergessen - diejenigen, die für die Umsetzung dieser Kastrationspflicht dann letztlich verantwortlich zeichnen. Dazu gehören natürlich auch die Vereine, die keine eigenen Tierheime unterhalten, aber sehr wohl Tier-

schutz in Köln betreiben. Herzlichen Dank an diejenigen, die es machen werden!

Ich möchte Sie ausdrücklich bitten, dieser guten, vorbildlichen Vorlage zuzustimmen, und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann frage ich, ob es Gegenstimmen gibt. - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann haben wir diese Vorlage mit der von mir gerade vorgetragenen Änderung der Anschrift beschlossen.

(Beifall auf der Zuschauertribüne - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Da freuen sie sich!)

- Es ist immer schwierig, wenn man den Menschen verbieten soll, sich zu freuen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Tagesordnungspunkt

10.10 Zentrales Migrationsmuseum in Köln 3854/2017

Hier möchte ich zuerst einmal dem Sozialdezernenten das Wort geben, damit die Verwaltung einige klarstellende Ausführungen dazu machen kann. Dafür bitte ich auch um Ihre Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren.

Beigeordneter Prof. Dr. Harald Rau: Sehr verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Verwaltung begrüßt grundsätzlich das Anliegen eines Zentralen Migrationsmuseums - das passt nach Köln - und weist auch noch einmal darauf hin, dass es ja bereits eine Förderung gibt, und zwar in Höhe von circa 200 000 Euro pro Jahr. Das gilt für 2018, und wir planen es auch für 2019.

Wir weisen aber ferner darauf hin, dass dieses Museum - so hat es ja der Integrationsrat auch gemeint - ein Projekt nicht der Stadt, sondern des schon bestehenden Vereins DOMiD e. V. sein soll. Als solches Projekt unterstützen wir das durchaus, empfehlen aber, es nicht zum städtischen Projekt und zum städtischen Museum werden zu lassen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Wortmeldungen liegen mir bisher von Herrn Tritschler und Herrn Zimmermann vor. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann hat Herr Tritschler jetzt das Wort.

Sven Tritschler (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kollegen! Wenn man die Verirrtheit großer Teile der Stadtgesellschaft oder dieses Rats nicht kennen würde, könnte man meinen, das hier sei eine kuriose Aktion zu Karneval.

In der Begründung der Vorlage heißt es - Zitat -:

Ein „Zentrales Migrationsmuseum Deutschland“ in Köln würde diesen Ruf der Weltoffenheit und Toleranz sehr deutlich nach außen transportieren ...

Meine Damen und Herren, das Einzige, was ein solches Museum nach außen transportiert bzw. verfestigt, ist die Dummheit und Ignoranz der politischen Eliten in unserem Land und in unserer Stadt.

Ausgerechnet in der Stadt der Bahnhofsgreifer der Silvesternacht und der massenhaften sexuellen Übergriffe möchten Sie alle den Verbrechern jetzt auch noch ein Denkmal setzen. Das ist ein Schlag ins Gesicht der jungen Frauen, die ausnahmslos Opfer von Migranten wurden.

(Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch unglaublich!)

- Hören Sie ruhig zu. Vielleicht lernen Sie noch etwas.

(Zurufe)

Wie viel Geld haben Sie alle, die Sie jetzt hier reinrufen, eigentlich den Opfern dieser Taten bewilligt?

(Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Zuwanderer, die hier leben, sind keine Verbrecher! Das verbitte ich mir!)

Was, Frau Oberbürgermeisterin - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich muss Ihnen hier einen Ordnungsruf erteilen.

(Beifall)

Sie können die Migranten nicht mit den Kriminellen der Silvesternacht gleichsetzen.

Sven Tritschler (AfD): Das habe ich auch nicht getan. Aber wenn Sie meinen!

Was, Frau Oberbürgermeisterin, haben Sie eigentlich getan, außer peinlichen Ratschlägen von Armlängen-Abstand und billigen Plastikbändchen? Aber davon ist keine Rede mehr.

Migration, meine Damen und Herren, war in der Menschheitsgeschichte meist untrennbar mit Gewalt und Verdrängung verbunden. Das ist keine neue Sache. Neu ist allerdings, dass sich die Herrschenden des Landes, das der Invasion zum Opfer fällt, nicht wehren, sondern den Invasoren Denkmäler und Museen bauen, während sie sich um die eigenen Leute kaum scheren.

Es gibt in der Geschichte der Migration durchaus löbliche Ausnahmen. Die Integration der Gastarbeiter - insbesondere, wenn sie aus zivilisierten und christlichen Ländern kamen - gehört durchaus dazu.

(Zurufe: Buh! - Pfui!)

Viele davon wählen uns übrigens auch.

Diese Geschichte wäre es sicher wert, museal aufgearbeitet zu werden. Stattdessen stecken Sie alle gut integrierten und einstigen Gastarbeiter und ihre Nachkommen in einen Topf mit eben jenen Grapschern, Vergewaltigern und Abzockern.

Damit werden Sie dem Thema nicht gerecht, sondern Sie pauschalisieren. Migration per se als etwas Gutes darzustellen, ist falsch und widerspricht eklatant dem, was die Menschen jeden Tag auf den Straßen unserer ach so bunten und weltoffenen Stadt erleben müssen.

(Beifall bei der AfD und pro Köln)

Sie schreiben weiterhin in Ihrer Begründung, im Ausland achte man sehr genau auf vermeintliche ausländerfeindliche Ausschreitungen, und dies sei für Standortentscheidungen relevant. Das mag sein.

Aber wer möchte sich mit einem Unternehmen schon in einer Stadt niederlassen, in der es auf offener Straße zu Massenausschreitungen und massenhaften sexuellen Übergriffen durch Migranten kommt? Wer möchte denn seine Mitarbeiter irgendwohin schicken, wo man Volksfeste nur noch hinter Betonklötzen und mit schwer bewaff-

neten Polizisten feiern kann? Nein, meine Damen und Herren, kein Unternehmer der Welt wird in eine Stadt ziehen wollen, in der man diesen Leuten, die das zu verantworten haben, jetzt auch noch Museen einrichtet.

Die AfD wird diesen Antrag daher ablehnen.

(Beifall bei der AfD und pro Köln)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe Gut): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Als Erstes möchte ich mich von dem distanzieren, was der Rechtspopulist gerade hier vor mir gesagt hat,

(Beifall)

und gar nicht weiter darauf eingehen.

Wir begrüßen natürlich auch die Einrichtung oder die Weiterverfolgung eines Migrationsmuseums in Köln. Ich begrüße auch die Vorlage und freue mich darüber, dass sie gleich mit breiter Mehrheit beschlossen wird.

Ich möchte nur zwei Anmerkungen machen, und zwar erstens zur Standortsuche. Die KHD-Hallen, die in der Vorlage explizit erwähnt werden, finde ich auch eine gute Idee. Meines Erachtens sollte aber auch der Ebertplatz - dieser Standort wurde ja vom Verein DOMiD selbst vorgeschlagen - weiterhin in der Perspektive bleiben. Da wir den Ebertplatz ja umgestalten wollen, gibt es auch Möglichkeiten, ein Museum dort zu errichten.

Der zweite Punkt ist ganz banal. Zum Gremienang wird geschrieben, dass die Ergebnisse natürlich weiterhin dem Integrationsrat und den zuständigen Fachausschüssen mitgeteilt werden. Meine Bitte ist, auch den Kulturausschuss regelmäßig mit zu unterrichten. Es handelt sich ja um ein Museum, und es geht um Migrationskultur. Deshalb bitte ich darum, auch den Kulturausschuss zumindest mit über den weiteren Gang der Dinge zu informieren. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen von pro Köln und

AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

(Beifall)

Tagesordnungspunkt

**10.11 Institutionelle Förderung des Festivals „Sommerblut“ für die Jahre 2018 bis 2020
3930/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Gegenstimmen von AfD und pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.12 Familie-Ernst-Wendt-Stiftung
hier: Wirtschaftsplan 2018
3935/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.15 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2018
0081/2018**

Ich frage erst nach Wortmeldungen. - Wortmeldungen sehe ich nicht.

Ich lasse abstimmen wie Anlage 3. Das ist ein etwas geänderter Beschlussvorschlag.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.16 Bundesprogramm „Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus“, Projekte des Mantelprojektes „Via Culturalis und die Quartiere der Domumgebung“ - Umgestaltung des Kurt-Hackenberg-Platzes, hier: Mitteilung über eine weitere Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - bei der Finanzstelle 6601-1201-0-6612, Nord-Süd-Stadtbahn, Wiederherstellung
3022/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der Ratsgruppe GUT. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.17 Beschaffung und Aufstellung von Containereinheiten zur kurzfristigen Schaffung dringend notwendiger, zusätzlicher Schülerplätze
3518/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der Ratsgruppe GUT. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.18 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für die GGS Kopernikusstr. 40-42, 51065 Köln
2628/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.19 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Wirtschaftsplan 2018
0132/2018**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zu:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragsatzungen

Tagesordnungspunkt

**16.1 262. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
3182/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Von pro Köln. Dann ist das bei der Enthaltung von pro Köln so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

16.2 263. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln

**vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
3813/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Von pro Köln und Herrn Wortmann. Dann ist das bei diesen beiden Enthaltungen so beschlossen.

Ich rufe auf:

17 Wahlen

TOP 17.1 ist zurückgestellt worden.

Tagesordnungspunkt

**17.2 Neuwahl eines beratenden Mitgliedes und eines stellvertretend beratenden Mitgliedes
3966/2017**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.3 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes und eines stellvertretend beratenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
3974/2017**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.4 Wahl der Mitglieder für den Beirat der Justizvollzugsanstalt Köln
3914/2017**

Hier lasse ich über die Liste, die mir vorliegt, insgesamt abstimmen. Ich lese die Namen noch einmal vor, damit jeder genau weiß, worüber wir jetzt abstimmen.

Für die Wahl in den JVA-Beirat wurden die folgenden Personen vorgeschlagen:

- Herr Jochem Falkenhorst, CDU
- Herr Oliver Kehrl, MdL, CDU
- Frau Monika Schultes, SPD
- Frau Conny Schmerbach, SPD
- Herr Firat Yurtsever, Grüne
- Herr Moritz #Kuber, Grüne
- Frau Ulrike Detjen, LINKE
- Herr Karl Wolters, FDP

Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall.

Dann stehen jetzt diese acht mir vorgeschlagenen Personen zur Wahl. Ich lasse darüber gemeinschaftlich abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Enthaltung von pro Köln. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Wahlen: Ausschuss Schule und Weiterbildung - sachkundiger Einwohner“
AN/0155/2018**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.6 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Nachwahl von Mitgliedern in verschiedenen Aufsichtsgremien“
AN/0166/2018**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zu:

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Tagesordnungspunkt

**18.1 Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Notunterkünften für ausländische geflüchtete Personen
3712/2017**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Enthaltung von pro Köln. Dann ist das bei der Enthaltung von pro Köln so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**18.2 Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Übergangswohnheimen für Aussiedler und ausländische geflüchtete Personen
3721/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Von pro Köln und AfD. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**18.3 Mittelfreigabe Zuschuss Sonderprojekt
Museum Schnütgen
3960/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Damit ist der öffentliche Teil der Sitzung beendet.

(Schluss: 20.00 Uhr)